PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 - Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – . Die Zeitung wurde am Dienstag, 6. April 1976, fertiggestellt.

8. April 1976 Nr. 14 Jg. 4 50 Pfennig

Was ist denn das, das Kapital?

Auf diese Frage hat der Aktionärsvertreter Gottlob von der Gesellschaft für Wertpapierinteressen wieder einmal die alte Antwort gegeben. Auf der Hauptversammlung der Aktionäre der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE) führte dieser Gottlob aus: „Kapital ist nichts anderes als geronnene Arbeit, die wir, und soweit wir etwas geerbt haben, auch unsere Väter, geleistet haben. Andere haben das durch Arbeit verdiente Geld ausgegeben und bis auf die letzte Mark verjubelt. Wir aber haben statt dessen auf manches verzichtet und so den Lohn der Arbeit zu einem kleinen Kapital gerinnen lassen." Treuherzig hört sich das an. Der Kapitalist als Sparer. Aber wessen geronnene Arbeit ist das Kapital und woraus erhält es die Fähigkeit, sich zu vermehren? Woher kommen die Dividenden, die der Gottlob aus seiner geronnenen Arbeit Jahr für Jahr zieht?

Es ist schon richtig: Kapital ist geronnene Arbeit. Das heißt nichts anderes, als daß Kapital in Produktionsmitteln besteht oder in einem Besitztitel auf Produktionsmittel. Die sind geronnene Arbeit, Arbeitsprodukt. Aber nicht das Produkt des Gottlob oder seiner Vorfahren, sondern das Produkt fremder Arbeit. Zu Kapital werden sie gerade dadurch, daß sie stets aufs neue fremde Arbeit einsaugen. Was sich in der Hand des Gottlob als Dividende und flüssiges Geld niederschlägt. Nehmen wir den Herrn Aktionärsvertreter beim Wort. Nehmen wir an, er hätte sich eine Maschine erspart und er hätte sie von aus eigener Arbeit erspar- hätte sie von aus eigener Arbeit erspartem Geld erstanden. Aber wer arbeitet an der Maschine? Der Aktionär? Die Produkte, die der Arbeiter an dieser Maschine herstellt, sind sie noch die Produkte des Herrn Gottlieb? Sie gehören ihm. Aber von seiner eigenen Arbeit steckt in diesen Produkten gerade noch soviel wie die Maschine durch Verschleiß an das Produkt abgibt. Der Gottlob lebt inzwischen von fremder Arbeit, nach einiger Zeit stellt er sich eine neue, größere Maschine hin und in dieser Maschine und in allen weiteren steckt schon kein Quentchen Gottlobscher Arbeit, sondern nur noch Arbeit der Arbeiter, die das Pech haben, von dem Gottlob ausgebeutet zu werden. Weil sie von den Produktionsmitteln getrennt sind und sich ihr Leben nur verdienen können, wenn sie ihre Arbeitskraft an den Gottlob verkaufen. Der aber kauft die Arbeitskraft nur, weil sie die Fähigkeit hat, mehr zu produzieren, als zu ihrer Wiederherstellung verbraucht werden muß. Mag irgendein Gottlob oder einer seiner Vorfahren mal angefangen haben mit Geld aus eigener Arbeit. In Kapital haben sie dieses Geld nur durch Ausbeutung fremder Arbeit verwandeln können und nicht durch irgendeinen angeborenen Sparsamkeitsdrang. Damit die Arbeiter gleich gar nicht auf die Idee kommen, sie könnten durch Arbeit zu Kapitalisten werden, erhalten sie von den Kapitalisten nicht mehr Lohn, als zum Leben reicht. Dafür sorgt das Gewinnstreben der Kapitalisten und ihre Konkurrenz. Ein anderer Kapitalist schreibt in der Jubiläumsschrift der Filmoffsetdruckerei Walterscheid:

„Gewinnstreben ist eine Aufforderung Gottes an die Menschen." Der Gottlob weiß, warum er so heißt. Durch sein Privateigentum an den Produktionsmitteln kann er dieser Aufforderung nachkommen, ohne einen Finger zu rühren. Sein Kapital ist geronnene fremde Arbeit und es vermehrt sich, indem es lebendige fremde Arbeit aussaugt. Wie bei dem Gottlob verhält es sich bei all den frommen Herren: Sie leben von der Ausbeutung der Arbeiterklasse und eignen sich den von der Arbeiterklasse produzierten Reichtum an. Sie können das, weil sie die gesellschaftlichen Produktionsmittel besitzen.



Am Dienstag demonstrierten 2500 in Darmstadt

Öffentlicher Dienst

Streik für 135 Mark. Was denn sonst!

„Angesichts der besonderen Lage des öffentlichen Dienstes und der Ebbe in den Kassen der öffentlichen Hände ist jedoch ein Streik der Staatsdiener in diesem Jahr nur schwer vorstellbar", schreibt das „Handelsblatt". Die große Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst denkt da anders. Sie kann sich einen Streik nicht nur gut vorstellen. Die Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst geht daran, den Streik vorzubereiten. Am Tag nachdem das Schlichtungsergebnis heraus war, sind nach den zahlreichen kleineren Aktionen einzelner Belegschaften rën Aktionen einzelner Belegschaften die ersten größeren Demonstrationen der ÖTV durchgeführt worden. So haben in Darmstadt 2500 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes während der Arbeitszeit demonstriert. Weitere Demonstrationen sind geplant. Auf Samstag sind Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und Bund, Ländern und Gemeinden angesetzt. Die ÖTV hat für den gleichen Zeitpunkt die Große Tarifkommission einberufen, „damit sofort alle erforderlichen Beschlüsse gefaßt werden können". Dennoch werden die führenden Sozialdemokraten weiterhin alles tun, um irgendwie ohne Streik hinzukommen. Nicht umsonst hat sich Kluncker bei der Verkündung des Schlichtungsergebnisses durch den Bankier Neuenkirch nicht im Fernsehen sehen lassen. Denn was hätte er dort anders sagen können, als daß sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst jetzt auf den Streik vorbereiten werden. Das hat er offensichtlich nicht sagen wollen.

Wo man ohne Streik hinkommt, zeigt das Ergebnis der angeblich neutralen Schlichtung. Es ist eigens auf Spaltung angelegt und darauf, die Masse der im öffentlichen Dienst Beschäftigten draufzahlen zu lassen. Es ist das genaue Gegenteil der ÖTV-Forderung von 135 DM.

Dabei hat dieser Schlichtungsvorschlag, dem Bund, Länder und Gemeinden zugestimmt haben, einige Eigentümlichkeiten. Das Angebot von 5 % auf den Grundlohn und 5,4 % auf die mittlere Klasse der Ortszuschläge bei einer Mindesterhöhung von insgesamt 75 DM ist eine absolute Neuheit samt 75 DM ist eine absolute Neuheit in der Tarifgeschichte. Der Käufer der Arbeitskraft macht damit ein höheres Angebot als die Gewerkschaft fordert, wenn es auch der durchschnittlichen Arbeitskraft wesentlich weniger bringt als die Durchsetzung der Forderung nach 135 DM. Die volle Zahlung der 135 DM würde die öffentlichen Haushalte ziemlich genau mit 7 Milliarden belasten. Nach Angaben des Innenministeriums kommt ein Prozent Lohnerhöhung die öffentlichen Haushalte gegenwärtig rund 1,6 Milliarden zu stehen. Das Schichtungsangebot von etwas über 5 % beläuft sich also bereits auf 8 Milliarden, wenn nicht mehr. Es würde in einem für alle gleichen Betrag ausgezahlt bereits über 150 DM bringen. Hieran kann man sehen, was der Regierung die Bestechung der höheren Beamten wert ist, was sie sich die Unterdrückung und Spaltung im öffentlichen Dienst kosten lassen will, warum sie gegen die Festgeldforderung ist.

Das Angebot der Regierung ist durchsichtig und hinterhältig zugleich. Es soll einen Teil der mittleren Beamten, vor allem aber die Lehrerschaft, ökonomisch aus der Kampffront herausbrechen, nachdem die Masse der Mitglieder der GEW die politischen Schranken niederzureißen beginnt, die sie mit Beamtenrecht, Streikverbot und fehlender Tariffreiheit aus der einheitlichen Kampffront der Beschäftigten im öffentlichen Dienst heraushalten. Sie sollen für sich die Gleichung aufstellen: 5 % ist gleich 135 DM, und den Kampf der ÖTV als erledigt betrachten.

5Was das Angebot für die unteren 5Was das Angebot für die unteren Teile der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bedeutet, zeigt die Mindesterhöhung von 75 DM, also gerade etwas mehr als die Hälfte der ÖTV-Forderung. Gleichzeitig soll sich jeder über dem Durchschnitt überlegen, wieviel ihm bei den 5 % noch auf die 135 DM fehlen, ob sich der einheitliche Lohnkampf für ihn persönlich denn noch lohnt.

Das Angebot ist in seinen politischen Absichten ein hundsgewöhnlicher Spaltungsversuch. Man weiß jetzt genau, was die Regierung meint, wenn sie davon spricht, man müsse die Unterschiede zwischen den Leistungen hochhalten. Sie fürchtet die Einheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Um sie zu zerstören, macht sie glatt 1 bis 2 Milliarden locker, während sie unter keinen Umständen zahlen will, wenn es darum geht, den Preis der durchschnittlichen Arbeitskraft zu heben.

Nachdem die Regierung nun mit ihrem Angebot heraus ist, muß sie die Phrasen lassen. Sie zeigt, um was es ihr geht.

Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist auch klar, um was es ihnen gehen muß: unbedingt gegenüber allen Spaltungsversuchen an der Forderung nach 135 Mark festhalten und entschlossen den Streik zu ihrer Durchsetzung vorbereiten. Jeder Abstrich von den 135 Mark würde ein Entgegenkommen gegenüber den Spaltungsversuchen der Regierung bedeuten und gefährlich sein. Klar ist auch: ohne Streik werden die 135 DM nicht durchzusetzen sein. zusetzen sein. Auf irgendwelche Verzögerungsma-

Auf irgendwelche Verzögerungsmanöver der führenden Sozialdemokraten darf man sich bestimmt nicht einlassen. Denn auf was sollen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst noch warten? Die Lage ist ausgezeichnet für den Streik. Auf Grundlage des Angebots der Regierung wird der ganzen Arbeiterklasse und dem Volk klar gemacht werden können, daß es der Regierung bei ihrer „Sparsamkeit" um Schmierung der hohen Beamten und Druck auf den Lohn der Masse der Beschäftigten geht. Daß es den Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie der ganzen Arbeiterklasse darum geht, den Preis für die durchschnittliche Arbeitskraft zu verteidigen und zu verhindern, daß Teile der Lohnabhängigen ins Elend gedrückt werden. Kommt es zum Streik , dann können die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Solidarität der Arbeiter aus der Industrie sicher sein.

Siehe auch Seite 6: Drucktarifrunde und weitere Berichte Seite 5 bis 7.

Gesundheitswesen

Um 1 Milliarde DM sind 1975 die Kur- und Gesundheitsmaßnahmen für Arbeiter gekürzt worden. Aus Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes sind in der Krise weniger Anträge gestellt worden und die Bundesregierung hat mit dem Haushaltssicherungsgesetz das Recht auf Kuraufenthalte für kranke Lohnabhängige drastisch eingeschränkt. (Siehe auch Seite 15.)

Nach dem Zusammenschluß der bürgerlichen Opposition

Spanien: Erneute Massendemonstrationen

Am vergangenen Wochenende haben in Spanien, insbesondere in Madrid, Barcelona und Sevilla gewaltige Massendemonstrationen gegen das Regime stattgefunden. Der Innenminister, der die Demonstrationen verboten hatte, bot ein noch nie dagewesenes Aufgebot an Polizei und paramilitärischen Einheiten auf und konnte dennoch sein Verbot nicht durchsetzen. Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei gab es zahlreiche Verletzte und Hunderte wurden festgenommen. Zum Teil befinden sie sich noch in Haft.

Für ein besonderes Manöver ließ die Regierung ein Aufgebot der faschistischen Verbände unter dem Schutz der Polizei aufmarschieren, gegen das sie zugleich offiziell ein Verbot aussprach. Damit will sie sich selbst als vermittelnde Kraft darstellen. Sichtbar aber wurde, daß das faschistische Nachfolgeregime zutiefst angeschlagen ist.

Zu den Aktionen gegen das Regime hatte die „Demokratische Koordination" aufgerufen. In der „demokratischen Koordination" sind die beiden bisherigen Parteienbündnisse Junta Democratica unter Führung der revisionistischen PCE und Plataforma de Convergencia unter Führung der sozialdemokratischen PSOE seit zwei Wochen vereinigt. Angeschlossen haben sich ebenfalls die beiden größten christdemokratischen Organisationen. Aufgerufen hatte das Bündnis unter den Forderungen: Vollständige Amnestie für alle politischen Gefangenen; Gewerkschaftsfreiheit; Organisationsfreiheit; Zulassung aller Parteien; Abschaffung der Sondergerichte; Unabhängige Gerichtsbarkeit.

Die „Demokratische Koordination" will einen „demokratischen Bruch" in Spanien, wie ihn die revisionistische PCE seit einiger Zeit fordert. Sie verurteilt in einem Kommuniqué die „angebliche Reformpolitik der Regierung als eine Politik, die Maßnahmen der Unterdrückung durchführt und Demokratie verspricht". (Le Monde, 31. März) Zugleich aber streckt sie dem Regime die Hand entgegen und bietet den Weg einer friedlichen Umwandlung des faschistischen Regimes in eine parlamentarische Form. Mit „demokratischem Bruch" ist gemeint, daß eine Allparteienregierung des Übergangs gebildet wird. Aufgabe dieser Regierung soll es sein, Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung durchzuführen.

Der Kern der faschistischen Staatsmacht, die Armee, bleibt unangegriffen. Von ihr erwartet die „Demokratische Koordination" politische Neutralität. Die internationalen Verträge bleiben unangetastet, die Stützpunkte des US-Imperialismus bleiben bestehen und alle imperialistischen Monopole sollen weiter Land und Volk ausplündern. Die sozialen Grundlagen des Regimes, die Herrschaft der Imperialisten und der spanischen Großgrundbesitzer und Kompradorenbourgeoisie bleiben bestehen und mit ihnen ihr Repräsentant, der König Juan Carlos, im Volk „Pelele", d.h. „Hampelmann" genannt.

Diese Koalition der bürgerlichen Opposition hat an den sogenannten „Reformflügel" in der derzeitigen Regierung ein Bündnisangebot gerichtet. Der sogenannte „Reformflügel" um Areilza und Iribarne soll mit in die Allparteienregierung einbezogen werden, der gleiche Iribarne, der schon unter Franco Innenminister war und jetzt Polizei und Armee gegen die Demonstration einsetzte.

Fortsetzung Seite 2

Spanien: Erneute Massendemonstrationen

Fortsetzung

Der Zusammenschluß der bürgerlichen Opposition schafft Spielraum für die Entwicklung der Massenkämpfe für die Erkämpfung minimaler politischer Rechte und legt zugleich schon die neue Schlinge um den Hals der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Die Massen sollen kämpfen für einen Kompromiß, den die bürgerliche Opposition mit dem Regime schließlich auf dem Rücken der Massen aushandeln will. Die gefährlichste Rolle spielt dabei die revisionistische PCE, die allein als organisierte Partei in der Arbeiterbewegung die Verbindung des bürgerlichen Oppositionsblocks mit der Massenbewegung gegen das faschistische Regime herstellen kann, während die spanischen Christ- und Sozialdemokraten sich weniger als bürgerliche Strömungen in der Arbeiterklasse und im Volk denn als hochgepäppelte Agenturen des westeuropäischen Finanzkapitals entwickelt haben.

Der Auftritt des Königs in Andalusien

Während die Regierung, je mehr sich die Massenbewegung entfaltet, in Auseinandersetzungen über den einzuschlagenden Weg der Repression gegeneinander gerät, versucht der König Juan Carlos mit einer Reise in den Süden Sympathie zu gewinnen. In Sevilla, der Hauptstadt Andalusiens, dem Armenhaus Spaniens, wo ein Viertel der rund einer Million Arbeitslosen lebt, wo die Dörfer hauptsächlich von Frauen, Kindern und alten Menschen bewohnt sind, weil die Männer in Frankreich oder in der BRD arbeiten, wo die Großgrundbesitzer über riesige Ländereien verfügen, die ganz ähnlich wie im Süden Portugals brach liegen, selbst in dieser rückschrittlichen Gegend hat der König keinen Anhang. Das Fernsehen zeigte Bilder von seinem Auftritt. Aber das waren gestellte Fotos mit bezahltem Jubel. Am folgenden Tag berichtete die Presse, daß eine gegen den König gerichtete Demonstration von über 10 000 Menschen von den Polizeieinheiten zerschlagen wurde, um dem König überhaupt seinen Auftritt in Sevilla zu ermöglichen.

Das einzige, worauf sich König und Regierung stützen können, sind die Faschisten, weshalb sie derzeit auch immer stärker unter Druck geraten. Von dem Selbstbewußtsein vortäuschenden Innenminister Iribarne, der sich im Ausland für jemanden ausgab, der sowohl die Faschisten als auch die demokratische Massenbewegung beherrschen würde und beides fest im Griff habe, ist nichts übrig geblieben. Ganz und gar ist er eingeschwenkt auf Willkür und Terror gegen das Volk. Die Demonstrationen der Faschisten hat er gewähren lassen. Und trotzdem wurde er von dem Anführer der „Christkönigskrieger“, die besonders im Baskenland ihren Terror gegen die demokratische Bewegung ausüben und immer häufiger politische Morde durchführen, vor Gericht verklagt, weil er ebenso wie Areilza (Außenminister) und Guarriges (Justizminister) die Prinzipien der Nationalen Bewegung nicht beachtet habe.

Planlose Aktionen der Regierung

Die Regierung selber zeigt tiefe Risse. Lange wurde spekuliert über ihren Rücktritt. Ihre Maßnahmen werden immer planloser. Die Willkür der Herrschaft kommt deutlich zum Ausdruck. Es ist ein Zeichen der Schwäche, wie die Regierung versucht hat, die Pressekonferenz der „Demokratischen Koordination“ in der vergangenen Woche zu verhindern. Sie hat vier Vertreter festnehmen lassen und vor einem Sondergericht angeklagt, weil sie einen Umsturz planen würden. Die vier Personen sind: Camacho, ein reformistischer Führer der Arbeiterkommissionen, der schon 15 Jahre in den Kerkern des Franco-Regimes gesessen hat, Alvarez Dorronsoro, der ein Vertreter der „Kommunistischen Bewegung Spaniens“ (MCE), einer revolutionären Organisation, ist, dann Nazaraio Aguado, ein Vertreter der Partei der Arbeit Spaniens (PTE) sowie der Rechtsanwalt A.G. Trevijano, in dessen Büro die Pressekonferenz stattfinden sollte.

Alle anderen Gründungsmitglieder der „Demokratischen Koordination“ blieben unbehelligt, obwohl sie alle der Regierung bekannt sind und sich offen bewegen. Die Anklage der vier erfolgt nun nach eben den Gesetzen, die die Regierung versprochen hat abzuschaffen und wofür sie bereits dem Ständeparlament Änderungsvorschläge unterbreitet hat. So etwas zeigt Planlosigkeit, Ausweglosigkeit, unverhüllte Willkür, letzten Endes Ohnmacht. Ohnmacht gegenüber einer demokratischen Massenbewegung, die mit Versprechen nicht mehr länger hingehalten werden und mit Terror nicht mehr unterdrückt werden kann.

Europagipfel

BRD-Imperialismus: Vorreiter der Reaktion in Europa

Ohne Beschlüsse wurde das Treffen des Europäischen Rates Donnerstag und Freitag letzter Woche in Luxemburg beendet. Nicht einmal zu einem gemeinsamen Schlußkommuniqué haben es die Regierungschefs von Belgien, Niederlande, Luxemburg, Großbritannien, Frankreich, Irland, Italien, Dänemark und der BRD gebracht. Das ist aufschlußreich und durchaush erfreulich.

Wichtigster Punkt der Konferenz war eine Auseinandersetzung über die wirtschaftliche Entwicklung und die Währungskrise innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Dazu lag ein Papier vor, dessen Beschlußfassung aber am Einspruch der BRD-Regierung gescheitert ist. Im Fernsehen ließ Bundeskanzler Schmidt verlauten: „In dem Papier stand ja nichts drin.“ Unter anderem hatte es vorgesehen, daß gegen Mitgliedsländer, die Zusagen über ihre Wirtschaftspolitik nicht einhalten, finanzielle Sanktionen ergriffen werden. Das aber war der westdeutschen Regierung zu wenig. Sie wollte verbindliche politische Festlegungen durchsetzen.

Die „Frankfurter Allgemeine“ fand die Idee „bestechend“, die Europäische Gemeinschaft zum Instrument zu machen für „harte Beschlüsse zur Disziplinierung“ der anderen Länder. Als Frage getarnt formulierte sie Schmidts Auftrag: „Wäre es möglich, die willensschwachen Mitgliedsländer am europäischen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen?“

Der Sumpf, den der Kommentar sehen will, ist die Tatsache, daß es die Arbeiterbewegung in mehreren Ländern geschafft hat, einen Lohnabbau zu verhindern. Mehr noch als die realen Lohnerhöhungen unterscheiden sich wegen der verschieden hohen Inflation die nominalen Lohnerhöhungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. 1973 betrug der Unterschied 7 %, letztes Jahr waren es schon 18 %. Die „Frankfurter Allgemeine“ sieht darin eine „Willensschwäche“ einiger Regierungen und fordert, sie am „Schopf“ zu greifen.

Schmidt hat diesen deutlichen Auftrag in vier Punkte gepackt, bei denen „straffere Disziplin“ verlangt werden müsse: In der Geld- und Kreditpolitik, bei den Haushaltsdefiziten, bei den Löhnen und Gehältern und bei den Zahlungsbilanzen.

Die Kreditpolitik der Notenbanken, die dazu dient, über billige Kredite für die Kapitalisten und Inflationierung wieder zu rauben, was sich die Arbeiter erkämpft haben, reiche nicht aus, fordert Schmidt. Die Regierungschefs müßten sich auf den direkten Lohnraub festlegen. Wobei er nicht den Hinweis vergaß, welche Vorteile die SPD-Herrschaft in den westdeutschen Gewerkschaften bietet: „Wer 20 Jahre Betriebsräte hat, kann auf das ökonomische Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften mehr zählen, als Klassenkämpfer.“ Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate, dann von jeder Mark mehr 60 Pfennig wegsteuern, dann auch noch die indirekten Steuern erhöhen, die Arbeitslosengelder kürzen usw. das pries Schmidt als „mehr Disziplin“ in der Lohnpolitik und der Haushaltspolitik an. Der vierte Punkt, die „Disziplin“ in bezug auf die Zahlungsbilanz ist für ihn bloß die Zusammenfassung der anderen, das Kennzeichen sozusagen, in welchem Land dieses Programm am besten durchgesetzt wurde.

Dieses Programm hat die westdeutsche Regierung nicht erst nach Luxemburg mitgebracht. Längst hat sie sich an die rücksichtslose Durchsetzung gemacht.

Im letzten Jahr haben sich die westdeutschen Banken mit einem Rekordergebnis im Kapitalexport und in der Darlehensvergabe die Länder mit hohem Handelsdefizit zum Schuldner gemacht. Um die Jahreswende haben sie plötzlich ihre Kreditvergabe eingestellt und dadurch zur Währungskrise beigetragen. Die verschuldeten Länder mußten zunächst ihre knappen Devisenreserven zur Stützung ihrer Währungen ausgeben, und sodann erneut um Kredite nachsuchen, wollten sie überhaupt ihren Warenimport noch bezahlen können. Und diese Kredite gab es nun nicht mehr einfach über „den Kapitalmarkt“. Italien und Irland mußten direkt bei der Bundesbank und bei der Europäischen Gemeinschaft unter Aufsicht der Bundesregierung einen Kniefall machen. Die italienische Regierung mußte versichern, daß die Gewerkschaften auf Lohnerhöhungen verzichten und über Steuererhöhungen und Kürzung der Staatsausgaben der Lohn noch mehr beraubt wird.

Unverfroren hat jetzt eine Kommission des Internationalen Währungsfonds (in dem die Mehrheit nach der Regel „je mehr Imperialist, umso mehr Stimmrecht“ verteilt ist) ihre Zensuren erteilt und erklärt, die italienische Regierung sei „im Augenblick nicht in der Lage“, die geforderten Auflagen zu erfüllen und die Arbeiterklasse richtig zu drücken. Und deshalb gebe es vorerst kein Geld.

In Luxemburg wollten sich die westdeutschen Imperialisten ihre Vorherrschaft innerhalb Europas beschlußmäßig bestätigen lassen und die Bedingungen wie sie sie Italien bei der Kreditvergabe diktiert haben, gegenüber allen Ländern durchsetzen. Es reicht ihnen nicht die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse und die Teilhabe an der Ausbeutung der Dritten Welt, sie setzen alles daran, selbst und für den eigenen Profit auch noch die Ausbeutung der Arbeiter in den Ländern ihrer imperialistischen Konkurrenten zu verschärfen.

Man versteht nun gut, was und wer gemeint war, als der westdeutsche Regierungschef die Anerkenntnis seiner 4-Punkte-Forderung zur „Schicksalsfrage für Europa“ erklärt hat. Es ist eine direkte Drohung. Und wenn dieser Kurs auf der Konferenz vorübergehend einen „Fehlschlag“ erlitten hat, und die imperialistischen Regierungen sich streiten, so ist das nur erfreulich.

Ein Vorfall in den Michelin-Werken letzte Woche wirft ein Schlaglicht auf die Absichten, die die Imperialisten mit der Europäischen Gemeinschaft haben. Fieberhaft verhandeln sie mit Spanien dessen Aufnahme. Seit Anfang Februar streiken die Arbeiter in den spanischen Werken des Michelin-Konzerns. Sie fordern, die Arbeitszeit von 48 Stunden zunächst auf die gesetzlich festgelegten 45 Stunden zu beschränken, einheitliche Tarifverträge, Lohnerhöhungen und die Rücknahme von Entlassungen wegen des Streiks. Damit gibt es unter den Arbeitern in ganz Europa viel Solidarität und seit Ende letzter Woche sollten in den Michelin-Werken in Westdeutschland Bons der IG-Chemie zur finanziellen Unterstützung des Streiks verkauft werden. Die Geschäftsleitung aber hat den Verkauf während der Arbeitszeit und auf dem Werksgelände verboten. Ist das nicht eine einfache und verständliche Aussage darüber, daß die Absichten der Bourgeoisie und der Internationalismus der Arbeiterklasse vollständig entgegengesetzt sind? – (fb)

„Eine bisher einmalige Angelegenheit“

„Eine bisher einmalige Angelegenheit“ verspricht der Kommunistische Bund (Nord) in einem Brief an verschiedene Afrikakomitees. Gemeinsam mit einer „Sektion BRD“ der MPLA lädt er zu einer Veranstaltung nach Hamburg ein, für die er sich folgende Steigerung hat einfallen lassen: Die Vertreter von sechs Befreiungsbewegungen hat er eingeladen, MPLA, FPOLISARIO, ZANU, PAIGC, FRELIMO und SWAPO. Stolz geschwellt verkündet er in einer Anzeige im „Arbeiterkampf“ hinter der Ankündigung der Vertreter von MPLA und OMA: „direkt aus Luanda“ und hinter dem Vertreter der FPOLISARIO: „direkt aus DR Sahara“.

Es gibt Leute, die versuchen die Vertreter von Befreiungsorganisationen wie Frischobst zu verkaufen. Wen verachten solche Leute mehr? Die Befreiungsbewegungen oder die Massen in Westdeutschland? Das fragt man sich hier genauso vergebens wie bei jedem Impresario, der seine Ware auf den Markt bringt und anpreist: „U.E. wird diese Veranstaltung – was die Zusammensetzung und die Größe anbelangt – eine bisher einmalige Angelegenheit in der BRD sein.“ Darüber mag man sich streiten. Schon öfters ist der KB (Nord) mit seinen Künsten in ähnlicher Weise hervorgetreten, so z.B. zu der „Portugalwoche“. Damals hatte der KB (Nord) die italienische Organisation Lotta Continua als Kompagnon. Im „Arbeiterkampf“ hat er sich danach beklagt: „Insbesondere hatte Lotta continua, entgegen den Vereinbarungen, keine Vertreter politischer Organisationen ‚besorgt‘, die Vertreter des MES mußten wir uns also durchweg nachträglich noch ‚ranschaffen‘.“

Diesmal hat er die „Vertreter politischer Organisationen“ von vornherein selber besorgt und ihnen das Gütesiegel „direkt aus ...“ aufgeklebt. Der KB (Nord) mußte sich auch etwas einfallen lassen. Hatte er doch bei der Portugalwoche feststellen müssen:

„Dort, wo unsere Organisation schon länger arbeitet oder stärker verankert ist, insbesondere in Hamburg, sind die erwarteten Teilnehmerzahlen nicht erreicht worden.“ Wir haben damals dem KB (Nord) gesagt: „Offensichtlich ist eine Marktanalyse fällig ... Spätestens, wenn die Kunden ausbleiben, ist sowas fällig.“ Der KB (Nord) hat sich das nicht zweimal sagen lassen. Das Ergebnis der Analyse ist die jetzt angekündigte Veranstaltung. Angola ist gängig, denken sich diese Schlitzohren, aber sicher ist sicher, laden wir auch noch andere ein und geben wir ihnen die Möglichkeit, „ausführlich über die Situation ihrer Länder zu berichten“. Zuversichtlich stellt der KB (Nord) fest:

„Wir erwarten zu dieser Veranstaltung mehr als 3000 Besucher.“ Mag wohl sein. Die Befreiungsorganisationen wollen sich an die Massen in Westdeutschland wenden und die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Westdeutschland ist groß. Was kümmert einen, daß der Impresario eine Schleimkröte ist?

Gerüchteweise will der KB (Nord) die Hamburger Veranstaltung auch in anderen Städten vorführen, so in Göttingen und in Westberlin. Was daraus wird, muß man sehen. In Mannheim hat der KB (Nord) eine Veranstaltung mit einem MPLA-Vertreter angekündigt. Es gibt einen KB (Nord) in Mannheim nicht. Auf der Veranstaltung gab es auch den MPLA-Vertreter nicht. Stattdessen verzapfte der angereiste KB (Nord) etwas vom proletarischen Internationalismus der Sozialimperialisten in Angola. Am Ende wollte er eine Sympathisantengruppe des KB gründen. Dazu ist es nicht gekommen. Die DKP-Vertreter waren bereits vorher gegangen und die Leute, die der KB (Nord) wohl im Auge hatte, alles stadtbekannte „Linke“, die schon alles hinter sich haben, waren über die Beiträge von zwei KBW-Mitgliedern so aufgeregt, daß sie zu keiner Gründung mehr in der Lage waren, sondern durcheinander schrien.

Wir meinen, die Absichten des KB (Nord) sind offensichtlich: Er will groß herauskommen. Dabei versucht er die Befreiungsbewegungen zu mißbrauchen und die Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker auszuschlachten. Er will sie in die Philistermentalität verwandeln: „Mal sehen, was die zu bieten haben.“ Das Ganze wird drei Mark Eintritt kosten.

UdSSR: Schweinefleisch knapp

Nach Notschlachtungen wegen Futtermangels, wodurch zeitweise das Fleischangebot hoch war, hat die Sowjetunion in den Monaten Januar und Februar 35 Prozent weniger Schweinefleisch erzeugt als in den ersten beiden Monaten des vergangenen Jahres. Diese Angaben machte die Moskauer „Wirtschaftszeitung“. Auch der Schweinebestand – ausgenommen in Estland und Armenien – hat sich verringert. (nach Blick durch die Wirtschaft, 31.3.76)

Beschleunigte Teuerung für die Ärmsten

dpa meldet am 10.3. ein Anwachsen der Lebenshaltungskosten um 5,5 %, worauf die Behauptung vom Nachlassen der Inflation gegründet wird. Tatsächlich wirkt die Inflation unterschiedlich: Für einen Vier-Personen-Haushalt, Angestellte und Beamte, steigen laut Statistik die Lebenshaltungskosten im Februar 1976 um 5,3 %, für den Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt insgesamt um 5,7 %, für Arbeiter also entsprechend stärker, für einen Zwei-Personen-Rentnerhaushalt sogar um 6,8 %, und für die Lebenshaltung eines Kindes beschleunigte sich die Teuerung gar um 9,6 %. Für die Arbeiterfamilie wird es zu einem unerhörten Luxus, sich ein Kind zu „leisten“.

Der Schwindel mit der freien „Marktwirtschaft“

10 Millionen Zentner knackfrischer Äpfel sind von der Europäischen Gemeinschaft auf den Müll gekippt worden. Begründung: Die Preise für Äpfel müßten hochgehalten werden. Kosten der Aktion: 125 Millionen Mark – so viel wie 7 000 Arbeiter im Jahr verdienen. Nicht eingerechnet selbstverständlich der normale Wert der Äpfel. Berechnet man ein Pfund Äpfel für 1 DM, so ergibt sich bei 10 Millionen Zentnern noch ein zusätzlicher Betrag von einer Milliarde DM. Es ist geplant, in nächster Zeit weitere drei Millionen Zentner Äpfel zu vernichte. Eine Gesellschaft, in der die Profitmacherei herrscht, kommt das Volk teuer zu stehen. (Fakten aus der „Bild“-Zeitung, Ausgabe Hamburg, vom 31.3.76)

Landflucht in der Sowjetunion

Von allen 1959 bis 1970 nach dem Fernen Osten der UdSSR zugewanderten Personen ist nur jeder zwanzigste dort seßhaft geworden (L.L.Rybakowskij: Regional'nyj analiz emigracii, Moskau 1973). Nach den beträchtlichen Übersiedlungen aus dem europäischen Rußland nach Sibirien zwischen 1930 und 1955 ist es den sowjetischen Behörden und Umsiedlungsorganen nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 im Verlauf von fast 15 Jahren nicht gelungen, einen Wanderzuwachs für die Erschließung des Landes zu erzielen trotz eines immer stärker ausgebauten Vergünstigungssystems. – (nach Osteuropa 2/1976)

Politisches Asyl für türkische Revolutionäre!

Köln. Am Dienstag, dem 6. April, hat die Justiz den türkischen Revolutionär Mustafa Turkun aus der Abschiebehaft freilassen müssen. Hierzu ist sie durch die breite Bewegung im Volk gezwungen worden, die sich daran entzündet hat, daß vom Landgericht Köln vier türkische Revolutionäre zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, weil sie den Umsturz des faschistischen Regimes in der Türkei vorbereitet hatten. Nach der Verkündung des Urteils waren drei der vier Revolutionäre in Abschiebehaft gesteckt worden und sollten an die Türkei ausgeliefert werden, wo sie Folter und Kerkermauern erwarten. Vor zwei Wochen schon waren Hatice Yutan und Ömer Özerturgut freigelassen worden, weil das Vorgehen von Staat und Justiz immer größeren Protest hervorrief. Mit der Freilassung von Mustafa Turkun ist der Kampf aber noch nicht beendet. Es kommt jetzt darauf an, daß die Anträge auf Gewährung politischen Asyls durchgesetzt werden.

Das Komitee und die türkischen Revolutionäre rufen dazu auf, ihre Forderungen zu unterstützen und sie gegenüber dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Rothenburger Str. 29, 8502 Zirndorf) zu erheben. Das Solidarietätskomitee hat die Anschrift: Bachemerstr. 27, 5 Köln 41.



Kundgebung des KBW vor dem Rathaus in Heidelberg

Dem Genossen Hildebrandt sollen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Heidelberg teilte dem Bundeszentralregister zur Verurteilung des Genossen Hildebrandt mit, daß er außer der Freiheitsstrafe von 12 Monaten noch „in den Verlust der Amtsfähigkeit und der Wählbarkeit verurteilt worden sei". Die Eintragung ist inzwischen erfolgt, und ans Licht kam dieser Betrug erst, als ein Richter in einer Berufungsverhandlung vorlas, daß der Genosse Hildebrandt zu 12 Monaten Haft und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden sei.

Getroffen hat die Bourgeoisie, daß der Genosse Hildebrandt als Landtagskandidat des KBW in Baden-Württemberg aufgestellt worden ist und so ihr der Protest gegen das Urteil und die Zwecklosigkeit ihres Unterfangens, einem Revolutionär das Kreuz zu brechen, immer vor Augen stand.

Von Beginn an zielte sie auf die Aufhebung des Wahlrechts des Genossen Hildebrandt: die Haftentlassung nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haft wurde abgelehnt, Urlaub für Wahlveranstaltungen nicht gewährt, ihm verboten, mit den anderen Gefangenen über die Kandidatur zu reden, bis auf die Zeit der Kandidatur der Bezug der Kommunistischen Volkszeitung untersagt.

Genausowenig wie sie verhindern konnte, daß der Genosse Hildebrandt über den Kommunismus und die Ziele des KBW diskutierte, wird die Staatsanwaltschaft mit dem dreisten Versuch, ihm die bürgerlichen Ehrenrechte hintenherum abzuerkennen, durchkommen. Wegen dieser Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wurde Strafantrag gegen Unbekannt gestellt.

Wahlen in Baden-Württemberg

Für die Bourgeoisie gibt es nichts zu jubeln

Das Wahlergebnis von Baden-Württemberg wurde von der CDU als großartiger Erfolg bejubelt. Großartig ist der Wahlerfolg für die CDU höchstens, weil sie die SPD geschlagen hat. In Wählerstimmen hat sie die absolute Mehrheit im Lande weiter ausgebaut. An ihrer Unfähigkeit, mit den aufgerissenen Widersprüchen fertig zu werden, hat sich durch dieses Wahlergebnis nichts geändert.

Nach wie vor, daran haben die Wahlen nichts geändert, kämpfen die Arbeiter gegen die Kapitalisten um den Lohn und die Arbeitsbedingungen.

An den Verhältnissen im Schulwesen hat sich durch diese Wahlen nichts geändert, also wird sich auch nichts daran ändern, daß der Kampf um die Schulen weitergeführt wird.

Hat Filbinger durch seinen Wahlsieg etwa den Kampf um das Kernkraftwerk in Wyhl beendet? Sicher nicht, denn der Baubeginn ist bislang verhindert, und soll gebaut werden, werden ihm die 56 % nichts nützen, denn mit dem Stimmzettel hat die Bevölkerung am Kaiserstuhl nicht den Willen, das Kernkraftwerk zu verhindern, in die Urne geworfen.

Die SPD, die im Wahlkampf vorgab,
Urne geworfen.

Die SPD, die im Wahlkampf vorgab, die Interessen der Arbeiterbewegung gegen die schwarze Reaktion zu vertreten, jammert über das schlechte Wahlergebnis. Steinkühler beklagt gegenüber der „Frankfurter Rundschau", daß das gewerkschaftliche Bewußtsein anscheinend nicht gleichzusetzen sei mit dem politischen Bewußtsein. Wundert sich Steinkühler vielleicht darüber, daß die SPD in diesen Wahlen weniger Stimmen bekommen hat, glaubt er, die Politik der Reformisten in den Gewerkschaften und der SPD in der Bundesregierung sei vergessen? Die Unterstützung der Reformisten beim Lohnraub der Kapitalisten, die Gesetze der Bundesregierung zur Plünderung der Massen und zur Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft, das sind die Taten, an denen die SPD gemessen werden muß und auch gemessen worden ist. Steinkühler braucht gar nicht ins Sinnieren zu kommen über den Widerspruch vom gewerkschaftlichem und politischem Bewußtsein, er braucht sich nur seine Politik und die seiner Parteifreunde anzuschauen, dann kann er sich das Stimmeregebnis auch erklären.

Diese parlamentarischen Wahlen fielen zusammen mit einem Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes. Die bürgerlichen Parteien wollten in diesen Wahlen die Legitimation für die Herrschaft der Kapitalistenklasse erneut bestätigen lassen. Parlamentarisch, das heißt durch das Werfen von Stimmzetteln in Holzkästen, haben sie sie erhalten, die tatsächlichen Widersprüche können sie dadurch nicht beseitigen. Genausowenig wie die Herrschaft der Bourgeoisie durch den Stimmzettel gestürzt werden kann, kann sie durch parlamentarische Wahlen tatsächlich gefestigt werden. In den Kämpfen, die sich auf Grund der Klassenwidersprüche entzünden, wird diese Legitimation immer wieder aufs neue in Frage gestellt und angegriffen. Wenn Filbinger jubelt, dann kann er nur jubeln, weil er die andere bürgerliche Partei geschlagen hat, nicht aber, weil er die Kämpfe der Volksmassen unterbunden hat. Wenn die SPD jammert, dann deshalb, weil sie gegen die CDU verloren hat, für die Arbeiter gibt es da nichts zu jammern. Sie haben in den letzten Monaten Fortschritte gemacht im Kampf gegen die Kapitalisten, sie konnten ihre Einheit gegen die Kapitalisten festigen. An zahlreichen Stellen haben Teile des Volks gegen einzelne Maßnahmen des bürgerlichen Staates gekämpft. Sie werden die Kämpfe fortsetzen. Daran wird Filbinger gedacht haben, als er nach dem Wahlergebnis sagte, jetzt fange die Arbeit an und man müsse die Ärmel aufkrempeln. Hierin hat sich seine Stellungnahme mit der der SPD gedeckt. Darin sind sich beide auch völlig einig, denn in jedem Kampf hat sich immer noch bewiesen, daß sie beide gut miteinander auskommen. Der Gedanke, daß jetzt für sie die Arbeit erst wieder anfange, wird sich bei ihnen schon im Wahlkampf verfestigt haben. Bei Arbeit meinen sie Unterdrückungsarbeit.

Ganz anders, als sie aus den Wahlkämpfen vergangener Jahre gewohnt waren, hatten sie sich nicht nur miteinander auseinanderzusetzen, was sie

waren, hatten sie sich nicht nur mitein-

gewohnt sind, sondern mußten sich gegen Kommunisten zur Wehr setzen. Noch vor vier Jahren hatten die bürgerlichen Parteien es in Baden-Württemberg relativ leicht. In zwei Städten, in Mannheim/Heidelberg und Freiburg, wurde von zwei Vorläuferorganisationen des KBW eine gemeinsame Erklärung zu den Wahlen abgegeben. Mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf einzugreifen, dazu reichten die Kräfte nicht. Dazu waren lokale Zirkel auch nicht in der Lage. Dieses Mal verhielt sich das anders. Als zum Beispiel in Auggen, wenige Kilometer vor der Schweizer Grenze, der CSU-Vorsitzende Strauß aus dem Saal unterbrochen wurde, setzt er ab, erkundigt sich bei seinen Leuten und teilt erschrocken mit: „Ich höre soeben, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland im Saal ist." Als Schmidt auf einer Großkundgebung in Stuttgart redete, sah er sich gezwungen, die KBW-Mitglieder aufzufordern, doch in ihr Musterländle nach China zu gehen. Den Gefallen werden wir ihm nicht tun, denn mit dem Privateigentum auch solche Politiker wie ihn abzuschaffen, diese Aufgabe haben sich die Revolutionäre in Westdeutschland gestellt, in China hat das Arbeiterklasse schon getan.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat in 26 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, um durch den Angriff auf die Politik der bürgerlichen Parteien zu zeigen, daß sie Feinde sind, wenn die Arbeiterklasse und die Volksmassen ihre Interessen gegenüber der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat vertreten; daß die Arbeiterklasse sich ihre eigene politische Partei schaffen muß, um diese Kämpfe erfolgreich zu führen und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.

Im Wahlkampf hat sich dies so dargestellt, daß alle drei bürgerlichen Parteien sich gezwungen sahen, gegen die proletarische Revolution zu hetzen und zum Beispiel die drei Spitzenkandidaten in einer Fernsehdiskussion berieten, wie sie am Besten die Radikalen und insbesondere den KBW bekämpfen und die öffentlichen Dienste gegen die Revolutionäre abschirmen können.

Der Eingriff in den Wahlkampf und die Aufstellung eigener Kandidaten war erfolgreich, weil gegenüber allen Machenschaften der bürgerlichen Parteien gezeigt werden konnte: Die Arbeiterklasse braucht ihre eigene Partei, die Kommunistische Partei. Wir haben mit ihrem Aufbau begonnen.

In den Stimmen hat sich das insofern niedergeschlagen, als in den 26 Wahlkreisen 5754 Menschen mit ihrer Stimme für die proletarische Revolution eingetreten sind und sich damit in allen Fragen der Politik und des Klassenkampfes gegen die bürgerlichen Politiker gestellt haben. Im Vergleich zu den Gemeinderatswahlen ist dies eine Stabilisierung und Erweiterung des Einflusses. Zwar gab es in Freiburg, Heidelberg und Mannheim und Waiblingen Verluste gegenüber den Kommunalwahlen. Sie bedeuten keinen Rückgang des Einflusses, sondern zeigen, daß wir unseren Einfluß nicht in dem Maße steigern konnten, um die

dem Maße steigern konnten, um die

schwierigeren Bedingungen bei Landtagswahlen auszugleichen. Verglichen mit entsprechenden Verlusten der DKP in ihrer Hochburg Tübingen von 7,2 % auf 1,6 % sind diese Verluste gering. Gegenüber den Revisionisten konnten überall Erfolge errungen werden. In Heidelberg, Freiburg, Schwetzingen und Sinsheim wurden sie geschlagen. In allen anderen Wahlkreisen wurden die Abstände zu den Revisionisten verringert.

Wir stehen am Anfang des Aufbaus der Partei der Arbeiterklasse. Schon konnten wir den Wahlkampf für einen Propagandafeldzug nutzen. Vor vier Jahren gab es zwei kommunistische Zirkel: in Mannheim/Heidelberg und Freiburg. Heute sind wir in 26 Wahlkreisen in der Lage, den bürgerlichen Parteien öffentlich entgegenzutreten. Die bürgerlichen Parteien bedrohen uns durch Verbot. Das liegt daran, daß wir bei den Massen bereits mehr Zustimmung als Stimmen erhalten. Weil wir Kämpfe führen können, können wir die Partei aufbauen. Gestützt auf die Arbeiterklasse und die Massen. – (d.b.)

Landtagswahlen Baden-Württemberg 4. April 1976

Wahlkreis	Stimmen	%
1 Stuttgart I	106	0,14
2 Stuttgart II	93	0,12
3 Stuttgart III	59	0,07
4 Stuttgart IV	101	0,13
12 Ludwigsburg	149	0,2
15 Waiblingen	129	0,19
27 Karlsruhe I	167	0,23
28 Karlsruhe II	180	0,26
29 Bruchsal	120	0,2
31 Ettlingen	127	0,23
34 Heidelberg	1052	1,7
35 Mannheim I	238	0,5
36 Mannheim II	191	0,4
37 Mannheim III	225	0,4
39 Weinheim	190	0,25
40 Schwetzingen	373	0,5
41 Sinsheim	330	0,4
42 Pforzheim	73	0,13
46 Freiburg I	333	0,5
47 Freiburg II	433	0,8
49 Emmendingen	156	0,24
51 Offenburg	94	0,16
56 Konstanz	142	0,3
62 Tübingen	171	0,22
67 Bodensee	321	0,4
69 Ravensburg	201	0,36
Gesamt:	5754	

auf alle Wahlkreise: 0,13 %
auf 26 Wahlkreise: 0,33 %

Heidelberg:

Die SPD drückte sich vor ihrer eigenen Abschlußkundgebung

Heidelberg. Für den 1.4. rief die SPD in der ganzen Stadt zu ihrer letzten Wahlveranstaltung auf. Sprechen sollten drei örtliche SPD-Führer um 20 Uhr im Zieglerbräu, dem zweitgrößten Saal der Stadt. Eine „machtvolle Abschlußkundgebung" sollte es laut Mitgliederbrief der SPD werden, zu welchem Zweck „Einlaß für Genossen ab 19 Uhr" angekündigt und um zahlreiches Erscheinen gebeten wurde.

Um 19 Uhr war der Saal gerammelt voll, aber nicht voll von SPD-Anhängern, sondern voller Menschen, die das Oppositionstheater der SPD durchkreuzen wollten. An den Wänden Spruchbänder: „Nieder mit Imperialismus und Reaktion!", „Weg mit dem § 218! Volksentscheid!", „Nieder mit der Lohnsklaverei!" Bis 20 Uhr wurde die Stimmungsmusik des von der SPD geladenen Musikvereins abgewechselt von revolutionären Liedern der Arbeiterbewegung. „Wir schlagen Schaum. Wir seifen ein. Wir waschen unsre Hände wieder rein." Dies Lied der 20er Jahre gegen Wahlbetrug und Verrat der SPD an der Arbeiterklasse erklang im Saal.



Die Veranstaltung wurde zu einer Kundgebung des KBW

Vereinzelte SPD-Führer lugten kurz herein – und verdrückten sich mit gequältem Lächeln. Keiner der Redner wurde gesehen.

Kurz nach 20 Uhr wandte sich der Genosse Jochen Noth, Ersatzkandidat des KBW zur Landtagswahl, unter großem Beifall an die Versammelten. „Die SPD ist heute vor der Öffentlichkeit geflüchtet. Ihr blutiger Polizeieinsatz letzte Woche auf ihrer Wehner-Veranstaltung sollte ihren Wahlschwindel vor entlarvenden Zwischenrufen und Fragen schützen, indem sie die Gegner ihrer Politik, zum Beispiel auch mich, aus dem Saal knüppelte. Vor den Forderungen des Volkes erweist sich die SPD stets nackt als Partei des Finanzkapitals. Wie die CDU ist sie auf Erhalt des Privateigentums und der Ausbeuterordnung eingeschworen, gemeinsam mit ihr hat sie die Jugend zur Sonntagsarbeit freigegeben, den Unterdrückungsparagrafen 218 dem Volk aufgezwungen, mit den Paragrafen 88a und 130a jedem bis zu drei Jahre Gefängnis verordnet, der die notwendige Gewalt der Volksmassen zum Beispiel gegen Fahrpreiserhöhung befürwortet."

Am Tag vor der Wahl ließ Eppler als seine buchstäblich letzten Worte halbseitig in die Presse setzen: „Sie müssen uns nicht für ideal halten. Wir sind es auch nicht. Aber wenn Sie uns für ein bißchen ehrlicher halten als die anderen, dann gehen Sie zur Wahl, und wählen Sie diesmal SPD." Man hört schon den Abgesang heraus. Und doch ist es noch gelogen. Die schwarze Reaktion ist „ein bißchen ehrlicher„ als Kapitalistenpartei aufgetreten als diese SPD, die ihrer ganzen „Ehrlichkeit" mit der Flucht von der eigenen Schlußkundgebung in Heidelberg ein prächtiges Denkmal setzte. Kein SPD-Funktionär hatte sich noch auf der „SPD-Abschlußkundgebung" sehen lassen, zu der die SPD überall geladen sowie den Saal und die Musik bezahlt hatte. Diese Veranstaltung der SPD, auf der zirka 360 DM für den Wahlkampf des KBW gesammelt wurden, wurde mit dem Gesang der Internationale und des Solidaritätsliedes abgeschlossen. – (g.d., Heidelberg)

Röhm, Darmstadt:

Mannigfacher Widerstand einer Belegschaft gegen verschärfte Ausbeutung

Anfang Februar 1976 startete die Abteilung „Betriebswirtschaft" eine Untersuchung im kaufmännischen Bereich. Festgestellt werden sollte mit Hilfe von Kontrollbögen, was die Schreibkräfte den ganzen Tag über treiben. Auf einem Bogen sollte jeden Tag eingetragen werden, wieviel Zeit die Einzelnen für ihre Arbeiten benötigt haben. Der Achtstundentag war auf dem Bogen in Zehnminutenabschnitte eingeteilt. Sofort als dies bekannt wurde, meldeten sich einige Kollegen beim Betriebsrat. Dieser wußte von der Aktion überhaupt nichts und forderte nach dem Betriebsverfassungsgesetz die Geschäftsleitung auf, diese Maßnahme vorerst zu stoppen.

Während in den betroffenen Abteilungen darüber diskutiert wurde, wie verhindert werden kann, daß diese Kontrolle doch stattfindet, beriet der Betriebsrat mit Vertretern der Geschäftsleitung darüber, welche Konsequenz die Maßnahme habe. Viele Kolleginnen riefen beim Betriebsrat an und forderten ihn auf, zu einem Gespräch in die Abteilung zu kommen. Dort wo der Betriebsrat dieser Aufforderung nachgekommen ist, wurden von den Betroffenen u.a. folgende Vorschläge gemacht: In den Mittagspausen sollten „die Mutigsten" mit einem Megaphon in der Kantine zu einer Versammlung aufrufen. Der Betriebsrat wurde aufgefordert, zu beschließen, die Kontrolle der Kolleginnen abzulehnen. Unterschriften sollten auf Grundlage einer Resolution gegen die Kontrolle gesammelt werden.

Der Standpunkt des Betriebsrats war, daß rein rechtlich diese Maßnahme nicht zu verhindern sei. Man wolle aber versuchen, den Kontrollbogen noch etwas zu verändern. Die Personalabteilung berief zwei Versammlungen mit den Betroffenen ein und erklärte dort, daß es zu keinerlei Entlassungen oder Lohnminderungen kommen solle. Das war ein entscheidender Punkt, wo die entschlossene Ablehnung wegbröckelte und die Gleichgültigkeit, die Aktion über sich ergehen zu lassen, ansetzte. Dazu kommt, daß die Kontrollbögen die erste direkte Maßnahme waren, die sich ausschließlich nur gegen die kaufmännischen Angestellten richtete, unter denen die gewerkschaftliche Organisierung noch schwach ist. Individuell haben zahlreiche Schreibkräfte den Bogen so ausgefüllt, daß eine Auswertung so gut wie nicht möglich ist. Ende dieser Woche teilte die Personalabteilung mit, daß die Maßnahme vorzeitig abgebrochen werden kann, dank „guter Mitarbeit" der Betroffenen.

Vorbereitung der Tarifrunde

Bekannt war lange, was die IG-Chemie-Führung in diesem Jahr vorschlägt: eine Mischforderung in der Höhe von 5 Prozent und 50 DM. Durch die kommunistische Betriebszeitung wurde aufgezeigt, daß solch eine Forderung die Belegschaft spaltet und zudem einen Lohnraub für die unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen bedeutet. Als die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst ihre 135 DM diskutierten, begann auch unter den Röhm-Arbeitern die Diskussion zur diesjährigen Tarifrunde. Überall fand der einheitliche Festgeldbetrag von 135 DM Zustimmung im Betrieb. Gerade in den Darmstädter Chemiebetrieben ist es seit dem Streik 1971 für 120 DM „Tradition", daß jedes Jahr wieder ein einheitlicher DM-Betrag aufgestellt wird von den Vertrauensleuten.

Vor einigen Wochen war es noch so, daß einige Kollegen meinten, 135 DM seien zu wenig, dafür lohne es sich nicht zu kämpfen. Unter den Handwerkern wurde 200 Mark für alle diskutiert. Allerdings hat die bürgerliche Presse durch die ständigen Diffamierungen der 135-Mark-Forderung einiges dazu beigetragen, daß klarer begriffen wird, welch ein Pfahl im Fleisch diese Forderung für die Kapitalisten und ihren Staat ist und daß man dafür einheitlich kämpfen kann.

Ausgehend von der Entwicklung der Tarifrunde im öffentlichen Dienst haben die Kommunisten mit einigen Vertrauensleuten eine Resolution vorbereitet, daß auch in diesem Jahr für die Chemiearbeiter nur ein einheitlicher DM-Betrag geeignet ist, die Einheit zur Durchsetzung einer Lohnerhöhung herzustellen und daß von der Höhe her ein DM-Betrag von 150 DM eine gerechte Forderung ist.

In 120facher Ausfertigung wurde die Resolution verteilt und jeder Vertrauensmann hatte eine Grundlage, die Tarifrunde im Betrieb vorzubereiten. In einigen Abteilungen wurden die Kollegen bis auf den letzten Mann genau gefragt, wie die Forderung aussehen muß und ob die Bereitschaft zum Streik da ist. Auch die Handwerker haben sich mit der 150-DM-Forderung solidarisiert, genau wie die Angestellten, die rein rechnerisch mit einer Prozentforderung mehr rausbekommen.

Am 11. März fand eine Vertrauensleuteversammlung im Betrieb statt, wo die Forderung zur Tarifrunde diskutiert und beschlossen wurde.

Alle Redebeiträge bezogen sich auf den Inhalt der Resolution und die Vertrauensleute haben genau berichtet, welche Argumente in ihren Abteilungen gefallen sind. Beispielsweise:

„Bei 150 DM ist kein Verhandlungsspielraum drin. Sie müssen durchgesetzt werden, oder wir nehmen einen Lohnraub hin."

„Eigentlich muß unsere Forderung höher sein, denn eineinhalb Jahre Kurzarbeit, Abbau der Überstunden und Umsetzungen haben ein großes Loch in unseren Geldbeutel gerissen."

„Die Chemiearbeiter müssen gemeinsam mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst für ihre Forderung kämpfen."

„Früher waren es nur die Darmstädter Chemiearbeiter, die für einen einheitlichen DM-Betrag eintraten, heute sind wir viel weiter, denn die Kollegen im öffentlichen Dienst stehen auch auf unserer Seite."

„Ein Festgeldbetrag ist die einzige Forderung, für die wir streiken können."

Mit großer Mehrheit sind die 150 DM von den Vertrauensleuten als Forderung aufgestellt worden. Drei Tage später haben die Vertrauensleute aller Chemiebetriebe der Verwaltungsstelle Darmstadt 170 DM beschlossen. Das war die Forderung der Merck-Vertrauensleute, die die Mehrheit fand. Allerdings sind viele unserer Kollegen nicht überzeugt, daß die Forderung in dieser Höhe richtig ist, und zwar in der Weise richtig ist, daß die Chemiearbeiter geschlossen dafür kämpfen können. Die Sockel- und Prozentforderung, die die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung vorschlägt, wurde nicht diskutiert, und es gibt dagegen eine breite Ablehnung.

Als am 16. März die hessische Tarifkommission zusammentrat und sich auf die Forderung 5 Prozent und 50 DM für die hessischen Chemiearbeiter festlegte, gab es viel Empörung im Betrieb. Viele äußerten sich u.a. so:

„Wie schon in den letzten Jahren sieht man mal wieder, daß die ‚da oben' sich nicht dafür interessieren, was in den Betrieben diskutiert und beschlossen wird." „Wir müssen etwas unternehmen, sonst ist unsere Tarifrunde für dieses Jahr schon gelaufen." Es wurde der Versuch von einigen Vertrauensleuten gemacht, sofort ein Telegramm nach Hannover zu schicken, weil am 17. März auf Bundesebene die Tarifrunde koordiniert werden sollte. Die Arbeiter in den Produktionsbetrieben haben angefangen darüber zu diskutieren, auf welche Weise es zu Aktionen bei Röhm kommen kann.

Auf der Betriebsversammlung am letzten Dienstag stand die Tarifrunde im Mittelpunkt. Der Vertreter der IG Chemie verteidigte die 5 Prozent und 50 DM gegenüber der DAG, die sich für eine 7-Prozent-Forderung ausgesprochen hatte. In einigen Redebeiträgen der Kollegen kam offen zum Durchbruch, daß weder die 7 Prozent noch die 5 Prozent und 50 DM die Forderung der Arbeiter ist. „Für uns geht es immer noch um die 150 DM", sagte eine Kollegin, „allein das ist unsere Forderung."

Der IG-Chemie-Vertreter ging nicht noch einmal ans Mikrofon, was hätte er der Belegschaft auch sagen sollen?

Arbeiter gegen vierte Schicht

Bei Röhm soll in einem Produktionsbetrieb der Plexiglasproduktion eine vierte Schicht eingeführt werden. Vierte Schicht bedeutet, daß anstatt drei Schichtgruppen vier Schichtgruppen rund um die Uhr arbeiten. Das Besondere an der vierten Schicht ist, daß durch die Einteilung in vier anstatt drei Gruppen der Arbeitsrhythmus so eingeteilt ist, daß jede Gruppe zweimal im Monat auch samstags und sonntags arbeiten muß. Ist es bei Dreierschicht so, daß die Arbeitszeit geht von montags bis freitags und samstags/sonntags Überstunden geleistet werden können, so ist es bei Viererschicht so, daß der Schichtrhythmus beispielsweise Mittwoch beginnt und am Dienstag darauf abgeschlossen ist.

Folgender Nachteil entsteht den Kollegen:

1. Zwangsläufig fällt für sie zeitweise das Wochenende weg.

2. Dadurch, daß die Samstagsarbeit in den normalen Rhythmus fällt, entfällt die Bezahlung der Samstage als Überstunden. Samstagsarbeit gilt als Normalarbeit.

Die Einführung der vierten Schicht hat für die Kapitalisten den Nutzen, daß sie – ohne Überstunden zahlen zu müssen – die Produktion rund um die Uhr betreiben können. Die vierte Schicht soll in einem Bereich der Firma eingeführt werden, dessen Produktionsanlagen so umgebaut worden sind, daß man viel Maschinerie hat und wenig Arbeitskräfte. Die Arbeiter werden als Anhängsel der Maschinerie behandelt: Die gesamte Lebenszeit wird auf die Bedingungen der Produktion umgestellt. Das Wochenende, das zur Reproduktion der Arbeiterfamilie notwendig ist, gerade für die Schichtarbeiter die einzige Gelegenheit, mit ihren Familien zusammenzukommen, soll wegfallen.

Die Kollegen im Betrieb 442, das ist der betroffene Betrieb, sind alle gegen die vierte Schicht und haben das durch eine Unterschriftensammlung dokumentiert. Bis jetzt hat es die Werksleitung noch nicht gewagt, die vierte Schicht einzuführen.

Chemieindustrie: Führend in der Kunst des Schweißauspressens

Die Ausbeutung der Arbeiter in der Chemieindustrie ist höher als in den meisten anderen Branchen der westdeutschen Industrie. Von allen Arbeitern und Angestellten in der Industrie ließen die Chemiekapitalisten 1970 knapp 7 Prozent oder 595 000 Männer und Frauen für sich arbeiten. Geschaffen wurde von diesen 7 Prozent ein Anteil am gesamten Nettoproduktionsvolumen der Industrie von 13,1 Prozent. 1973 – der Anteil an den Lohnabhängigen in der Industrie lag immer noch bei 7 Prozent – war der Anteil am Nettoproduktionsvolumen der Industrie sogar auf 15,2 Prozent gestiegen. In der Kunst der Schweißauspressung liegen insbesondere die drei beherrschenden Monopole Hoechst, BASF und Bayer weit über dem gesellschaftlichen Durchschnitt.

Die Stundenlöhne der Chemiearbeiter liegen zwar über dem Durchschnitt in der Industrie, um 6,4 Prozent oder 64 Pfennig im Juli 1975. Bis auf Nordrhein-Westfalen mit den Hauptwerken des Bayer-Konzerns, Hessen mit Hoechst, Rheinland-Pfalz mit der BASF und leicht auch noch Bayern liegt aber in allen anderen Bundesländern der Lohn der Chemiearbeiter sogar unter dem Durchschnittslohn in der Industrie. Und in den drei Monopolbetrieben werden höhere Löhne auch nur da gezahlt, wo die Arbeiter in Wechselschicht schneller zerschlissen werden.

Die drei Großkonzerne kämpfen um ihre führende Position bei der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit durch den gezielten Versuch zur Schwächung und Zerstörung der gewerkschaftlichen Bewegung. Die Löhne in den Konzernen sind nur zu einem geringen Teil tariflich abgesichert. Hand in Hand mit sozialdemokratischen Betriebsräten und im Zusammenspiel mit der IG-Chemie-Spitze wird ein innerbetriebliches Prämien- und Zulagensystem ausgebaut und unterhalten, das bei der BASF z.B. 10 bis 30 Prozent des Lohns umfaßt, im Akkord sogar durchschnittlich 37 Prozent. Das macht es den Belegschaften der Großkonzerne schwerer, die gewerkschaftliche Organisierung voranzutreiben, und trennt die Belegschaften der kleinen Betriebe ab. Die Bewegung für Festgeldforderungen ist eine bewußte Antwort auf diese Spaltungspolitik.

Durchgesetzt werden muß sie gegen die sozialdemokratische Fraktion in der Gewerkschaft. Statt die Zusammenfassung riesiger Arbeiterheere unter dem Kommando dreier Monopole zu nutzen für die Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft, bringen die Sozialdemokraten es fertig, daraus einen Hebel der Spaltung unter den Chemiearbeitern zu machen. In der hochkonzentrierten Chemieindustrie lag entsprechend der gewerkschaftliche Organisationsgrad 1970 mit 47 Prozent unter dem Durchschnitt im gesamten Zuständigkeitsbereich der IG Chemie–Papier–Keramik, der 52 Prozent betrug. Insbesondere der überdurchschnittlich hohe Anteil der Angestellten wird deshalb schwer für die Gewerkschaft gewonnen und bleibt dem ideologischen Druck der außertariflich bezahlten höheren Angestellten ausgesetzt, die in der Chemieindustrie außerordentlich hohe 6,8 Prozent der Belegschaften ausmachen (1969).

Trotz dieser Hindernisse ist es in den letzten Jahren immer wieder zu Kämpfen gekommen. Nach den größeren Streiks 1971 streikte 1973 zum ersten Mal seit den zwanziger Jahren wieder die BASF. Aktionen gegen Stillegungen und Entlassungen sind im ganzen letzten Jahr nicht abgerissen. Diese sind selbst Folge der immer noch zunehmenden Monopolisierung der ganzen Branche durch die drei großen Chemiekonzerne.

In den Großkonzernen haben insbesondere die Jugendlichen gegen schlechte Ausbildungsverhältnisse und für die Anstellung aller Jungarbeiter nach der Lehre Aktionen durchgeführt. Die KVZ berichtete über die Aktionen bei der BASF in Ludwigshafen und bei Merck in Darmstadt, die von der Masse des Facharbeiternachwuchses aktiv getragen wurden.

Im folgenden Berichte aus der Firma Röhm (4 000 Beschäftigte), in deren Besitz sich der BASF-Konzern und die Familie Röhm teilen, und aus der Firma Schwarzkopf in Westberlin, an welcher der Hoechst-Konzern eine starke Beteiligung hält.



Die Lehrlinge der BASF Ludwigshafen haben im vergangenen Jahr mehrfach in Versammlungen und Demonstrationen ihre Forderungen nach Verbesserung der Ausbildung und Anstellung nach der Lehre bekräftigt. Auf dem Bild: Jugendversammlung auf der BASF

Schwarzkopf, Westberlin:

Ein erster Schritt im Kampf gegen die Schichtarbeit

Berlin. Seit Mitte letzten Jahres versucht die Geschäftsleitung der Firma Schwarzkopf der Belegschaft die Schichtarbeit aufzuzwingen. Zunächst mußten nur neu eingestellte Kollegen Arbeitsverträge unterschreiben, die sie zur Zweierschicht im vierzehntägigen Rhythmus verpflichten. Auf der vorletzten Betriebsversammlung rückte die Geschäftsleitung mit dem Plan heraus, generell neue Arbeitsverträge einzuführen mit der Verpflichtung zur Schichtarbeit

Schon damals stieß sie auf Widerstand. Mehrere Arbeiter prangerten die Geschäftsleitung an, daß sie Druck auf einzelne Kollegen ausübe. Die Zelle des KBW erhob die Forderung nach einheitlichen Arbeitsverträgen für alle, ohne Verpflichtung zur Schichtarbeit.

Drei Tage vor der letzten Betriebsversammlung setzte die Geschäftsleitung eigens eine „Informationsveranstaltung" an über „Standort und Entwicklung der Firma Schwarzkopf 76". Ein Vertreter der Geschäftsleitung unternahm den Versuch, den Arbeitern einzureden, daß sie gemeinsam mit der Familie Schwarzkopf und der Hoechst AG die Konkurrenz im In- und Ausland niederbügeln sollen, um rosigen Zeiten entgegenzusehen. Der Versuch, die Belegschaft gegen ihre Interessen zu mobilisieren, fruchtete nichts. Zu toll hatte die Geschäftsleitung es in der letzten Zeit getrieben mit Verschärfung der Arbeitshetze, kleinlichster Schikane und mit dem Druck zur Schichtarbeit.

Auf der Betriebsversammlung ging der Vertreter der Geschäftsleitung gleich zum Angriff über: In den nächsten Wochen würden neue Arbeitsverträge vorgelegt, die ab Juli gelten sollen. Die Schichtarbeit rechtfertigte er mit produktionstechnischen Gründen. Gleichzeitig drohte er mit Arbeitslosigkeit und Produktionsverlagerung. Zusätzlich erdreistete er sich noch zu sagen, daß es durch die Schichtarbeit mehr Gerechtigkeit geben werde und die Kolleginnen ihre Arbeit im Haushalt besser einteilen könnten.

Das rief große Empörung unter den Kollegen hervor, und der Vertreter der Geschäftsleitung wurde von mehreren Kollegen angegriffen.

Sämtliche Argumente für die Schichtarbeit konnten auf der Betriebsversammlung widerlegt werden.

Dieses sowie der Vorschlag der Zelle Schwarzkopf des KBW bildete die Grundlage dafür, daß die Belegschaft die Einheit gegen die Schichtarbeit herstellen und folgende Resolution mehrheitlich verabschiedet werden konnte:

„Die Belegschaft von Schwarzkopf ist der Auffassung, daß es keinesfalls zugelassen werden darf, daß die Geschäftsleitung die Schichtarbeit endgültig festschreibt.

Die Schichtarbeit ist bei Schwarzkopf produktionstechnisch nicht notwendig und schadet unserer Gesundheit.

Deshalb empfehlen wir dem Betriebsrat ausdrücklich, eine Betriebsvereinbarung mit folgendem Inhalt zu schließen:

Einheitliche Arbeitszeitregelung für alle Kollegen, die keine Festlegung über Schichtarbeit oder versetzte Arbeitszeit beinhaltet.

Wir fordern den Betriebsrat auf, die Belegschaft ständig über den Gang der Verhandlungen zu informieren und eine verbindliche Auskunft auf der nächsten Betriebsversammlung zu erteilen."

Im Gegenzug drohte die Geschäftsleitung mit Arbeitslosigkeit, ließ über einzelne Betriebsratsmitglieder Gerüchte über Produktionsverlagerung und eventuelle Entlassung von 200 Arbeitern in die Welt setzen. In der Belegschaft wuchs erneut die Unsicherheit und Uneinigkeit. Auf der nächsten Betriebsversammlung wird sich herausstellen, ob die Politik der Spaltung durch die Geschäftsleitung, um verschärft ausbeuten zu können, oder die Politik des einheitlichen Widerstandes gegen Verschärfung der Ausbeutung die Oberhand behält. – (Zelle Schwarzkopf / Red.)

Der Kampf für die Sicherung des Lohns geht weiter

Köln. „Dafür haben wir nicht gestreikt", meinten die Staplerfahrer der Halle 100 von Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln. Gemeint war das Schlichtungsergebnis für die Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen. 5,4 Prozent mehr Lohn und Gehalt und ein Tag mehr Urlaub. Das ist viel zu wenig, das treibt die unteren Lohngruppen ins nackte Elend. Deshalb muß der Schlichtungsvorschlag abgelehnt werden. Diese Meinung brachten fünf der sieben Staplerfahrer in einem Brief an die Große Tarifkommission zum Ausdruck.

Der Kampf für den Lohn geht weiter. Denn die KHD-Kapitalisten gehen nach dem Lohnraubabschluß daran, den Lohn weiter zu kürzen.

Im alten Schlepperbau in Kalk wollen sie den Kollegen die Akkorde kürzen. Nachdem lange Zeit im Getriebebau des alten Schlepperbaus in Kalk die Arbeiter in zehn Stunden 24 Getriebe vom Typ B 130 06 bauen mußten, hat kürzlich ein neuer Meister neue Taktzeiten berechnet und festgelegt, daß jetzt die Arbeiter 20 Stück in acht Stunden bauen sollen, was noch nie geschafft worden ist.

So wurden denn auch am nächsten Tag nur 17 Getriebe zusammengebaut. Am nächsten Tag kam der Meister und wollte wissen, warum nur 17 Stück gebaut worden wären. Die Takte sind so beschissen, das kann man unmöglich schaffen. Der Abteilungsleiter kam hinzu und sagte, der Meister habe die Takte neu aufgestellt und so eingeschätzt, daß sie jetzt zu schaffen seien. Basta. Und wenn die Arbeit nicht geschafft wird, dann könnt ihr euch ja versetzen lassen in andere Abteilungen, wo man weniger verdient, wie es schon so manchem erging, der hier arbeitete. Dann ging er weiter.

Damit gaben sich die Kollegen aber nicht zufrieden und bestellten den Betriebsrat zu sich. Er stimmte zu, daß wegen der Arbeit und der schweren Teile, die man anbauen muß, etwas unternommen werden muß. Anhand der Erhöhung der Stückzahlen wird ja auch die Dauerbelastung des Körpers erhöht. Deswegen kann die verschärfte Akkordarbeit nicht mehr geschafft werden. Dann kam der Sicherheitsbeauftragte noch hinzu, der feststellte, daß unsere Arbeitsplätze nicht genügend gegen Unfall gesichert seien. Die Forderung, die schon lange existierte, wurde wieder aufgestellt: Verbesserung der Arbeitsbedingungen! Neuaufnahme der Taktzeiten! Man versprach, in etwa vier bis sechs Wochen würden die Taktzeiten neu abgenommen werden, bis dahin sollten wir's nochmal versuchen.

Am nächsten Tag schafften die Kollegen mit Mühe und Not 18 Getriebe. Jetzt wurde noch ein Mann ans Band gestellt. Dafür sollten aber 24 Getriebe gebaut werden. Der Unmut der Kollegen wuchs. Als die Betriebszelle des KBW die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeitskraft in einem Flugblatt veröffentlichte, gerieten die Antreiber in Unruhe.

Der Betriebsingenieur kam dauernd in die Abteilung, um durch seine Anwesenheit die Kollegen anzutreiben. Der Unmut der Kollegen aber war so groß, daß sie sich nicht verrückt machen ließen. Sie zeigten dem Antreiber, daß durch ihre Arbeitskraft die Waren produziert werden. Am Ende des Arbeitstages waren genauso viele Getriebe zusammengebaut wie am Tage vorher. Nicht ein Stück mehr. – (KHD-Zelle Köln)

IG Metall Frankfurt: Keine Sonderschichten – Neueinstellungen!

Mainz. Sonderschichten und Überstunden verurteilten die Vertrauensleute der IG Metall, Bezirk Frankfurt, auf einer Konferenz letztes Wochenende. Die Betriebsräte werden aufgefordert, auf Neueinstellungen zu dringen.

Rüstungsexport – Weg aus der Krise?

Die Betriebsvorsitzenden von neun Rüstungsbetrieben haben einen Brief an den Bundestag geschrieben. Darin fordern sie die Freigabe des Rüstungsexports durch die Bundesregierung, um die Arbeitsplätze zu sichern. Der Rüstungsexport ist durch das Kriegs-Waffenkontrollgesetz von 1961 von der Genehmigung der Regierung abhängig und die Bundesregierung hat 1971 Richtlinien „für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beschlossen. Sie will den Kriegswaffenhandel einschränken. Der Export von Kriegswaffen in Länder außerhalb der NATO – bislang schon für Spannungsgebiete gesperrt – soll grundsätzlich unterbleiben."

(Weissbuch 1971/72) Aufträge aus dem Ausland wären gegenwärtig für die deutsche Rüstungsindustrie genügend da. Die Bundesregierung genehmigt jedoch die Übernahme dieser Aufträge bisher nur in seltenen Fällen.

Der offizielle Rüstungsexport beträgt deshalb gegenwärtig nur 0,2 % des gesamten Exports, während er in Frankreich z.B. 30 % und in den USA 20 % am ganzen Export ausmacht. Nachdem durch den Aufbau der Bundeswehr, die zu 70 % durch deutsche Rüstungsbetriebe ausgestattet wird, große Kapazitäten für Rüstung in der Industrie geschaffen worden sind und nachdem die westdeutsche Rüstungsindustrie unterstützt durch jährliche Milliardensubventionen auf diesem sicheren Markt konkurrenzfähige und teilweise überlegene Waffensysteme entwickelt hat, drängt sie über die Grenzen der NATO hinaus auf den ganzen Weltmarkt. Die ökonomischen Bedingungen für die Eroberung beträchtlicher Anteile am Weltwaffenhandel sind gut. Unter der Hand sind die westdeutschen Rüstungskapitalisten bereits kräftig dabei mit allerlei Schiebergeschäften. Eines ist neulich als sog. Merex-Skandal ruchbar geworden.

Über Beteiligungen an ausländischen Firmen und über Lizenz- und Lieferungsverträge für Teilstücke zum Beispiel für die Herstellung des Leopard in Italien, ist das westdeutsche Kapital in beträchtlichem Umfang am internationalen Waffenhandel beteiligt. Eine Spezialität der westdeutschen Rüstungsindustrie ist der Export von ganzen Rüstungsbetrieben. Der wird ohne weiteres von der Regierung genehmigt. Dadurch haben die westdeutschen Rüstungskapitalisten in verschiedenen Ländern der Dritten Welt eine Rüstungsindustrie aufgebaut, an denen sie direkt beteiligt sind und die auf jeden Fall über Ersatzteillieferungen und die Technik von der westdeutschen Rüstungsindustrie abhängig sind.

All das sind glänzende Ausgangsbedingungen für eine breit angelegte Exportoffensive des westdeutschen Rüstungskapitals auf dem internationalen Waffenmarkt. Die Genehmigungspflicht für Waffenexporte wird der westdeutschen Rüstungsindustrie zur Fessel, nachdem sie durch die Konzentration der westdeutschen Rüstungsindustrie auf den deutschen und den NATO-Markt und als Tarnung bei der Herstellung einer soliden Basis für eine breitangelegte Exportoffensive lange Zeit gute Dienste getan hat.

In dieser Situation kommt den westdeutschen Rüstungskapitalisten die Initiative der neun Betriebsratsvorsitzenden wie gerufen. Ihr Profitinteresse und ihr Expansionsstreben können sie so hinter dem sozialen Interesse der Arbeiter an Arbeitsplätzen verstecken, wie sie es bisher hinter der Genehmigungspflicht der Bundesregierung verborgen haben. Und Tarnung haben die deutschen Rüstungskapitalisten nötig, denn alle Welt weiß, daß es gerade diese Leute waren, die sich an zwei Weltkriegen dumm und dämlich verdient haben. Vor allem die Arbeiter wissen das, gerade auch die Arbeiter in den Rüstungsindustrien, aus deren Knochen die Profite der Rüstungskapitalisten stammen. Trotzdem wird es der Wahrheit entsprechen, wenn Paul Rodewald, Betriebsratsvorsitzender des Kruppbetriebes MAK Kiel behauptet: „Ich kann große Sprüche kloppen und sagen, ich bin gegen Rüstung, aber dann kommen die Kumpels und fragen mich: Gut, aber was sollen wir jetzt machen?"

Die Betriebsratsvorsitzenden antworten: Den Kapitalisten freie Bahn sollt ihr schaffen, damit sie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt voll ausspielen können.

Aber worauf beruht diese Konkurrenzfähigkeit? Auf der Kunst der Schweißauspressung und aus den Zuschüssen, die die Rüstungskapitalisten über den bürgerlichen Staatsapparat aus den Taschen aller Arbeiter ziehen, in den letzten fünf Jahren allein 7,8 Milliarden Mark. Wenn die Genehmigungspflicht für die Waffenexporte fällt, werden dann die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sicherer? In den anderen Industrien gibt es keine solche Genehmigungspflicht und dennoch gibt es weit über eine Million Arbeitslose. Die Beseitigung der Genehmigungspflicht wird nur den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion freien Lauf verschaffen und gerade diese Gesetzmäßigkeiten bringen die Unsicherheit der Existenz für die Arbeiter hervor. Aus der Ausbeuterordnung folgen die Krisen und Kriege, die nur die Fortsetzung der imperialistischen Konkurrenz sind.

IGM Vorsitzender Loderer hat sich von dem Brief der Betriebsratsvorsitzenden „distanziert". Eine Antwort auf die Frage der Arbeiter in der Rüstungsindustrie hat er nicht gegeben. Man muß sich der Haut wehren gegen die Ausbeuter und die Ausbeuterordnung beseitigen; muß den Klassenkampf führen und Revolution machen. Nur so kann die Antwort auf die Frage der Rüstungsarbeiter lauten.

Rede auf der Betriebsversammlung bei VW Salzgitter am 30. März

„Wir brauchen eine kampfstarke Gewerkschaft"

In einer Rede eines Genossen auf der Betriebsversammlung wurde der Tarifabschluß bei VW verurteilt. In der Rede wurde deutlich gemacht, daß der 1. Mai als Kampftag der Arbeiter genutzt werden muß, die Einheit der Arbeiter gegen die Maßnahmen der Kapitalisten herzustellen. Wir drucken Teile der Rede hier ab:

Bevor wir unsere lächerliche Lohnerhöhung in der Lohntüte haben, hat VW wie alle anderen Automobilkonzerne die Preise erhöht. Sie behaupten natürlich jetzt, daß die Preiserhöhungen wegen der Lohnerhöhung notwendig wären. Die Lohnsenkung und die Preiserhöhungen sind nur zwei Seiten einer Medaille. Den Großaktionären geht es nur darum, ihre Profite auf unseren Knochen zu steigern. Unmißverständlich haben Schmücker und die Profithaie gezeigt, daß gegen sie die Arbeiter um jeden Pfennig Lohn, um ihre Existenz kämpfen müssen. Sie sind nicht willens und fähig, uns zum Leben ausreichende Löhne und sichere Arbeitsplätze zu garantieren. Deutlich gemacht haben sie, was „Sozialpartnerschaft" heißt, nämlich Unterwerfung der Arbeiterinteressen unter ihre Profitinteressen. Mit unserer Hände Arbeit schaffen wir das Kapital, mit dem VW 21 Werke im Ausland gebaut hat und mit dem das Werk in den USA gebaut werden soll. Wie sollen wir da zustimmen können? Und wenn Loderer klipp und klar sagt, daß das Werk in den USA gebaut wird, dann müssen wir klipp und klar sagen, daß es nicht gebaut wird und daß hier keiner entlassen werden darf. Mit der Zustimmung zum Bau eines Werkes in den USA wird demonstriert, was Mitbestimmung heißt, nämlich Unterordnung unter das Betriebswohl, das Profitwohl der Aktionäre. Und das ist auch bei der paritätischen Mitbestimmung so. Was hat es denn uns genützt, daß Betriebsräte und Gewerkschafter im Aufsichtsrat sitzen? Sie sitzen dort am verkehrten Platz. Was wir brauchen, ist eine Gewerkschaft, die kampfstark ist und in der die richtigen Kollegen am richtigen Platz sind, wo die Kollegen ihre Interessen gemeinsam aktiv vertreten und sich nicht vertreten lassen durch solche, die auf Zusammenarbeit und Partnerschaft wie die Großaktionäre aus sind.

Das wird bereits von vielen Kollegen so gesehen. So hatten die Vertrauensleute in Emden sich gegen die 5,4 Prozent und gegen die ausgehandelte Urlaubsregelung ausgesprochen. Trotzdem stimmten die beiden Tarifkommissionsmitglieder aus Emden für den Abschluß. Auf der nächsten Vertrauensleutesitzung wurden beide scharf kritisiert und aufgefordert, aus der Tarifkommission auszutreten. Der Betriebsratsvorsitzende, der gleichzeitig im VW-Aufsichtsrat sitzt, mußte unter dem Druck der Arbeiter als Tarifkommissionsmitglied zurücktreten. Ich meine, daß die Kollegen in Emden gezeigt haben, wie man weiterkommt, die IG Metall zur Kampforganisation zu machen und als solche einzusetzen.

Auf breiter Front haben solche Herren wie Schmücker, Schleyer und wie sie alle heißen, hat Gesamtmetall, hat das Großkapital den Angriff auf den Lohn und die Existenz der Arbeiter geführt. Der durchgesetzte Lohnraubabschluß wird viele dazu zwingen, Überstunden zu machen. Wir müssen uns auf einiges gefaßt machen. Das fängt jetzt schon damit an, daß die Werksleitung und ihre Abteilungsleiter an den Erhol- und Pausenzeiten knapsen wollen: Durchsetzen wollten sie, daß wir bis 5 Minuten vor Feierabend an unseren Maschinen stehenbleiben sollten und erst dann in die Waschkaue gehen dürften, egal ob die Stückzahl geschafft oder nicht geschafft wurde. Besonders gestört hat es die Herren Abteilungsleiter, daß mehrere Kollegen zusammengestanden haben. Sind wir für diese Herren nur Arbeitstiere, die nur zu schaffen haben und sonst den Mund zu halten haben?

Durch Steuer- und Gebührenerhöhungen und Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge trägt der Staat dazu bei, diese Entwicklung zu verschärfen. Da helfen keine moralischen Appelle, denn das Kapital kennt keine Grenzen in seinem Heißhunger nach Mehrarbeit, nach Profit. In dieser Tarifrunde haben diese Herren wieder einmal gezeigt, sie wollen Kampf, und den sollen sie haben. Am 1. Mai werden wir ihnen zeigen müssen, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Der 1. Mai ist der traditionelle Kampftag der Arbeiterbewegung, der Tag der Kamptansage gegen Lohndrückerei und Verschärfung der Arbeitshetze, gegen diejenigen, die über die Macht in Wirtschaft und Gesellschaft verfügen. Und wo die Ziele und Forderungen der Arbeiterbewegung auf die Straße getragen werden. Darunter Forderungen gegen die Verschärfung der Ausbeutung, um die man alle Arbeiter zusammenschließen kann, sind: Für kampfstarke und klassenbewußte Einheitsgewerkschaften! Für das Verbot der Akkord- und Schichtarbeit! Für das Überstundenverbot und für den Siebenstundentag!

Zum Schluß noch ein Wort zu meinem Vorredner. Der Kollege Wosetzky (2. Bevollmächtigter) hat gesagt: „Kein anderes Modell ist so gut wie das unsere." Ist es etwa gut, wenn die Arbeiter um jeden Pfennig Lohn kämpfen müssen? Ist es gut, wenn wir ständig um unsere Existenz kämpfen müssen? Ist es gut, wenn über eine Million von uns arbeitslos sind? Diese Verhältnisse, die dafür verantwortlich sind, können wir nicht so lassen, das kann nicht unser Interesse sein. (Starker Beifall)

Proteste gegen den 5,4 % Abschluß

Frankfurt. Bei der Roth KG in Rödelheim haben ein Drittel der Vertrauensleute und 200 Kollegen einen Protestbrief gegen den Abschluß an die IG-Metall-Führung versandt.

Essen. Protestschreiben von 19 Kollegen der Firma Hermsen KG in Essen (insgesamt 160 Belegschaftsmitglieder) an die Große Tarifkommission der IG Metall für Nordrhein-Westfalen:

„Kollegen! Wir protestieren gegen das Ergebnis der Schlichtung von 5,4 Prozent. Dieses Ergebnis ist unannehmbar. Es ist so schlecht, daß es bei den unteren Lohngruppen nicht mehr zum Lebensnotwendigen reicht. Die Unternehmer werden diese Situation ausnutzen und in den kommenden Monaten durch Umbesetzungen, Streichung der Zulagen usw. den Druck auf die Metallarbeiter verschärfen. Um diesen Absichten der Unternehmer entgegenzutreten, fordern wir: Streichung der unteren Lohngruppen!"



In den Gewerkschaften wird die Forderung erhoben: Verbot von Überstunden

Die Streikfreiheit erkämpfen!

Auf einer viertel Zeitungsseite veröffentlichten am letzten Dienstag die hessischen Metallkapitalisten ihren „Offenen Brief an alle Beschäftigten in der hessischen Metallindustrie". Sie drohten den Metallarbeitern, die zahlreiche Streiks gegen die Pläne, den Lohn abzubauen, durchgeführt hatten. Dieses Mal würden sie noch von Maßregelungen der Streikbeteiligten absehen. Zukünftig soll jeder, „der seinen Arbeitsvertrag durch eine Arbeitsniederlegung verletzt", belangt werden. Die Kapitalisten wollen das herrschende Recht, das ein Recht der Herrschenden ist, gegen die Arbeiter voll zur Geltung bringen. Sie wollen ihren Staatsapparat einsetzen, um die Arbeiter niederzuhalten. „Recht muß Recht bleiben", tönen die Herrschenden. Sie haben weitergehende Pläne und bereiten den Boden vor. Die Arbeiter gehen vom Grundsatz ihrer Interessen aus. Um ihre Interessen durchzusetzen, muß die Arbeiterklasse die Streikfreiheit erringen.

IG-Chemie-Vertrauensleute 140 DM mehr!

Mannheim. Der Vertrauensleutekörper bei Boehringer Mannheim, 50 Vertrauensleute anwesend, stimmte mit 40 Stimmen für 140 DM mehr für alle. Der Geschäftsführer der IG Chemie hatte sich für Prozent und Sockel ausgesprochen.

Druckarbeiter streikten

Die Front für 140 DM mindestens festigt sich

Am Donnerstag vergangener Woche mußten die Verhandlungen in der Druckindustrie für gescheitert erklärt werden. Die Druckkapitalisten hatten 4,7 Prozent angeboten. Sie hatten gehofft, daß nach den Abschlüssen in der Metallindustrie für sie der Weg offen sei. Das war ein Irrtum. Die Streiks am 31. und am 1. haben ihnen das gezeigt. Sofort nach dem Scheitern der Verhandlungen wurde die Schlichtung eingeleitet. Zusammen mit ihrem Schlichter Kemter wollten die Kapitalisten 5,4 Prozent festlegen und durchdrücken. Die Tarifkommission der IG Druck mußte diese Aufforderung zur Unterwerfung ablehnen. Sie hat auch während der Verhandlungen genügend Telegramme von Belegschaften, aus den Betrieben bekommen, die an der beschlossenen Forderung von 9 Prozent, mindestens 140 DM festhielten.

Die Druckkapitalisten waren, aus welchen unerfindlichen Gründen auch immer, zur Auffassung gelangt, daß in der Druckindustrie „eine geringe Neigung zu wilden Streiks" vorhanden sei. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. April) Diese Hoffnung und ihre Absicht, unter 5 Prozent abzuschließen, ist ihnen während der Verhandlungen quittiert worden: in Hessen, Bayern, Baden-Württemberg wurde gestreikt. In Hessen streikten 1 700 Arbeiter zwischen einer Viertelstunde und anderthalb Stunden. Die Verhandlungen fanden in Frankfurt statt. Auf der Bezirksversammlung in Kassel mußte der Tarifkommissionsvertreter berichten, daß der „Eindruck der Aktionen" beträchtlich zur einstimmigen Ablehnung der Schlichtung beigetragen hat. Die Streiks gingen gegen die Kapitalisten, sie wurden zugleich im Bewußtsein geführt, daß ohne Aktionen und Druck die sozialdemokratischen Vertreter der IG Druck sich allzu leicht als nachgiebig erweisen würden.

An verschiedenen Orten richteten sich die Streiks zugleich gegen weitere Maßnahmen der Kapitalisten. In Mainz bei der „Allgemeinen Zeitung" lehnten die Arbeiter angekündigte Überstunden ab, bei Druck und Verlag Kassel verweigerten Maschinensetzer gemeinsam die Überstunden. Daß die Kapitalisten die bei ihnen produzierten Zeitungen gern zur Hetze gegen den Lohnkampf und die Aktionen nutzen, ist den Druckarbeitern bekannt. Dem HNA-Chefredakteur in Kassel wurde deshalb mitgeteilt: „Ihr könnt was gegen den Lohnkampf schreiben, nur drucken wird es euch keiner."

Nachdem das Schlichtungsergebnis heraus war, wurden zur Bekräftigung der Ablehnung erneut Streiks durchgeführt. In Kassel bei Druck und Verlag sowie Schanze, in Wiesbaden beim Kurier. Bei der „Stuttgarter Zeitung" am Freitag zwei Stunden, so daß die Samstagsausgabe mit 20 Seiten weniger erscheinen mußte.

Die Sozialdemokraten in der IG Druck haben nicht nur die Schlichtung ablehnen müssen. Sie haben jetzt auch die 140 DM als Mindestforderung offiziell anerkennen müssen. Wir erinnern uns gut, wie sie sich bei der Beschlußfassung in der Tarifkommission um die Forderung nach Festgeld herummogeln wollten und die Anhebung der unteren Lohngruppen an den Prozentabschluß gekoppelt haben. Sie hatten gehofft, daß so die Tür zum Nachgeben den Kapitalisten gegenüber weit offengehalten ist und zugleich die Druckarbeiter die so verpackte Forderung nicht merken. Die Tür ist schon ein gut Stück zugemacht worden. Es wurde nachgefaßt und festgehalten, daß unter 140 Mark keiner herauskommen darf. Jetzt, im bundesweit verteilten Extrablatt der IG Druck, mußte ausdrücklich anerkannt und festgehalten werden: „*9 Prozent mehr Lohn, für die unteren Lohngruppen unterhalb des Facharbeitilerecklohns einheitlich 140 DM mehr im Monat*".

Allerdings, die Wege, die Druckkapitalisten und Sozialdemokraten ersonnen haben, um zueinander zu finden, sind vielfältig. Jetzt soll plötzlich das Oberste Schiedsgericht angerufen werden. Unserer Erinnerung nach ist diese Einrichtung bislang nicht benutzt worden. Sie ist besonders schädlich. Das Oberste Schiedsgericht setzt sich zusammen aus je drei Vertretern der Kapitalisten und der Gewerkschaftsorganisation sowie dem Schlichter (Kemter). Eine Entscheidung braucht mindestens fünf der sieben Stimmen, um verbindlich zu sein. Zusammenkommen soll sie am Dienstag, dem 13. April. Sodann hat sie eine Woche Zeit zu ihrem Spruch, und so lange soll die Friedenspflicht dauern. Das alles fällt dann mitten in die Ostertage, wo den Druckkapitalisten die Anzeigen ins Haus kommen und ein Streik sie empfindlich treffen würde.

In die Lohnauseinandersetzung hineingegangen ist die IG Druck mit der Forderung nach Vereinfachung der Schlichtungsordnung. Jetzt läßt sie sich wieder auf die Fallstricke und Fesseln der Schlichtungsordnung ein.

Kein Zweifel, in dieser Zeit und durch diese Einrichtung sollen die nötigen Aktionen der Druckarbeiter gefesselt und gebremst werden. Auf der Bezirksmitgliederversammlung Frankfurt, an der 150 Druckarbeiter teilnahmen, erklärte der Landesvorsitzende Malzer, daß auch die Ablehnung des Schiedsspruchs am 13. geplant sei. Darauf kann sich keiner verlassen. Jedenfalls hat die Mitgliederversammlung beschlossen, daß jetzt die Vorbereitung und Durchführung von Kampfmaßnahmen nötig ist. Weiter hat sie beschlossen: „Die Entscheidung der Tarifkommission war die einzig mögliche Antwort. Wir müssen diese Entscheidung zum Anlaß nehmen, unsere berechtigte Forderung von 9 Prozent, aber mindestens 140 DM voll durchzusetzen. Dazu bedarf es unserer ganzen Stärke. Mit derselben Eindeutigkeit, mit der die Tarifkommission den Schiedsspruch abgelehnt hat, müssen wir den Unternehmern zeigen, daß es uns um die 140 DM geht und um keinen Pfennig weniger. Darum beschleunigter Ablauf der Schlichtungsverhandlungen, um so schnell wie möglich freie Hand zur Vorbereitung und Durchführung von Arbeitskämpfen zu bekommen."

Ohne daß jetzt die Aktionen und Streiks fortgeführt werden, werden die Druckkapitalisten erneut Hoffnung schöpfen und die Sozialdemokraten glauben, daß der Spielraum zum Nachgeben beträchtlich ist. Die Fortsetzung der Aktionen muß diese Hoffnung zerstören und diesen Glauben vernichten. – (hjh)

Streikübersicht in der Druckindustrie

Seit dem 31. März / 1. April fanden zahlreiche Warnstreiks in der Druckindustrie statt. Wir geben hier einen Überblick über die Streiks wieder, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Gestreikt wurde in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Gestreikt wurde zwischen einer Viertelstunde und über zwei Stunden.

„Münchner Merkur": 40 Minuten;
Turmhaus GmbH Stuttgart;
„Tauber-Zeitung" Mergentheim;
Firma Schilling Heilbronn;
Dr. Krebs Hemsbach;
„Oberschwäbische Zeitung" Ravensburg;
„Schwäbische Post" Aalen;
„Mannheimer Morgen": Tag- und Nachtschicht eine halbe Stunde;
Wahl-Druck Aalen;
Firma Ebner Ulm;
Maul & Co. Nürnberg: 2 Stunden;
Druck und Verlag Kassel;
Großdruckerei Woeller, Kriftel;
Axel Springer Darmstadt;
Habra-Druck DNP Ott Darmstadt;
Druck- und Verlagsgesellschaft (DVG) Darmstadt;
Firma Schanze Kassel;
Bintz-Verlag Offenbach;
Widi-Druck Offenbach;
Süddeutscher Verlag München;
Firma Bechthold Wiesbaden;
Graphische Betriebe Wiesbaden: anderthalb Stunden, 80 Kollegen;
„Nürnberger Nachrichten";
Limburger Vereinsdruckerei;
Brühl'sche Universitätsdruckerei Gießen;
Wetzlar-Druck;
„Allgemeine Zeitung" Mainz: die Kollegen lehnten angekündigte Überstunden ab;
Heidelberger Verlagsanstalt;
Main-Presse Würzburg;
„Stuttgarter Zeitung": 20 Seiten wurden nicht gedruckt.

Am 2. April wurde in Hessen u.a. in folgenden Betrieben gestreikt:
Horst KG Steinheim: eine halbe Stunde gegen Schiedsspruch, 120 Kollegen;
Illert KG Steinheim: eine Stunde gegen Schiedsspruch, 200 Kollegen;
Kerner Wiesbaden: Nachtschicht eine halbe Stunde, 75 Kollegen.

Am 5. April wurde bei der „Frankfurter Rundschau" 75 Minuten gestreikt, Maschinensetzer, Perforatoren. Eine Versammlung wurde von 160 Arbeitern durchgeführt. Das Werk II der „Frankfurter Rundschau" in Neu-Isenburg streikte ebenfalls am 5. April am Nachmittag 75 Minuten. Ebenfalls die Societätsdruckerei, Offsetdrucker und Montage, Kopie und Buchbinderei.

„Artikel gegen den Lohnkampf werden nicht gedruckt!"

Kassel. Am 31. März und 1. April schlossen sich die Arbeiter mehrerer Abteilungen von Druck und Verlag Kassel zu Streikaktionen zusammen, um den Kapitalisten ihre Kampfbereitschaft zu dokumentieren.

Am 31. März verweigerten die Maschinensetzer geschlossen die Überstunden. Ergebnis: große Schwierigkeiten bei der Herstellung der Donnerstag-Ausgabe der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen".

Am selben Tag legten etwa 100 Kollegen für 30 Minuten die Arbeit nieder und diskutierten die Lage im Tarifkampf.

Nachdem der Schiedsspruch bekannt wurde – 5,4 Prozent – legten 141 Kollegen die Arbeit nieder und lehnten in ihren Diskussionen den Schiedsspruch einmütig ab.

Der Druck dieser Aktionen machte den Druck und Verlag-Kapitalisten bereits die Knie weich:

Sie zahlen alle Ausfallzeiten für Arbeitsniederlegungen. Sie haben versprechen müssen, keine Leitartikel gegen die Lohnforderungen und den Lohnkampf der Druckarbeiter zu schreiben. Sie mußten zustimmen, keine Stellungnahmen des Arbeitgeberverbandes gegen den Lohnkampf abzudrucken. Sie waren sogar so eingeschüchtert, daß sie im Beisein des Betriebsrates beim Druckkapitalistenverband anriefen und von ihm verlangten, ein Angebot vorzulegen, das von den Gewerkschaften akzeptiert werden kann.

So klein werden die Kapitalisten, wenn sie die Geschlossenheit der Arbeiter spüren, Sie müssen eingestehen, daß nicht sie, sondern die Arbeiter die Zeitung erstellen. Schnell muß der „HNA"-Chef seine großen Töne vergessen: „*Man muß der Presse auch die Freiheit geben, Lügen zu verbreiten, denn die Pressefreiheit ist unteilbar.*" So Dierichs vor einigen Jahren. Heute, nach einigen geschlossenen Aktionen der Druckarbeiter muß er sich vorschreiben lassen, was er in einigen Punkten schreiben muß. Die Arbeiter zeigen im Kampf um ihre Interessen wenig Scheu, die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über ihre Produkte anzugreifen, keine Ehrfurcht zeigen sie vor dem Allerheiligsten der Kapitalisten, dem Privateigentum. – (w., Kassel)

Streik bei den Graphischen Betrieben Wiesbaden

Die Drucker gingen zusammen zum Betriebsrat

Wiesbaden. Schon die ganze Woche wurde die Lohnrunde aufmerksam verfolgt. In einigen Abteilungen hingen Aufkleber mit 9 Prozent, mindestens 140 DM. Nachdem das Angebot der Druckkapitalisten von 4,7 Prozent raus war, war die Empörung groß. Das Gewerkschaftsflugblatt wurde an Maschinen und Wände geklebt. Am Tag darauf wurde das Schlichtungsergebnis von 5,4 Prozent bekannt. In einigen Wiesbadener Betrieben legten die Kollegen die Arbeit nieder, so die Spätschicht beim „Wiesbadener Kurier" und bei Bechthold. Die Große Tarifkommission lehnte mehrheitlich das Ergebnis ab, das war Donnerstagnacht. Am Freitag legten die Arbeiter von Offset, Buchdruck und Kopie bei den Wiesbadener Graphischen Betrieben die Arbeit nieder und gingen zum Betriebsrat, um den genauen Stand der Tarifauseinandersetzung zu erfahren.

Er war nicht am Arbeitsplatz, so wurde gewartet, einige Kollegen suchten ihn. Inzwischen kam noch die Abteilung Filmschnitt dazu und einige Kollegen der Setzerei. Der Abteilungsleiter schwirrte durch die Gegend und wußte nicht, was er machen sollte. Plötzlich kam der stellvertretende Geschäftsleiter und fragte kalkweiß, was wir da machen. Und wir sollten eine Delegation wählen, aber doch nicht alle zum Betriebsrat gehen. Er bekam die richtige Antwort: Die Empörung sei groß, denn das Angebot von 5,4 Prozent sei viel zu niedrig. Nach 20 Minuten hatte man den Betriebsrat gefunden, er war in einer anderen Abteilung. Die Kollegen fragten ihn zum Stand der Schlichtung, es wurde diskutiert. Der Geschäftsleiter gab auch seinen Senf dazu, er kam aber bei den Kollegen nicht an. Ein Kollege berichtete, daß der stellvertretende Geschäftsleiter gesagte habe, die Zeit der Betriebsratssuche werde er nicht bezahlen. Der Betriebsratsvorsitzende erklärte, daß jeder das Recht hätte, zum Betriebsrat zu gehen, ob allein oder zusammen.

Zum Schluß wurde ein Telegramm an die Tarifkommission geschickt, daß die Große Tarifkommission richtig handelte, indem sie das Schlichtungsergebnis von 5,4 Prozent ablehnte. Und daß die Kollegen weiter hinter der Forderung von 9 Prozent und mindestens 140 DM stehen und sich dafür einsetzen. – (Zelle WGB)



Forderung am 1. Mai:
Gleiches Recht für deutsche und ausländische Arbeiter

1.Mai: Streikrecht für Beamte

Essen. Am 2.4.1976 verabschiedete die Fachgruppe Grund- und Hauptschulen GEW Gelsenkirchen mit nur einer Gegenstimme einen Aufruf für die Teilnahme zur diesjährigen Maidemonstration. In dem Aufruf wird unter anderem gefordert: Einstellung aller Lehrer, Abschaffung des besonderen Dienstrechtes, Streikrecht für Beamte, freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im öffentlichen Dienst, weg mit dem Radikalenerlaß. Darüberhinaus wurde die gewerkschaftliche Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes und mit dem Kampf der spanischen Arbeiter bekräftigt!

Streik gegen Kündigung des Werktarifvertrages

Kronach. Am vorletzten Mittwoch trat die Belegschaft der Werkzeugbaumaschinenfabrik Klug in den Streik. Der Werkstarifvertrag war von der Geschäftsleitung gekündigt worden, um Lohnabbau durchzusetzen. Nach dem Streik mußte die Geschäftsleitung zugestehen, daß der Urlaub, vermögenswirksame Leistungen und Weihnachtsgeld entsprechend dem Tarif der Werkzeugmacherinnung geregelt werden. Die Stundenlöhne bleiben über der tariflichen Regelung für den Werkzeugbau.

Demonstration gegen faschistischen Terror

Essen. Am Samstag, 3.4., haben in Gelsenkirchen ungefähr tausend Türken demonstriert gegen die Aktivitäten der MHP (Partei der nationalistischen Bewegung), einer faschistischen türkischen Organisation, die in der Bundesrepublik Gruppen unterhält. Gegen Angriffe dieser Organisation auf fortschrittliche Türken hier in der BRD richtete sich die Demonstration. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatten unter anderem amnesty international, hessischer Verband deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier und türkische Organisationen.

Otto-Versand Hamburg: 5 DM netto Stundenlohn

Alle waren auf die Arbeit angewiesen

Hamburg. Im Stadtteil Bramfeld werden im Versandhaus Otto in Versand, Büro und Lager derzeit etwa 3 000 Menschen beschäftigt. Die meisten davon sind Frauen und davon wieder ein großer Teil ungelernte Arbeitskräfte. Diese Lage wird von den Otto-Kapitalisten und auch anderen Kaufhaus-Kapitalisten dazu benutzt, den Druck auf diese Frauen zu verschärfen über schlechte Bezahlung, Arbeitshetze, nur kurz befristete Arbeitsverträge und Durchlöcherung der Sozialversicherung. Der folgende Bericht einer Saisonarbeiterin bei Otto macht deutlich, daß der Weg aus dieser Lage heraus nur führen kann über den Zusammenschluß aller Lohnabhängigen in der Gewerkschaft gegenüber den Kapitalisten, und die letzte Mitgliederversammlung der Fachgruppe Einzelhandel der HBV hat mit der Forderung nach Streichung des unteren Berufsjahres einen ersten Schritt in diese Richtung getan. Die Saisonarbeiterin berichtet.

„Ich habe für einige Wochen in der Saison (das ist vor Weihnachten, vor Ostern und im Sommer) als Aushilfe bei der Firma Otto gearbeitet, abends von viertel vor fünf bis viertel vor elf. Die schriftlichen Verträge zu dieser Tätigkeit dauerten nie länger als vier Wochen, dann wurden sie erneuert oder auch nicht. Dies geschah oft so, daß uns der neue Vertrag mündlich zugesichert wurde, aber dann tage- oder wochenlang ausblieb. Er war rückläufig datiert; wenn wir ihn erhielten, war oft schon wieder die Hälfte der Zeit abgelaufen. Ohne Vertrag konnten wir von einem auf den anderen Tag gekündigt werden, so daß jedem, der darauf angewiesen war weiterzuarbeiten – und das waren wir fast alle – ständig die Angst im Nacken saß, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Wir waren etwa 80 Frauen in der Abteilung, fast alle hatten keinen Beruf gelernt. Als Aufschneiderinnen, Schweißerinnen und Kontrolleure für zu versendende und zurückgesandte Waren mußten wir unsere Arbeitskraft billig verkaufen. Bei einer 30-Stunden-Woche erhielten wir 995 DM brutto, also etwa 600 DM netto monatlich (das sind gerade 5 DM netto Stundenlohn). Trotzdem hatte Otto stets ein reiches Angebot an Arbeitskräften für diese Tätigkeiten. Für viele Frauen war die Arbeitszeit am Abend ganz einfach günstig, da sie tagsüber kleine Kinder betreuen und die Familie versorgen mußten, also keine Früh- oder Nachmittagsarbeit für sie in Frage kam. Alle waren auf das Zuverdienen angewiesen: weil das Geld, das der Mann nach Hause brachte, hinten und vorn nicht reichte, weil er arbeitslos war, weil eine besondere Anschaffung nötig wurde oder weil viele Frauen sich alleinstehend – verwitwet, geschieden, unverheiratet – durchschlagen mußten.

Obwohl wir nicht nach Akkord bezahlt wurden, mußten wir ständig während der Arbeit einen Leistungsschein ausfüllen über die Menge und Art der von uns kontrollierten Waren.

Politische Entlassung an der Uni Bremen

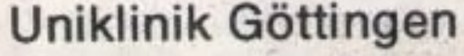
Personalrat lehnte erneut Entlassung ab

Bremen. Am letzten Donnerstag stellte der Rektor der Bremer Universität, Steinberg, beim Personalrat den erneuten Antrag auf Kündigung des Personalratsmitglieds und wissenschaftlichen Angestellten Dieter Mützelburg. Steinberg gab „unter Protest" als Kündigungsgrund an, Mützelburg habe den KBW unterstützt. „Protest" meldete er deshalb an, weil die Bremer Landesregierung ihn dienstlich angewiesen hatte, die Kündigung zu beantragen. Steinberg selbst hatte vorher aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Universitätssenats die Kündigung abgelehnt.

Der Personalrat lehnte jetzt die Kündigung genau wie einen Monat zuvor einen rechtswidrigen Antrag des Bremer Wissenschaftssenators Franke einstimmig ab. Jetzt geht der Dienstherr vor das Verwaltungsgericht, um die Zustimmung des Personalrats durch Gerichtsbeschluß ersetzen zu lassen.

Der Rektor Steinberg steht unter dem Druck der Universitätsangehörigen, die sich zuletzt in einer 700-Mann-Demonstration und durch Mützelburgs Wiederwahl in den Personalrat gegen die Kündigung ausgesprochen hatten. Er kann nicht offen die Entlassung rechtfertigen. Wenn er die dienstliche Weisung nicht vollzogen hätte, würde die Bremer Reformuniversität noch größeren Schaden und ein reaktionäres Universitätsgesetz erleiden. Assistiert wird er dabei vom Sprecher der ÖTV-Betriebsgruppe: Wenn der Antrag nicht gestellt würde, würde die Landesregierung direkt eingreifen, es sei besser, wenn die Universität auf dem gerichtlichen Wege für Klarheit sorge.

Um die Säuberung zu rechtfertigen, haben die Reaktionäre dabei immer wieder die Sätze Mützelburgs zitiert, daß die Arbeiterklasse den Staat zerschlagen und die Arbeitermacht errichten muß, um ihre Ausbeutung zu beseitigen. Das Zitieren des Satzes als Beleg dafür, wie richtig es ist, Mützelburg zu entlassen, erweist sich als Fehlschlag. Denn warum sollten die Arbeiter und die große Masse der Lohnabhängigen gegen die Arbeiterherrschaft sein? Und was sollen die Massen z.B. verteidigenswert daran finden, daß Senatoren und Universitätsrektoren mit 9 000 DM im Monat ausgehalten werden? Und ist es nicht gerade ein Beweis für die Richtigkeit der Erklärung Mützelburgs, wenn die Staatsmacht jetzt mit den scheinbar neutralen Gerichten auffährt, um die Entlassung gegen den Willen der Beschäftigten doch noch durchzusetzen?



Uniklinik Göttingen

„Auch noch krank zur Arbeit kommen?"

Am 1. Dezember 1975 hat die Landesregierung Niedersachsens einen generellen Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst beschlossen. Die Empörung der Kollegen an den Unikliniken war so groß, daß dieser Einstellungsstopp für das Personal wieder aufgehoben werden mußte.

Am 17. Dezember verfügte der Verwaltungsdirektor der Unikliniken Göttingen daraufhin eine generelle Streichung von Krankheits- und Urlaubsvertretungen, um so die geplante Personalreduzierung durchzusetzen.

In der Kinderklinik führte die Streichung der Vertretungsmittel zu folgender Situation: Auf einer Station sind zwei Kolleginnen im Urlaub und zwei sind gleichzeitig krank. Obwohl eine Kollegin schon in den Pausen durcharbeitete, konnte die Arbeit nicht geschafft werden, so daß sie Überstunden machen mußte. Eine andere Kollegin mußte zwei freie Tage, die ihr zustanden, verschieben. Und zwei weitere Kolleginnen kamen krank in die Klinik. Der Unmut der Kollegen über die verstärkte Arbeitshetze war groß. Als eine Kollegin vorschlug, entweder ihren Operationstermin zu verschieben (sie selbst soll an der Hand operiert werden) oder eben mit verbundener Hand zur Arbeit zu kommen, wiesen die Kollegen das zurück. Sie meinte: In dieser Situation kann ich doch die Kollegen nicht im Stich lassen. Mit verbundener Hand kann ich zwar keine Kinder baden, aber ein bißchen was kann ich doch machen.

Zu Recht waren die Kollegen darüber empört. Sie sagten: „Bist du verrückt! Auch noch krank zur Arbeit kommen? Gleich nach einer Operation? Daß wir hier so wenig Personal haben und daß wir keine Urlaubsvertretung und Krankheitsvertretungen kriegen, daran sind nicht wir schuld. Dafür muß die Oberschwester geradestehen. Sie muß dafür sorgen, daß genügend Personal eingestellt wird." Recht haben sie. Lassen sich die Kollegen darauf ein und arbeiten sie, obwohl sie krank sind, weil sie ihre Kollegen nicht im Stich lassen wollen, so wird dies dem Dienstherrn nur zeigen: Es geht ja doch. Die Belegschaft ist ja bereit, sich bis auf die Knochen auspressen zu lassen. Richtig ist es, wenn die Kollegen die Dienstherren und die Dienstaufsicht dafür verantwortlich machen und die Einstellung von mehr Personal und Vertretungen fordern. Nur wenn sie so von ihren Interessen ausgehen, können sie den Zwang, Überstunden machen zu müssen, zurückweisen und die volle Durchsetzung der Vierzigstundenwoche erreichen. – (m., Göttingen)

GEW-Mitgliederversammlung Frankfurt

Warnstreik gefordert

Frankfurt. einen Warnstreik hat die GEW-Mitgliederversammlung am 31. März als richtiges Mittel gegen die verschärfte Arbeitshetze gefordert. Abgelehnt wurde, sich durch Arbeitsverweigerungen einzelner zur Wehr zu setzen, wie es der GEW-Hauptausschuß in einem Beschluß am 4. März vertritt. Gegen die Verschärfung des Arbeitsdrucks und die Spaltung der Lehrer durch den staatlichen Dienstherrn soll der Streik unter den Forderungen geführt werden:

Rücknahme der Entlastungsstundenkürzung – keine Arbeitszeitverlängerung!

Keine Zweidrittelstellen – unbefristete Einstellung der ausgebildeten Lehrer!

Die Forderungen richten sich gegen drastische Maßnahmen des Kultusministeriums:

Durch die Kürzung von 20 000 Entlastungsstunden (Verwaltungsbereich) in Hessen sollen 800 Lehrer eingespart und die Mehrarbeit auf die bereits eingestellten Lehrer verteilt werden.

Zum 1. August 1976 sollen 2 000 Lehrer auf der Basis von auf drei Jahre befristeten Angestelltenverträgen eingestellt werden. Dabei handelt es sich um sogenannte Zweidrittel-BAT-Verträge, d.h. die Lehrer unterrichten nur zwei Drittel, 18 statt 27 Wochenstunden, und bekommen nur zwei Drittel des Angestelltengehaltes. Diese Lehrer werden je nach Bedarf nach drei Jahren wieder entlassen. Damit werden diese Lehrer zu Lehrern „2. Klasse" abgestempelt, die beliebig eingestellt und entlassen werden können.

In einem Beschluß wurde die Kundgebung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst am Donnerstag unterstützt. Die 135-DM-Forderung muß durchgesetzt werden. Der GEW-Vorstand soll diese Kundgebung mittragen und mit organisieren.

GEW-Veranstaltung: „Weg mit dem KPD-Verbot!"

Offenbach. Am 24. März nahmen 150 Menschen, vor allem Lehrer, an einer von der GEW Offenbach Stadt und Land organisierten Veranstaltung zu den Berufsverboten im Kreis Offenbach teil. Nachdem mehrere vom Berufsverbot betroffene Kollegen über ihre Fälle berichtet hatten und nach hitziger Debatte wurde mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedet mit folgenden Forderungen: „Keine Ablehnung, Entlassung oder politische Disziplinierung unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst!" „Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an Schulen!" und „Weg mit dem KPD-Verbot!".



Darmstadt. Rund 100 Fahrzeuge des Fuhr- und Reinigungsdienstes der Stadt standen am letzten Donnerstag still, als die Arbeiter zwischen neun und neun Uhr dreißig für 135 DM streikten.

Kundgebungen und Demonstrationen für 135 DM mehr

Kampfansage an den staatlichen Dienstherrn

Darmstadt. Am Dienstag, dem 6. April, fand um 15 Uhr auf dem Darmstädter Marktplatz eine Protestkundgebung der ÖTV mit anschließender Demonstration statt. Etwa 2 500 Kollegen von Bundesbahn, Post und aus dem öffentlichen Dienst sind gekommen. Aufgerufen hatte die Kreisverwaltung der ÖTV, gegen das Prozentangebot der Regierung zu protestieren. Bereits am 25. März hatte in Darmstadt eine Kundgebung der ÖTV stattgefunden. Letzte Woche haben die Müllarbeiter einen halbstündigen Warnstreik durchgeführt und die Straße mit den Müllautos blockiert. Kleine Demonstrationen und Kundgebungen haben in einzelnen Betrieben stattgefunden. Offensichtlich ist, daß die Gewerkschaftsführung nicht mehr umhin kommt, der Unruhe unter den Belegschaften nachzugeben. Zur Kundgebung auf dem Marktplatz marschierten bereits 200 Kollegen aus Rüsselsheim durch die Stadt. Ebenfalls Kollegen von der Stadtverwaltung, dem Fuhramt und der Fachhochschule. Auf der Kundgebung wurde u.a. eine Solidaritätsadresse des Vertrauensleutekörpers der Firma Röhm Darmstadt und des Delegiertentages der IG Bau, Steine Erden verlesen. Der Bezirksleiter der ÖTV Wolf hat in seiner Rede erklärt, daß das 5-Prozent-Angebot der Regierung zurückgewiesen werden muß. Falls die Regierung bei den Tarifverhandlungen am Samstag kein neues Angebot macht, werde die hessische Delegation in der Tarifkommission das erneute Scheiternlassen der Verhandlungen und Urabstimmung und Streik vorschlagen. Der Beifall hat gezeigt, was die Beschäftigten verlangen: Ablehnung des Angebotes, Streik für 145 Mark.

Nach Aussage des ÖTV-Bezirksvorsitzenden Wolf haben in Offenbach und in Frankfurt 3 000 gegen den Schlichterspruch gestreikt.

„Bahn, Post und ÖTV gemeinsam gegen Lohnabbau", „135 Mark sind schon knapp, davon rücken wir nicht ab!" und „Gemeinsam sind wir stark, für die 135 Mark" – unter diesen Sprechchören und Transparenten demonstrierten Kollegen von Post, Bundesbahn und aus dem öffentlichen Dienst anschließend durch die Innenstadt. Von vielen Ämtern und Betrieben waren dazu Transparente angefertigt worden.

Kundgebungen in Hessen

In Hessen organisiert die ÖTV während der laufenden Woche mehrere Großkundgebungen. Am Mittwoch, 7. April, in Gießen, Kassel, Wiesbaden. In Kassel beginnt die Kundgebung um 15 Uhr. In Frankfurt findet die Kundgebung auf dem Römerberg um 14 Uhr statt. Die Arbeiter und Angestellten des Unikernbereichs und der Uniklinik werden auf Beschluß der ÖTV-Betriebsgruppe beziehungsweise der ÖTV-Vertrauensleute zur Kundgebung demonstrieren.

Offenbach. Am 6. April sammelten sich um 11.30 Uhr in Offenbach am Busbahnhof 100 Kollegen der Stadtwerke, vor allem die Busfahrer des Fuhrparks, und aus dem Rathaus zu einer Protestkundgebung für die 135 DM. Der geschäftsführende Vorsitzende des Kreisvorstandes der ÖTV hielt einen Beitrag, in dem er herausstellte, daß jetzt die unteren Lohngruppen zum Zug kommen müßten angesichts der sozialen Lage. Unter dem Beifall der Kollegen mußte er bekräftigen, daß die ÖTV in der Schlichtung nicht von den Forderungen abgerückt ist. Schon in der letzten Woche haben die Kollegen aus dem Tiefbauamt sich während der Arbeitszeit auf dem Hof versammelt, um über die Lohnverhandlungen zu debattieren. Am Stadtkrankenhaus wurde ein Transparent mit der 135-DM-Forderung aufgehängt.

Kassel. Am 2. April haben während der Arbeitszeit in der Hauptverwaltung des Landeswohlfahrtsverbandes rund 160 Beschäftigte eine Protestversammlung durchgeführt. Am 1. April hatten 200 Arbeiter und Angestellte der Autobahnmeistereien Kassel und Niederelsungen an einer Protestversammlung in Ahlfeld teilgenommen.

Frankfurt. 1 200 Arbeiter und Angestellte der Flughafen AG haben in der letzten Woche eine Stunde gestreikt und auf einer Kundgebung die Durchsetzung der 135 DM gefordert.

Nicht mehr auf die Schlichtung bauen – auf die eigene Kraft vertrauen!

Göttingen. Am Donnerstag, dem 1. April, fand eine Demonstration von Kollegen der Universitätskliniken auf Initiative ihrer ÖTV-Vertrauensleute zur Tarifrunde statt. Unter Parolen wie: Festgeld macht die Einheit stark – 135 Mark! Kein Feilschen um Prozente mehr – die 135 Mark müssen her! Nicht mehr auf die Schlichtung bauen – auf die eigne Kraft vertrauen! Schlichtung ist der größte Krampf – wir wollen jetzt den Arbeitskampf! Weg mit dem besonderen Dienstrecht! Weg mit dem Beamtenrecht! Für Streikrecht! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb! zogen etwa 70 Arbeiter und Angestellte von den Kliniken zum Markt, wo eine Kundgebung stattfand. Unterstützt wurde die Aktion von Kollegen aus dem Psychologischen und Physikalischen Institut.

Mit dieser Aktion machten die Arbeiter und Angestellten klar, daß sie gerade auch während der Schlichtung nicht bereit sind, Ruhe zu bewahren, sondern sich aktiv gegen die Lohnraubpolitik des staatlichen Dienstherrn und die zunehmende politische Unterdrückung zur Wehr setzen. Auf dem Markt fanden im Anschluß an die Kundgebung zahlreiche Diskussionen über die Politik des staatlichen Dienstherrn und die Forderung der ÖTV statt.

Vor der Demonstration hatten die Vertrauensleute der Kliniken in kurzer Zeit über 200 Unterschriften in der Belegschaft unter eine Resolution für die Demonstration am 1. April gesammelt. In einigen Bereichen der Kliniken hatten alle oder fast alle Kollegen unterschrieben, so bei den Gärtnern, in der Zentralküche und bei den Hausgehilfinnen der Kinderklinik.

Daran konnten auf der vorbereitenden Sitzung des Vertrauensleutekörpers die anwesenden Mitglieder des Kreisvorstandes nicht vorbei.

In der Auseinandersetzung um die geplante Aktion gelang es, den ÖTV-Kreisvorsitzenden darauf festzulegen, sich im Kreisvorstand für eine Demonstration aller Gewerkschaften im öffentlichen Dienst innerhalb kürzester Zeit einzusetzen, um eine breite Front gegen den staatlichen Dienstherrn in der Tarifrunde zu organisieren. Der Vertrauensleutekörper beschloß, die Demonstration der Arbeiter und Angestellten der Kliniken am 1. April auch ohne Billigung durch den Kreisvorstand durchzuführen. Als Vorbereitung der größeren Demonstration. Es hat sich gezeigt, daß diese selbständige Aktion ein richtiger Schritt war. Notwendig auch, um den ÖTV-Kreisvorstand zu zwingen, endlich Kampfmaßnahmen zu organisieren. Der Kreisvorstand hat jetzt beschlossen, am 13. April nun eine Kundgebung durchzuführen. GdED, DPG und GEW sind aufgefordert, gemeinsam mit der ÖTV diese Aktion durchzuführen.

Der Vertrauensleutekörper der Kliniken und die Abteilung Wissenschaft und Forschung der ÖTV werden an ihrer Forderung nach einer Demonstration an diesem Tag festhalten und vorschlagen, daß die Kollegen von den einzelnen Betrieben aus zum Markt marschieren und im Anschluß gemeinsam eine Demonstration durchführen.

Festgeldbetragsforderung gegenüber DAG-Funktionären durchgesetzt

Hannover. Am 30. März fand beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Niedersachsen eine Betriebsversammlung statt. Etwa 70 Kollegen, die meist nicht oder in der DAG organisiert sind, beteiligten sich daran.

Zu der Versammlung war vom Betriebsrat (DAG) eigens ein DAG-Sekretär eingeladen worden. In dieser Situation brachten drei ÖTV-Mitglieder einen Antrag ein, der den Betriebsrat auffordert, öffentlich – z.B. in der Presse – für die Forderung nach 135 DM einzutreten.

Es gelang diesen drei Kollegen, gegen den Willen der DAG-Funktionäre ihren Antrag mit Mehrheit durchzusetzen.

Dies beweist sehr gut, daß die Festbetragsforderung geeignet ist, die Kollegen gegen ihren Dienstherrn und die Spaltung durch die DAG zusammenzuschließen.

Hannover. Vors Rathaus und vor den Hauptbahnhof sind am letzten Freitag ÖTV-Vertrauensleute vom Landkreis zusammen mit ÖTV-Mitgliedern der Fachgruppe Sozialarbeit gezogen und haben sich in Flugblättern für die 135-DM-Forderung eingesetzt. Trotz Versuchen der Bahnpolizei, den Stand abzuräumen, konnte die Forderung verbreitet werden.

Hannover. Am Mittwoch, 31. März, hat die ÖTV-Mitgliederversammlung an der Technischen Universität beschlossen: am Freitag kommende Woche (9. April) eine Demonstration zur Tarifrunde in Hannover durchzuführen. Anwesend war unter anderem H. Bitter, Mitglied der Tarifkommission, der sich für diese Aktivitäten im öffentlichen Dienst aussprach.

Westberlin. Am Donnerstag, dem 1. April, wurde von der ÖTV-Betriebsgruppe des Klinikums Westend eine Kundgebung und Demonstration für die volle Durchsetzung der 135 DM durchgeführt. Diese Aktion stieß auf große Sympathie unter den Beschäftigten des Hauses. Es wurden 200 Flugblätter verteilt und der Demonstration durch das Krankenhausgelände schlossen sich viele Kollegen an, so daß der Zug nahezu 100 Teilnehmer umfaßte.

Stadtreinigung streikte

Mannheim. Arbeiter der Verkehrsbetriebe, im Stadtreinigungsamt, in der Zentralwerkstatt legten am Mittwoch die Arbeit nieder. Im Collini-Center, wo die Technischen Ämter sind, führten etwa 100 Kollegen eine Versammlung für die 135-DM-Forderung durch.

Hamburg. Die Mitgliederversammlung im Amt für Jugend beschloß folgende Aktionen zur Durchsetzung der 135 DM:

Der Brief an die Große Tarifkommission, der das Abbrechen der Schlichtung fordert, wird für alle sichtbar bei der großen Kantine in der Hamburger Straße ausgehängt.

Ein Flugblatt wird von den Vertrauensleuten erstellt, das auf die derzeitige Situation und die Notwendigkeit der Durchsetzung von 135 DM Festgeld für alle gleich begründet. Dies Flugblatt wird vor der Behörde und an den beiden Bahnhöfen (Mundsburg und Hamburger Straße) verteilt.

An sieben verschiedenen Abteilungen des Amtes für Jugend werden Transparente mit der Aufschrift „Wir wollen die 135 DM durchsetzen" ausgehängt (so viele Kollegen hatten sich bereit gefunden, dies an ihrem Arbeitsplatz zu tun).

Der Bezirksvorstand wird aufgefordert, in den nächsten drei Wochen eine zentrale öffentliche Aktion in Hamburg durchzuführen, andere DGB-Gewerkschaften sollen für die Teilnahme gewonnen werden (Post, Eisenbahner, GEW).

Von der CDU aufgewärmt:

Die Klassentheorie von der „natürlichen Begabung“

„Bildung – Chance fürs Leben“ verkündet die CDU in allen Wahlkämpfen. Im Bremer Bürgerschaftswahlkampf sind folgende Grundsätze der CDU-Schulpolitik veröffentlicht worden. Erstens: „Begabung ist nicht beliebig machbar“, sondern wird den Säuglingen in die Wiege gelegt. Deshalb verlangt die CDU die „Berücksichtigung natürlicher Unterschiede“. Zweiter Grundsatz: „Gleichwertigkeit der Ungleichen, ein Grundprinzip der Demokratie, muß auch im Bildungswesen zur Geltung gebracht werden. Gleichwertigkeit beinhaltet auch das Recht auf geringere Leistung.“

Kultusminister Hahn von Baden-Württemberg drückt das dann so aus: „Es zeigt sich deutlich, daß Ungleichheit menschlicher Begabung in der Natur des Menschen liegt. Die bislang vielleicht noch zugestandene Differenzierung nach der Begabungshöhe reicht nicht aus. In den Vordergrund muß vielmehr die schon von mir mehrfach geforderte Differenzierung nach der Begabungsrichtung treten.“

Praktisch sieht das dann nach den Worten von CDU-Politikern so aus: Jedem seine Chance sei das Prinzip der CDU. Wer von Natur aus begabt, kann aufsteigen ins Reich der höheren Bildung. Wer unten bleibt, ist selber schuld, er ist zu dumm oder zu faul oder beides.

Mit dieser reaktionären Theorie wollen diese bürgerlichen Politiker, die hier „die ewigen Gesetze“ der Natur beschwören, die gesellschaftlichen Verhältnisse, den Zwang und die Knechtung im Schulbetrieb, die kasernenmäßige Organisierung dieses Betriebes und seine Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Kapitals rechtfertigen.

Wie sind die Tatsachen? 80 Prozent der Kinder, die in die Schule gehen, gehen rein als die Kinder der Arbeiterklasse und der besitzlosen Schichten der Gesellschaft und kommen auch als solche wieder aus dem Schulbetrieb heraus. Sie alle kommen in den Genuß des „Rechts auf geringere Leistung“. Sie werden Lohnarbeiter, haben vielfach keinen Abschluß, bleiben sitzen, gehen zur Sonderschule, sind Bestandteil der industriellen Reservearmee. 20 Prozent der Kinder, die in den Schulbetrieb gehen, gehen rein als Kinder der besitzenden Klassen und ihres Anhangs und kommen auch als solche wieder heraus, werden Kapitalisten und deren Handlanger.

Ob einer mit Besitz „begabt“ ist und dank seines Privateigentums an Produktionsmitteln von der Ausbeutung fremder Arbeit leben kann oder ob einer besitzlos ist und vom Verkauf seiner Arbeitskraft leben muß und alles schafft, aber für die Besitzenden, das ist die wesentliche Unterscheidung in dieser Gesellschaft. An diesem Klassengegensatz kann keinerlei Reform des Ausbildungswesens etwas ändern, sondern nur die soziale Revolution des Proletariats.

Diese Tatsache bestimmt das Bildungswesen vollständig. Darüber soll die Phrase von der „natürlichen Begabung“ hinwegtäuschen. Mit der Begabung zusammen soll die Ausbeuterordnung in einen Naturrang erhoben und damit unveränderbar werden. Weder das eine noch das andere wird funktionieren. Es zeigt sich aber: Die Arbeiterklasse muß den Kampf für ein demokratisches Volksbildungsprogramm mit dem Ziel der proletarischen Revolution führen. – (jk)

Aus dem Bericht einer Lehrerin

Erfahrungen aus der Hauptschule

Wie die Schule ihre Aufgabe als Klassenschule, als Instrument der bürgerlichen Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, erfüllt, darüber hat uns eine Lehrerin aus ihren Erfahrungen an einer Hauptschule in Göttingen berichtet:

Trennung von Schule und Produktion

Durch die Trennung der Schule von der Produktion soll die Trennung von Theorie und Praxis aufrechterhalten und es soll verhindert werden, daß die Schüler Einsicht in die Produktion und deren Leitung erhalten. Wissenschaftliche Kenntnisse werden dem Hauptschüler weitgehend vorenthalten, weil nicht er als Arbeiter die Maschinen beherrschen soll, sondern die Maschinen ihn. Was überhaupt zum Beispiel an Mathematik vermittelt wird, wird völlig abgehoben von der Produktion, und das heißt abstrakt und inhaltsleer verabreicht. Nehmen wir zum Beispiel Dreieckskonstruktionen. Wenn das Problem gestellt wird „Wie kann ich die dritte Seite eines Dreiecks finden, wenn ich einen Winkel und zwei Seiten kenne?“, so empfinden die Schüler ein solches Scheinproblem zu Recht als öde und langweilig. Stünde der Schüler aber vor dem praktischen Problem, zum Beispiel einen Steg über einen Fluß zu bauen, wo er mit einer Dreieckskonstruktion gut die Breite des Flusses berechnen kann, wäre die Geometrie für ihn kein abstraktes Strichezeichnen mehr, sondern Hilfsmittel, ein praktisches Bedürfnis zu befriedigen.

Ideologische Indoktrination

In den Richtlinien des Deutschen Bildungsrates heißt es über die Aufgaben des Lehrers, er habe „die Möglichkeiten des persönlichen, sozialen und politischen Fortschritts beim Jugendlichen kritisch abwägend so zu behandeln, daß die Bereitschaft geweckt wird, sich für den freiheitlichen Rechts- und Sozialstaat zu engagieren. Der Lehrer muß dem Lernenden Spannungen, Alternativen und Entscheidungsschwierigkeiten bewußt machen, seine Verantwortungsbereitschaft wekken ... und ihm die Einsicht vermitteln in die Notwendigkeit eines Reformprozesses auf der Grundlage von Kompromissen“. Der Lehrer soll den Schülern beibringen, es sei besser z.B. im Lohnkampf, statt durch Streik konsequent für die gerechten Forderungen einzutreten, sich an den Schlichtungstisch zu setzen und sich mit ein paar lumpigen Prozent zufriedenzugeben.

Die Schulbücher sprechen die gleiche Sprache. Im Biologiebuch wird beim Thema Rauschmittel vor der „Haltsuche in fernen, mißverstandenen Leitbildern (Mao, Castro ...)“ gewarnt. Im Erdkundebuch heißt es: „Niemand hat für Afrika mehr geleistet ... als die Europäer.“

Auslese und Konkurrenz

Hauptmerkmal der Schule ist die Auslese und die Konkurrenz. Mit Hilfe von Zensuren wird entschieden über die Teilnahme an den A-, B- und C-Kursen, über den Übergang zur Realschule und zum Gymnasium, über die Versetzung. Mit Hilfe der Zensuren wird die Einweisung in die verschiedenen Stufen des Lohnsystems erzwungen. Die Frage heißt nicht, haben alle den Lehrstoff bewältigt, sondern, wer ist der Erste. Beispiel aus der 6. Klasse: Alle stehen auf. Der Lehrer sagt schnell eine Aufgabe, zum Beispiel (6 plus 8) geteilt durch 7. Wer das Ergebnis weiß, soll es sofort in die Klasse schreien. Die Langsameren haben gerade 6 plus 8 gerechnet. Aber schon geht's weiter. Lernen tut dabei niemand etwas.

Wenn ein Schüler einem anderen hilft, wird er bestraft. Die Erziehung zur Konkurrenz trägt entsprechende Früchte. Es kommt vor, daß sich Schüler hinter Büchern verbarrikadieren, um zu verhindern, daß der Nachbar abschreibt.

Systematisch wird dafür gesorgt, daß immer ein großer Teil der Schüler als Versager dasteht. So muß es nach dem Prinzip der Normalverteilung immer einige Einsen und einige Sechsen geben. Einer Lehrerin, die keinem Schüler eine Fünf im Zeugnis gab, wurde vom Rektor angedroht, ihr Unterricht werde in Zukunft durch einen Beisitzer überprüft. Offen wird damit zugegeben, daß die Notengebung der Auslese dienen soll und nicht in erster Linie der „Lernzielkontrolle“, wie immer behauptet wird. Und die Auslese richtet sich nach dem Bedarf der Kapitalisten. Jetzt brauchen sie weniger Facharbeiter, also sinken die Hauptschulabbschlüsse. An unserer Schule bekamen nur 49 % aller Abgänger ein Abschlußzeugnis, die übrigen gingen nach der sechsten bis achten Klasse ab, weil dem Alter nach ihre Schulpflicht abgelaufen war. Über die Hälfte sind jetzt Hilfsarbeiter oder arbeitslos.

Unterdrückung

Eine solche Schule kann nur durch Zwang und Unterdrückung aufrechterhalten werden. Der Rebellion, den „Disziplinschwierigkeiten“ begegnet der bürgerliche Staat mit Strafen. Die schwerste ist die Zwangsbeurlaubung. Innerhalb von sechs Wochen wurden nicht weniger als sechs Schüler für zwei bis drei Wochen von der Schule suspendiert und mit Hausverbot belegt. Praktisch läuft das auf eine weitere Aufweichung der Schulpflicht für rebellische Schüler hinaus, auch wenn Zwangsbeurlaubung auf insgesamt drei Monate begrenzt ist. Ähnlich wird bei der Bewilligung eines zehnten Schuljahres verfahren. „Läßt der Schüler Verhaltensstörungen, mangelnden Arbeitswillen oder allgemeinen Schulunwillen erkennen, ist der Antrag, ein zehntes Schuljahr besuchen zu dürfen, abzuweisen“, heißt es in einem Beschluß der Gesamtkonferenz. Aber all diese Maßnahmen haben immer weniger den gewünschten Erfolg.

Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet

Am Donnerstag hat der Bundestag die vom Vermittlungsausschuß vorgeschlagenen weiteren Verschlechterungen des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes, insbesondere die Durchlöcherung des Sonntagsarbeitsverbots, gebilligt und das Gesetz verabschiedet. Nach der sicheren Zustimmung des Bundesrats wird das Gesetz am 1. Mai in Kraft treten. Über die Beseitigung von Schranken für die Ausbeutung der Jugendlichen sind sich die Parlamentarier damit endügltig ins Reine gekommen, während diese Einigung bei dem Angriff auf das Recht auf Ausbildung mittels des Berufsbildungsgesetzes noch aussteht. Darüber berät der Bundestag auf seiner heutigen Sitzung.

Bochum. Der Landesbezirksjugendausschuß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat am 27./28. März einstimmig einen Antrag an die Bundesdelegiertenkonferenz verabschiedet, in dem das neue Jugendarbeitsschutzgesetz scharf verurteilt wird. In dem Antrag heißt es u.a.:

„Die Bestimmungen des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes fördern die Bestrebungen der Unternehmer, immer weniger Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten, möglichst viele aber schon früh zu billigen, unqualifizierten oder wenig qualifizierten Lohnarbeitern zu machen. ... *Sie) geben in verstärktem Maße den Weg frei zur Ruinierung von Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeiterjugend.“ Die Gewerkschafter fordern dagegen: „Verbot jeglicher Akkord- und Schichtarbeit für Jugendliche, Verbot von Kinderarbeit, Verbot von Überstundenarbeit für Jugendliche. Ein Jugendarbeitsschutzgesetz, das keine Ausnahmebestimmungen enthält. Die Durchführung des Jugendarbeitsschutzes muß unter Kontrolle der Betriebsräte, der Jugendvertretungen und der Gewerkschaft stehen.“

Kölner Schülervertreterkonferenz:

Für die Einheitsschule

Köln. Zur Vorbereitung eines Aktionstages der Kölner Schüler gegen die Schulpolitik der Landesregierung fand am 24. März eine außerordentliche Bezirksdelegiertenkonferenz der Kölner Schüler statt. Die Konferenz vertritt alle Kölner Schüler von den Sonderschulen, Hauptschulen, Real- und Berufsschulen und den Gymnasien. In einem einleitenden Referat untersuchte ein Mitglied des Vorstands im einzelnen die Situation an den Kölner Schulen. Er griff scharf die Sparmaßnahmen und die Unterdrückung an den Schulen an. Über 5 000 Lehrer sind an den Grund- und Hauptschulen nicht eingestellt worden. An den Grundschulen sind durchschnittlich 40 bis 43 Schüler in einer Klasse. Von den vorgeschriebenen 9 Stunden Berufsschulunterricht fallen fast 40 Prozent aus.

Das Vorstandsmitglied führte aus, daß der Kampf gegen die Nichteinstellung von Lehrern, gegen die Beseitigung der Lernmittelfreiheit, gegen Lehrermangel und Stundenausfall zum Kampf gegen die Schulhoheit des Staates und für eine Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes zusammengefaßt werden muß.

Gegen die Position der Spontaneisten, die die Forderung nach einer Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes als „illusionär“ bezeichneten, und von Vertretern der Jugendorganisation der Gruppe Rote Fahne (KPD), sowie gegen die rechten Schülervertreter von der Schülerunion verabschiedete die Mehrheit der Delegierten einen Maiaufruf der Schülervertretungen, in dem die Forderung nach einer Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes und einer allgemeinen, theoretischen und praktischen Ausbildung für alle bis zum 18. Lebensjahr erhoben wird.

In dem Aufruf wird festgestellt, daß der Kampf für das Recht auf Ausbildung nur vorankommen kann, „indem wir direkt gegen die Schulhoheit des Staates, gegen die Verrottung und Aufspaltung des Schulwesens antreten, also für die Einheitsschule kämpfen“.

Die Delegierten wenden sich in ihrem Aufruf entschieden gegen das neue Jugendarbeitsschutzgesetz und gegen das Berufsschulgesetz.

Die Delegierten protestieren außerdem erneut gegen die vom Bundestag verabschiedeten Maulkorbgesetze 88 a und 130 a und gegen die Verschärfung des Abtreibungsparagraphen 218.

Des weiteren verurteilte die Delegiertenkonferenz die Berufsverbote für Lehrer und forderte die Aufhebung des KPD-Verbots und des besonderen Dienstrechts im öffentlichen Dienst

Zur Vorbereitung des für den 12. Mai geplanten Aktionstages und der für die Berufsschulen um den gleichen Zeitpunkt geplanten Aktionswoche wurden vom Vorstand Arbeitskreise in den einzelnen Bezirken eingerichtet, die die Lage an den jeweiligen Schulen genau untersuchen sollen. Am Aktionstag sollen an allen Schulen Vollversammlungen, Kundgebungen und Schulstreiks stattfinden. – (g., l., Köln)

Zusammenschluß mit jugendlichen Arbeitslosen

Darmstadt. Bei Röhm wird gegenwärtig ein Förderlehrgang für jugendliche Arbeitslose durchgeführt. Sechzehn Jugendliche arbeiten kostenlos für die Röhm-Kapitalisten in der Produktion, oft an solchen Arbeitsplätzen, wo die Firma eigentlich Neueinstellungen vornehmen sollte. Die Jugendlichen werden vom Arbeitsamt entlohnt. 350 DM kriegen sie im Monat für eine Arbeit, für die normalerweise 7 DM Stundenlohn gezahlt wird. Zusätzlich wurden der Firma noch einige Tausender zur Unterstützung ihrer „Ausbildungstätigkeit“ seitens des Arbeitsamts angeboten. Die Firma hat erfreut zugegriffen.

Die Ausbildung sieht so aus, daß die Jugendlichen einen dreistündigen Unterricht im Werk haben, der von den Ausbildern abgehalten wird, die die Firma für die innerbetriebliche Ausbildung sowieso hat. Das Ganze wurde den Jugendlichen als Chemiekurs vom Arbeitsamt angeboten, wobei sie, wenn sie nicht auf dieses Angebot eingehen, ihr Arbeitslosengeld für einen Monat gestrichen bekommen.

Die Jugendvertretung der Firma Röhm hatte schon im letzten Jahr, als die Firma den ersten Anlauf nahm, sich kostenlose junge Arbeitskraft zur Ausbeutung zu besorgen, protestiert und im Betriebsrat die Forderung eingebracht: Einstellung der Jugendlichen in feste Arbeitsverträge und eine Ausbildung in einem solchen Umfang, die sie befähigt, eine Facharbeiterprüfung abzulegen.

Jetzt, nachdem die Jugendlichen da sind, wurde im Betrieb Kontakt zu ihnen aufgenommen und die Forderung auf der Betriebsversammlung in der letzten Woche vorgetragen. Gleichzeitig wurde bei der Geschäftsleitung beantragt, die jugendlichen Arbeitslosen auf die Jugendversammlung am 5.4. zu lassen. Dies lehnte die Geschäftsleitung ab. Auf der Jugendversammlung waren dennoch zwei der jugendlichen Arbeitslosen anwesend. Unter Beifall wurde wiederum die Forderung, die die Jugendvertretung erhoben hatte, vorgetragen. Die Geschäftsleitung ist jetzt in großer Aufregung. Sie fürchtet den Zusammenschluß der jugendlichen Arbeitslosen mit der Jugend im Betrieb.

1500 Kollegiaten demonstrierten gegen Abbau des zweiten Bildungsweges

Stuttgart. An den Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges reißen die Kämpfe gegen die Pläne des Kultusministeriums, die auf eine schrittweise Liquidierung der Kollegs und Abendgymnasien hinauslaufen, nicht ab. 1 500 Studierende nahmen am 1. April in Stuttgart an einer Demonstration teil, zu der die Landeskonferenz der Vertreter der Vorbereitungskurse zur Hochschulreife aufgerufen hatte. Einige Kollegs traten zum dritten bzw. vierten Mal innerhalb eines Jahres in den Streik.

Der Kampf der Studierenden richtet sich insbesondere gegen verschärfte Prüfungsbedingungen, BAFöG-Kürzung, die fehlende Lehrmittelfreiheit und die Verschärfung des Leistungsdrucks. Als die Demonstranten eine Protestresolution beim Kultusministerium übergaben, wurde ihnen die unverschämte Antwort gegeben: „Mit jeder Ausbildung gehen Sie ein bestimmtes Risiko ein, das Sie dann auch tragen müssen, und das ist Ihr selbst gewähltes Schicksal.“

GEW-Demonstration Darmstadt

Darmstadt. Über 1 000 Lehrer, Schüler und Lehrlinge beteiligten sich an einer Kundgebung gegen die unerträglichen Zustände an den Schulen in der Bessunger Turnhalle. Anschließend zogen Hunderte mit Transparenten, auf denen u.a. gefordert wurde: 12 Wochenstunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen! Einheitsschule unter Volkskontrolle! zum Marktplatz, wo ein Jugendvertreter der Firma Merck über den Kampf gegen die geplante Nichtübernahme der ausgebildeten Lehrlinge berichete. Aufgerufen hatten zu der Kundgebung und Demonstration die GEW-Kreisverbände Darmstadt Stadt und Land und Groß-Gerau. Der Stadtschülerrat hatte aufgefordert, die Aktion zu unterstützen. Großen Beifall fand auf der Kundgebung die Aufforderung eines Vertreters des DGB-Landesvorstands an die Lehrer, sich im Kampf zur Durchsetzung der 135-DM-Forderung mit den Kollegen von Post, Bahn und dem übrigen öffentlichen Dienst zu solidarisieren. „Es ist soweit, wir sind soweit, wir machen einen Lehrerstreik“ war eine der Parolen der Demonstration.

Kommunistischer Schulsprecher von allen Schulen in Niedersachsen verwiesen.

Osnabrück. Zwei Tage vor den Ferien hat die Gesamtkonferenz des Berufsschulzentrums an der Natruper Straße beschlossen, den Schulsprecher Martin Dumkow, Mitglied des KBW, von der Schule und gleichzeitig von allen Schulen Niedersachsens zu verweisen. Das Vorgehen der Schulleitung hat die ausdrückliche Billigung des neuen CDU-Kultusministers, der kurz vorher in Osnabrück war und geäußert hat, man werde am Berufsschulzentrum für Ruhe sorgen. Die Schulbürokratie ist seit längerer Zeit aufgeschreckt, weil sich am Berufsschulzentrum der Kampf gegen die dort betriebene Abrichtung zu Arbeitstieren für die Kapitalisten und die Unterdrückung schwungvoll entwickelt hat. Wir haben schon berichtet, daß sich z.B. die Jungarbeiterklassen geweigert haben, sich weiterhin als kostenlose Arbeitskräfte für die Stadtverwaltung mißbrauchen zu lassen.

Ihren jüngsten Schlag hatte die Schulleitung durch eine Hetzkampagne gegen die Schülervertretung vorbereitet. Dabei war versucht worden, die Vollzeitschüler gegen die anderen Berufsschüler auszuspielen. So war ausgestreut worden, daß die Schülervertretung Bomben legen wolle. Um sich die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu sichern, hatte die Schulleitung alle nebenamtlichen Lehrkräfte von der Konferenz ausgeschlossen. Die Schüler antworteten auf den Angriff gegen ihre Vertretung mit Kundgebungen an den beiden letzten Schultagen. Nur mit Hilfe von Zivilpolizei konnte am zweiten Tag verhindert werden, daß der Schulsprecher Dumkow im Schulzentrum sprechen konnte.

In einer gemeinsamen Erklärung haben inzwischen bereits die Schülervertretungen mehrerer Schulen, die Stadtschülervertretung und 57 Lehramtskandidaten gegen den Verweis protestiert. Das Vorgehen der Schulbehörde zeigt die Angst des bürgerlichen Staates, daß die selbständige Bewegung gegen den imperialistichen Staat vorankommt und sich weiter der Kommunismus unter der Arbeiterjugend ausbreitet.

Italien

50000 auf der Straße für das Recht auf Abtreibung

Rom. Am 2.4.76 haben die italienischen Christdemokraten (DC) zusammen mit den Neo-Faschisten im Parlament einen Überraschungscoup gelandet. Einen, der in bürgerlichen Parlamenten durchaus üblich ist. Mit einer hauchdünnen Mehrheit, die sich aus den Stimmen der DC und der NFI (Neofaschisten) zusammensetzte, ist ein Artikel zur Regelung der Abtreibung verabschiedet worden, in dem die Abtreibung weiterhin zum Verbrechen erklärt wird. Dieses „Verbrechen" soll nur in zwei Fällen nicht bestraft werden: bei Lebensgefahr oder in Fällen von Vergewaltigung. Damit hat die DC den Kompromiß, der schon im Dezember im Parlamentsausschuß erreicht worden war und der auch eine „soziale Indikation", enthielt, fallengelassen. Schon gegen diesen Kompromiß, der vor allem mit Hilfe der revisionistischen KPI zustandegekommen war, hatte sich in Italien eine breite Protestbewegung entfaltet, die die völlige Straffreiheit und einen Volksentscheid verlangte. Sinn und Zweck des Kompromisses zwischen Revisionisten und Christdemokraten war es gerade, durch den Betrug der „sozialen Indikation" die Bewegung für das Recht auf Abtreibung in die Grenzen des parlamentarischen Spiels zu zwingen und einen Volksentscheid zu verhindern.



Heidelberg, Pfaffengrund

Jetzt, wo sich innerhalb der DC die „harte Linie" durchgesetzt hat, empören sich alle anderen bürgerlichen Parteien über den Betrug und Verrat der DC. Besonders empört sind die Revisionisten, die ihren guten Willen von den schwarzen Reaktionären so kompromittiert sehen.

Trotz lautem Geschrei sind aber jetzt die bürgerlichen Parteien und wieder besonders die KPI krampfhaft bemüht, einen „vernünftigen Ausweg" zu finden, um in diesem Gesetz doch noch eine „soziale Indikation" unterzukriegen und damit zu versuchen, die Bewegung für das Recht auf Abrtreibung zu spalten. Dieses Geschäft wird ihnen nicht leicht fallen: Schon am Samstag, 3. April, während zwischen den bürgerlichen Parteien fieberhafte Besprechungen und Kontakte stattfanden, gingen in Rom etwa 50000, in der Mehrzahl Frauen, auf die Straße. Was sie verlangten, war nicht eine betrügerische Indikationslösung, sondern: „Abtreibung jetzt straffrei und auf Krankenschein". Ihre Antwort auf die Provokation der schwarzen Reaktionäre und auf die Kungeleien der bürgerlichen Parteien war eindeutig in den Parolen enthalten, die die Demonstration bestimmten: „Bestrafung der Abtreibung ist gleich staatlicher Mord", „Heute auf die Straße für das Recht auf Abtreibung, morgen auf die Straße mit dem Gewehr", „Berlinguer (Sekretär der KPI – die Red.), vergiß es nie: auf unsere Haut wirst Du keine Kompromisse schließen." Diese und andere kämpferische Parolen bestimmten die Demonstration, die stundenlang die Innenstadt Romes lahmlegte. Die Demonstration war vom CRAC (Komitee gegen das Abtreibungsverbot) und von den Frauengruppen initiiert worden; es beteiligten. sich daran auch die Frauenorganisation der KPI und marxistisch-leninistische Organisationen.

Falls das ganze Gesetz in der Schlußabstimmung keine Mehrheit findet, müßte nach den italienischen Verfassungsbestimmungen die Volksabstimmung stattfinden, für die im vergangenen Jahr über eine Million Unterschriften gesammelt worden waren. Das wollen alle bürgerlichen Parteien verhindern. – (m.)

Frauenärztekongress: Richtlinien über „Indikationen"

Wo der Staat zahlen soll – Zwangsabtreibung

Der Kongreß der 500 Gynäkologen am 27./28. März in Darmstadt war ein „Richtlinienkongreß" für staatlich zulässige Abtreibungen. Die Vorträge werden veröffentlicht und gelten schon jetzt als eine Art „Bibel".

1. Richtlinie: „Aus wirtschaftlichen Gründen braucht in Deutschland keine Frau ihr Kind abzutreiben."

2. Richtlinie: Gegenüber früheren Zeiten werden die medizinischen Indikationen eingeschränkt. Zum Beispiel gilt heute Tuberkulose nicht mehr als Grund zur Abtreibung.

3. Richtlinie: Frauen, die mit Selbstmord drohen, sind häufig Simulanten. Professor Mende, Psychiater aus München, legte einen Katalog vor, woran man „echte" Selbstmordgefahr erkennt.

4. Richtlinie: Fällt die Versorgung des Kindes eindeutig dem Staat zur Last, darf abgetrieben werden. Genannt wurde als Beispiel die querschnittsgelähmte Mutter.

5. Richtlinie: Nervliche und psychische Erkrankungen sowie psychosoziale Indikationen müssen „aus verschiedener Sicht" gedeutet werden. (Gemeint ist: die Sicht, ob es sich um Leute aus dem Volk handelt oder um Leute von oben.)

6. Richtlinie: Vor jeder Abtreibung steht die „umfassende Beratung". Ärzte aus der Schweiz haben berichtet: Frauen, die abtreiben wollen, werden dazu „motiviert", das Kind zur Welt zu bringen. Aber auch umgekehrt: Frauen, die ihr Kind behalten wollen, werden „in bestimmten Fällen zum Abbruch überredet", etwa junge Mädchen aus „asozialem Milieu". Im Klartext heißt das: staatlich verordnete Zwangsabtreibung.

Professor Lau, Präsident der einladenden Gynäkologen-Gesellschaft und Direktor der Städtischen Kliniken Darmstadt, erläuterte der Presse, was er für die „sauberste Lösung" hält: Abtreibungskliniken wie in Holland, „selbstverständlich im Rahmen der hier geltenden Gesetze". „Die Ärzte", sagt der Professor, „die dort tagtäglich etwa 20 bis 30 Abtreibungen vornehmen, beherrschen die Techniken besser. (...) Vielleicht ließe sich auch ein neuer Berufszweig dafür gründen, denn die dort Tätigen brauchten ja im Grunde keine umfassende gynäkologische Ausbildung." Eine ausreichende medizinische Betreuung halten die Familienpolizisten für überflüssig, Hauptsache, das Problem ist unter Kontrolle.

Neues Adoptionsgesetz

Ledige Mütter als Freiwild

Nach einer Meldung der „Kieler Nachrichten" haben sich Vertreter von Organisationen der Jugendfürsorge kürzlich für die Verkürzung der Mindestfrist für die Einwilligung zur Adoption von 3 Monaten auf 6 Wochen. Das liegt ganz auf der Linie der Bundesregierung, die noch vor Ablauf der Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschieden will.

Worum geht es? Immer häufiger wird Frauen, die sich zu einer Abtreibung entschlossen haben, von den staatlichen Zwangsberatungsstellen die legale Abtreibung mit dem Hinweis verweigert, sie könnten das Kind zur Adoption freigeben. Das soll jetzt erleichtert werden. Der Gesetzgeber soll freie Hand schaffen, die Frauen vor und nach der Geburt noch mehr unter Druck setzen zu können als bislang.

Insbesondere auf „ledige Mütter" zielt die Bundesregierung ab. Mit der Verkürzung der Frist will man schneller zuschlagen können. Ob die Frau vielleicht doch eine Wohnung und eine passende Arbeit findet, soll erst gar nicht abgewartet werden. „Es gehe an der Lebenswirklichkeit vorbei, der Mutter eine lange Denkpause zur Prüfung der Fragen einzuräumen, ob sie ihr Kind selbst aufziehen wolle ... Gerade Mütter nichtehelicher Kinder seien durch Umzug und Arbeitsplatzwechsel nach Ablauf der Mutterschutzpflicht oft von der Bildfläche verschwunden." Frauen als entrechtete Gebärmaschinen zur Abdeckung der Nachfrage auf dem Kindermarkt für die bürgerliche Klasse, so stellt sich die Regierung das vor. Und die Verbandfunktionäre rühren dafür die Trommel.

Sonderstaatsanwalt Weiß-Bollandt:

„Daß Polizisten sich decken, ist einfach notwendig"

Frankfurt. Nach den heftigen Kämpfen gegen die Ausplünderungspolitik des Frankfurter Magistrats, gegen die Erhöhung der Fahrpreise im vorletzten Jahr hat die bürgerliche Justiz zahlreiche Menschen vor Gericht gestellt, um sie wegen ihres gerechten Auftretens gegen den Magistrat abzustrafen.

In der letzten Woche standen erneut vier Angeklagte wegen ihrer Teilnahme an den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen vor Gericht. In diesem Prozeß hat der für die Verfolgung von Gegnern der Fahrpreiserhöhungen eigens vom Landgericht Hanau nach Frankfurt versetzte Sonderstaatsanwalt Weiß-Bollandt eine besondere Rolle gespielt. Für diesen Zweck bringt der Sonderstaatsanwalt besondere Voraussetzungen mit. Im Juni 1975 hatte er in einem Lehrgang für Gerichtsreferendare zum Problem polizeilicher „Übergriffe" gegen Demonstranten u.a folgendes geäußert:

„Demonstranten beschuldigen Polizeibeamte immer wieder verschiedenster Übergriffe. Ich bin überzeugt davon, daß ein Großteil dieser Beschuldigungen zutrifft. Aber nachweisbar sind solche Übergriffe so gut wie nie, weil Polizeibeamte sich durch entlastende Aussagen in der Regel wechselseitig decken. (...) Und das ist gut so! (...) Diese wechselseitige Deckung von Polizeibeamten ist unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren einer Polizei, wie wir sie brauchen ...

(...) Wenn ich den Polizisten bejahe, der nach vorne rennt, um sich mit Linksradikalen zu prügeln unter Einsatz seiner Gesundheit, dann muß ich diesem Charakter auch zugestehen, hierbei einmal zu weit zu gehen. Weil das aber so ist, daß ich das dem Beamten einfach nicht verübeln kann, dann finde ich es auch aufrichtig, wenn Polizeibeamte sich durch ihre Aussagen wechselseitig decken. Sie müssen verstehen, daß die Kameradschaft, die hierin zum Ausdruck kommt, einfach notwendig ist, wenn wir nicht das Funktionieren von Verbänden wie der Polizei ... in Frage stellen wollen ..."

Am zweiten Verhandlungstag kam heraus, daß der Staatsanwalt den Polizeizeugen der Anklage Weisung gegeben hatte, ihre „dienstliche Erklärung" um einige Tatbestände zu „erweitern", um die Anklage zu untermauern. Die Polizeizeugen sagten ihre „dienstlichen Erklärungen" mehr oder weniger gut auswendig her, sie glichen sich wie ein Ei dem andern. Als sie dann noch offenbarten: „Man sieht sich halt vorher mal an, was die anderen geschrieben haben", sah sich der Staatsanwalt gezwungen, für Freispruch zu plädieren.

Das Gericht verhängte trotz des völligen Zusammenbruchs der Anklage in zwei Fällen Geldstrafen von 80 bzw. 200 DM. Richter Schwalbe gab im überfüllten Gerichtssaal zu, daß „der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen berechtigt war", doch gehe es um Straftatbestände, und da müsse abgeurteilt werden. – (m., Frankfurt)

Schwarze Manöver um Wyhl

Alle Mittel sind der Landesregierung recht, um hinterrücks doch noch die Annahme des Offenburger Papiers durchzusetzen. Nach ihrem Sieg in den Landtagswahlen ist die Zeit reif, die Pfaffen aus dem Kreis ins Gefecht zu führen. Die gaben eine Erklärung heraus, in der sie für die Annahme der Offenburger Vereinbarung plädieren. Nicht, weil damit das Kernkraftwerk verhindert wird, sondern wegen dem Frieden in der Region.

Dieser Friede ist Unterwerfung und aufgabe des Kampfes. Da ist es kein Wunder, wenn die „Badische Zeitung" jeden Funken der Zustimmung zum Papier gierig aufgreift und breit in der Zeitung über den Geist der Unterwerfung unterrichtet. All dies richtet sich wohlgemerkt ggegen den Willen der Kaiserstühler Bevölkerung. Bei der nächsten Bürgerinitiativsitzung am Donnerstag werden diese Manöver zur Sprache kommen. der Unmut vieler Mitglieder in den Bürgerinitiativen nimmt zu. Immer deutlicher wird, daß man mit den Bürgerinitiativen brechen muß, wenn man das Kernkraftwerk verhindern will. Auch das wird in der nächsten Bürgerinitiativsitzung zur Sprache kommen.

Aluminiumhütte

Guilini will Arbeiter auf Bauern hetzen

Ludwigshafen. Giulini will in Ludwigshafen an seine Aluminiumhütte auf die doppelte Kapazität ausbauen. Mitte April soll über die Einsprüche verhandelt werden. Gegen den Ausbau der Hütte gibt es Widerstand, vor allem von seiten der Bauern aus Rheingönnheim. Schon jetzt stößt die Hütte täglich große Mengen an hochgiftigem Fluorwasserstoff und anderen Giften aus. (Gedeckt durch Gesetze, die sich nicht nach den Anforderungen der Gesundheit, sondern nach den „gegebenen technischen Möglichkeiten" richten, was heißt, nach dem, was den Profit der Kapitalisten nicht schmälert.)

Unter dem Druck der Bevölkerung und angesichts der Landtagswahlen legte auch der Oberbürgermeister Ratzel für die Stadt Mannheim Einspruch ein.

Um zum Ziel zu kommen, hat sich Giulini etwas ausgedacht. Die Giulini-Geschäftsleitung setzt alles daran, mit dem Argument der „Arbeitsplatzsicherheit" die Arbeiter gegen die Bauern für sich ins Feld zu führen und so die Bewegung gegen den Ausbau der Hütte zu spalten und ihr eine Niederlage zu bereiten. Als die Bürgeraktion Umweltschutz Rhein-Neckar am 19. März zu einer erneuten Bürgerversammlung zum Thema „Erweiterung der Aluminium-Hütte" einlud, schrieb die Geschäftsleitung an die Giulini-Arbeiter. „Die Geschäftsleitung und der Betriebsrat werden an dieser Podiumsdiskussion teilnehmen. Bitte informieren Sie auch Ihre Mitarbeiter, da wir annehmen, daß auch Sie an dieser Veranstaltung stark interessiert sind. Wir würden es begrüßen, wenn unsere Mitarbeiter in dieser Versammlung zahlreich vertreten sind."

Auf der Versammlung erschienen von Giulini hauptsächlich Meister und leitende Angestellte als geschlossener „Giulini-Block". Eine Menge von Spitzeln der Geschäftsleitung schwirrte herum.

Der „Giulini-Block" sollte den Versammelten demonstrieren, daß die Giulini-Arbeiter voll hinter den Ausbauplänen der Geschäftsleitung stehen, und die Bauern sollten als „fortschrittsfeindliche Tölpel" hingestellt werden, die gar nicht wissen, um was es geht. Die Geschäftsleitung trat entsprechend auf: Seit 150 Jahren befassen sie sich mit Chemie, ohne daß bis jetzt irgendwelche Schäden durch Fluor hätten festgestellt werden können. Außerdem liege die Genehmigung der Hütte in „neutralen" Händen. Wer die Neutralität des TÜV anzweifle, bezweifle die Struktur dieses Staates usw. Wer sich gegen den Ausbau stelle, sei rückschrittlich, der wolle aus der BRD ein Bauernland machen und aus Ludwigshafen ein Dorf.

Ein Bauer aus der Gegend trat der Geschäftsleitung entgegen. Die Gutachten würden allemal nur bestätigen, daß Giulini so weitermachen könne wie bisher, auch wenn die Gesundheit und die Ernte dabei draufgingen. Das Gutachten werde so aussehen, wie Giulini es brauche.

Ein Arbeiter, der seine Kündigung bei Giulini schon in der Tasche hatte, nahm auseinander, was es mit Giulinis „Arbeitsplatzsicherheit" auf sich hat. Die Pharma-Abteilung, in der er arbeitet, wird geschlossen und die Arbeiter auf die Straße geworfen, weil sie für Giulini nicht mehr rentabel war.

Diese Beiträge bekamen viel Beifall auf der Versammlung.

Ist Giulinis Manöver auch nicht wie geplant gelungen, so ist es dennoch ernstzunehmen. Wenn es Giulini gelingt, zwischen die Arbeiter und die Bauern einen Keil zu treiben, wird sich der Widerstand gegen den Bau der Hütte nicht entwickeln können. Das Argument, das Giulini ausspielt, ist, daß die Bauern den Arbeitern ihre Arbeitsplätze wegnehmen wollten, wenn sie sich gegen den Ausbau der Hütte zur Wehr setzen.

Das Gerede von der Sicherheit der Arbeitsplätze, das zeigt die Erfahrung der Arbeiter, ist aber nichts als Betrug. Auch bei Giulini ist es nicht anders. Zu erwarten ist beim Ausbau der Hütte weitere Rationalisierung, Verdoppelung der Produktion bei wenig Neueinstellungen, d.h. Mehrarbeit, gesteigerte Ausbeutung für die verbleibende Belegschaft, wozu sie mit Sicherheit „durchgesiebt" werden wird. Giulini geht es darum, für den Aufkauf durch einen amerikanischen Konzern die entsprechenden Bedingungen zu schaffen (laut Aussagen der Geschäftsleitung). Wie zu diesen Bedingungen die Verschärfung der Ausbeutung gehört, so gehört dazu die rücksichtslose Vernichtung der Existenzbedingungen für die Bauern in der Umgebung. Daß die Bauern dagegen kämpfen, ist gerecht und richtig, und richtig ist, daß die Arbeiter sich gegen die Ausbeutung zur Wehr setzen. Die Bedingungen dafür, daß sich die Arbeiter und Bauern zusammenschließen und den Kampf gegen den Bau der Aluminiumhütte gemeinsam führen, sind vorhanden. Trotz des Drucks der Geschäftsleitung haben sich inzwischen eine Reihe von Giulini-Arbeitern dem Sammeleinspruch gegen den Ausbau der Hütte angeschlossen. – (U., Mannheim)

Kniefall der SPD- und DKP-Studenten vor dem Grundgesetz

Die erste ordentliche Mitgliederversammlung der im Mai des vergangenen Jahres gegründeten Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) fand in der vergangenen Woche in Köln statt. Sie dauerte vom 31. März bis zum 3. April. Dem Verband gehören 171 Studentenschaften an. Zusammen vertreten sie etwa 680 000 der über 800 000 Studenten der BRD und Westberlins.

Auf der Mitgliederversammlung waren 163 Mitgliedstudenten durch ihren Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) vertreten. Die Ergebnisse dieser Mitgliederversammlung dokumentieren wir nebenstehend in ihren wichtigsten Auszügen (siehe Kasten).

Diese Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind Ausdruck des scharfen Klassenkampfes in der Studentenbewegung und um ihre Führung und Ausdruck der Kräfteverhältnisse in diesem Klassenkampf.

Der objektive Gegensatz zwischen den besitzlosen Studentenmassen, die kein selbständiges Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben, und dem Ziel des bürgerlichen Staatsapparates, sie in die Schablone von lohnabhängig gehaltenen Verteidigern der bürgerlichen Eigentums- und Rechtsverhältnisse zu pressen, erzeugt innerhalb der Studentenbewegung notwendig den Kampf zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen politischen Richtungen und Wegen, zwischen den Vertretern des Reformismus und Revisionismus auf der einen Seite, die den objektiven Gegensatz zwischen den Interessen der Studentenmassen und dem bürgerlichen Staatsapparat leugnen und den Weg des Ausgleichs und der Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat propagieren, und den revolutionären und marxistisch-leninistischen Kräften in der Studentenbewegung. Diese gehen aus von dem objektiven Gegensatz der Interessen und treten ein für den Zusammenschluß der Studentenbewegung im Kampf für ihre Rechte und Forderungen gegen den bürgerlichen Staat und für das Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf für den Sieg des Sozialismus.

den Sieg des Sozialismus.

Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften verfügten die Anhänger des Reformismus und des Revisionismus, die „Jungsozialisten in der SPD" und die DKP-Studenten, zusammen über zwei Drittel der Stimmen. Zusammen mit dem LHV und den Sozialistischen Basisgruppen, einer politischen Richtung, die ungefähr dem Einfluß des Sozialistischen Büros („links"), des Kommunistischen Bundes (Nord) und des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD in der Studentenschaft entspricht, stellten die Reformisten und Revisionisten den letzten Vorstand der VDS.

Gleich zu Beginn ein Bückling vor dem bürgerlichen Staat

Gleich bei Eröffnung der Mitgliederversammlung verlangten sie von den Studentenvertretern einen tiefen Bückling vor dem bürgerlichen Staat. Sie beantragten eine Beschlußfassung, daß die VDS *„die Kriterien für eine projektgebundene Förderung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft und Mitteln des Bundesjugendplans (§ 9 JWG)"* erfüllen sollte.

Den § 9 des Jugendwohlfahrtsgesetzes verschwieg der Juso-Sprecher Hartung. Er lautet: *„Träger der freien Jugendhilfe dürfen nur unterstützt werden, wenn sie die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit und für eine sachgerechte, zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bieten sowie öffentlich anerkannt sind."* Gegen ungefähr 100 Gegenstimmen und Enthaltungen wurde diese Erklärung von den Reformisten und Revisionisten durchgesetzt.

Diese Unterwerfung des durch den selbständigen Zusammenschluß der Studentenschaften zur Vertretung ihrer Interessen und Forderungen gegründeten Verbandes unter die Ziele und Kontrolle des bürgerlichen Staatsapparates ist kein Schachzug, den die Reformisten und Revisionisten vielleicht anstellen würden, um an Gelder heranzukommen.

Die Verwandlung des Verbandes in eine halboffizielle Regierungsbehörde als „Träger freier Jugendhilfe" ist die Konsequenz ihres Strebens nach Ausgleich und Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat. Das beweisen die Programme, mit denen sie auf dieser Mitgliederversammlung aufgetreten sind. Die „Jungsozialisten in der SPD" verlangten in ihrem Hauptantrag: An erster Stelle sollten die Studentenschaften bei ihrer Arbeit eintreten *„für die volle Entfaltung der demokratischen Rechte und Prinzipien des Grundgesetzes"* und drei Tage vor dem SPD-Wahlparteitag durch eine zentrale Demonstration am 1. Juni *„verdeutlichen, welche Forderungen die Studentenschaften der BRD gerade im Vorfeld der Bundestagswahlen an Hochschul-, Sozial- und Gesellschaftspolitik richten müssen, wenn sie ihr Eintreten für die demokratischen Grundrechte und Prinzipien des Grundgesetzes ernst nehmen"*.

Die Konsequenzen dieses Programms wurden in der Auseinandersetzung auf der Mitgliederversamm-

gramms wurden in der Auseinander-

setzung auf der Mitgliederversammlung enthüllt: Die Forderung nach dem Politischen Mandat der Studentenschaften, für deren bedingungslose Anerkennung Zigtausende von Studenten im vergangenen Semester gestreikt haben, wollten die Jusos nur gelten lassen, weil und insoweit das Grundgesetz das „Grundrecht auf freie Meinungsäußerung" gewährleiste.

Die politische Bedeutung dieser Preisgabe der Rechte der Studentenschaften durch die SPD-Studenten kann man z.B. messen an der ausdrücklichen Feststellung des KPD-Verbotsurteils von 1956, daß es das Grundgesetz ablehnt, *„den wirtschaftlichen Tatbestand der Lohnarbeit im Dienste privater Unternehmer als solchen allgemein als Ausbeutung zu kennzeichnen"*. Bei solchen Kennzeichnungen freilich wird auch wenig Aussicht bestehen, von der Regierung Anerkennung zu finden als „Träger freier Jugendhilfe" in Sachen Studenten.

Dieses Anliegen im Herzen, scheuten diese sozialdemokratischen Nachwuchspolitiker auch nicht davor zurück, die Solidarität der Studentenbewegung mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker anstatt mit der Gerechtigkeit dieses Kampfes mit *„den Verpflichtungen, die die BRD mit dem Beitritt in die Vereinten Nationen eingegangen sind"*, zu begründen. Eine Aussage, daß sie „gegen jedes Berufsverbot" gegen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten Solidarität üben würden, mußte den Jusos unter Windungen und Drehungen auf der Mitgliederversammlung erst abgezwungen werden.

Kann es bei solchen bürgerlichen Politikergestalten noch weit sein bis zum offenen Auftreten für die „wehrhafte Demokratie", mit der die herrschende Klasse ihre Ausbeuterordnung gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen verteidigt? Die Jusos haben auf dieser Mitgliederversammlung ihre fortschrittliche Maske abgelegt und sich offen zu den Aufgaben bekannt, die berufsmäßigen Versöhnungspolitikern übrigbleibt, wenn sich die objektiven Gegensätze zwischen den Interessen der Massen und der Politik der bürgerlichen Staatsmacht nicht mehr vertuschen lassen, sondern verschärften und hervortreten. Mit ihrem Programm haben sie sich gegenüber der herrschenden Klasse bereit erklärt, der Studentenbewegung die Fesseln anzulegen, die nötig sind, um sie der Reaktion ans Messer zu liefern. Daß darauf diese Politik notwendig hinauslaufen muß, haben die Rechten auf der Mitgliederversammlung gleich gerochen. Frank und frei boten sie den Jusos die gemeinsame Übernahme des VDS-Verbandes an.

Die Festlegung positiver Kampfschritte verhindert

Die DKP-Revisionisten hatten diesen Absichten der sozialdemokratischen Studentenpolitiker nichts entgegenzusetzen. Um ihre Vorstandsposten und ihren Einfluß auf die Führung des Verbandes zu erhalten, waren sie gegenüber diesen Absichten der Sozialdemokraten zu jedem Zugeständnis bereit und wußten nicht, ob sie ihnen um den Bart streichen oder in den Arsch kriechen sollten. Ihr einziges Anliegen war, im Programm des Verbandes wieder ausdrücklich die Forderung nach Mitbestimmung verankert

bandes wieder ausdrücklich die Forderung nach Mitbestimmung verankert

zu sehen, von deren Erfüllung sie sich Posten und Einfluß im bürgerlichen Staatsapparat versprechen.

Wie die dokumentierten Beschlüsse zeigen, ist es den Reformisten und Revisionisten nur in verstümmelter und verklausulierter Form gelungen, diese Absichten gegen die Minderheit der Studentenvertretungen durchzusetzen, die von revolutionären und marxistisch-leninistischen Studenten und Studentengruppen gestellt wird. Der entscheidende Erfolg der Reformisten und Revisionisten besteht darin, daß es ihnen gelungen ist, die notwendigen positiven Beschlußfassungen über die entscheidenden politischen Forderungen, für die sich die Studentenbewegung im Kampf gegen die bürgerliche Staatsmacht zusammenschließen muß, zu verhindern und den Verband der Festlegung auf wirksame Kampfschritte zur Durchsetzung dieser Forderungen zu entziehen.

Ein solcher positiver Vorschlag für die Aufgaben, die sich der Studentenbewegung im Kampf gegen den bürgerlichen Staat stellen, wurde auf der Mitgliederversammlung vorgeschlagen vom Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Osnabrück. Die Studentenvertretungen, die von Studentenorganisationen des KBW getragen oder unterstützt werden, sind für die Annahme dieses Antrages eingetreten. Ausgehend von dem objektiven Gegensatz zwischen den Interessen der Masse der Studenten und dem bürgerlichen Staat schlug dieser Antrag der Mitgliederversammlung die entscheidenden politischen Forderungen zur

Mitgliederversammlung die entscheidenden politischen Forderungen zur

Beschlußfassung vor, die in den Aktionen und Kämpfen der vergangenen Semester den selbständigen Zusammenschluß der Studentenbewegung ermöglicht und vorangetrieben haben. Der Antrag entsprach der Aufgabe, den Zusammenschluß der Studentenbewegung an allen Hochschulen im Kampf für diese Forderungen voranzubringen, und schlug als nächsten entscheidenden Schritt im Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen die Vorbereitung einer bundesweiten Urabstimmung für einwöchigen Streik im November vor.

Auf der Mitgliederversammlung wurde dieser Vorschlag erst von einer geringen Zahl von Studentenvertretungen propagiert. Die Jusos und DKP-Studenten suchten diese Linie des Zusammenschlusses im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu isolieren. In Verhandlungen, die neben der Mitgliederversammlung her liefen, setzten sie alles daran, die Sozialistischen Basisgruppen auf ihre bürgerliche Politik festzulegen.

Dies Projekt scheiterte. Kurz vor dem Ende der Mitgliederversammlung platzen die Verhandlungen, und die Jusos mußten es hinnehmen, daß die Festlegung auf die bürgerliche Verfassung in der Hauptresolution nur durchgesetzt werden konnte mit den Stimmen der DKP-Revisionisten gegen die Studentenvertretungen, die von den Basisgruppen und den KBW-Studentengruppen getragen oder unterstützt werden.

Die Jusos haben versucht, den Verwerden.

Die Jusos haben versucht, den Verband auf dieser Mitgliederversammlung einen gewaltigen Schritt zurückzureißen. Die Forderungen der Studenten gegenüber dem bürgerlichen Staat wurden aus dem Programm der VDS entfernt und ersetzt im wesentlichen durch die Bitte nach Finanzierung des Verbandes durch die Regierung. Diese Politik der Jusos hat ihnen schon gleich zu Anfang das Angebot der Rechten eingetragen, man möge doch zusammen den Verband übernehmen. Indessen halten die Juso-Funktionäre dafür die Lage noch nicht reif.

Die Studentenbewegung befindet sich im Widerspruch zu dieser Politik. Sie entsteht aus dem Gegensatz der Interessen der Studentenmassen zum bürgerlichen Staat und aus der praktischen Notwendigkeit, diese Interessen im Kampf zu vertreten. Daher ist es kein Wunder, daß der Plan der Jusos, im Juni eine Demonstration im Vorfelde der Bundestagswahlen und zur höheren Ehre der Regierung zu veranstalten, bereits eine Opposition von ungefähr 200 Stimmen gegen sich hatte. - (h.j.)

Die wichtigsten Beschlüsse der Mitgliederversammlung der VDS

– In geänderter Fassung wurde die auf der Gründungsversammlung beschlossene Hauptresolution von Jusos, DKP-Revisionisten und den Sozialistischen Basisgruppen vorgelegt. Wichtige Änderungen: Der Forderungsteil der früheren Hauptresolution wurde gestrichen. Auf Antrag der Jusos und mit den Stimmen der DKP-Revisionisten wurde in zweiter Lesung kurz vor dem Ende der Mitgliederversammlung ausdrücklich in die Hauptresolution aufgenommen: „Die demokratischen Prinzipien und der Wesensgehalt der demokratischen Grundrechte, ihre Verteidigung und Wahrnehmung ist auch Aufgabe der VDS. Auf der Grundlage der Erklärung der Gründungsversammlung (zur FDGO, die Red.) werden sich die VDS jeder Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit widersetzen." Gegen diesen Antrag stimmten neben den vom KBW-Studentengruppen unterstützten oder getragenen Studentenvertretungen auch die ASten der Sozialistischen Basisgruppen.

– Für das Sommersemester 76 wird in einem als Anhang der Hauptresolution beschlossenen „Arbeitsprogramm" festgelegt, „daß folgendes Thema Hauptschwerpunkt für das Sommersemester 76 ist: Politische Disziplinierung unter besonderer Berücksichtigung der massiven Angriffe auf die politischen Rechte und Studienbedingungen, wie sie im Hochschulrahmengesetz festgelegt sind. Ebenso muß der Zusammenhang von politischer Disziplinierung und Abwälzung der Krisenlasten auf die werktätige Bevölkerung wie auf die Studenten verdeutlicht werden. ... Die VDS unterstützen die in diesem Zusammenhang an den Hochschulen stattfindenden Kämpfe und initiieren im Zeitraum von Ende Mai bis Anfang Juni eine Aktionswoche zum obengenannten Thema ..."

– Als „Hauptforderungen der VDS" wurden verabschiedet in folgenden Zusammenhängen:

Gegen den Abbau demokratischer Rechte – Für freie politische Betätigung!
Gegen die Krisen- und Sparpolitik!
Gegen das Hochschulrahmengesetz und seine Umsetzung – Für die Durchsetzung der Forderungen der Studenten auf Bundes- und Länderebene!
Für eine Erhöhung der Mittel im Bildungs- und Sozialbereich!
Für die Erhaltung der Verfaßten Studentenschaft mit Satzungsautonomie, politischem und imperativem Mandat! (Auszug)

– Ausdrücklich getrennt von der Beschlußfassung über die Hauptresolution beantragten die Jusos und DKP-Revisionisten einen Beschluß der Mitgliederversammlung über eine „zentrale Massenaktion im Sommer". Mit den Stimmen der Jusos und Revisionisten bei ungefähr 200 Gegenstimmen und Enthaltungen (das entspricht etwa einem Drittel der vertretenen Studentenschaften) wurde eine zentrale Demonstration für den 22. Juni beschlossen.

– Für das Wintersemester 76/77 wird im „Arbeitsprogramm" festgelegt: „Als zweiter Schwerpunkt für den VDS-Vorstand steht im Sommersemester 76 an, die Grundlage für die Durchführung dezentraler und zentraler Aktionen im Wintersemester 76/77 gegen die soziale Verschlechterung, Numerus Clausus, Lehrerarbeitslosigkeit ... und die Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes zu schaffen."

– In dritter Lesung, also nach Annahme der aufgeführten Beschlüsse und Zusatzanträge, wurde die Hauptresolution mit dem „Arbeitsprogramm" und den „Hauptforderungen" bei 630 Stimmen dafür, 64 Stimmen dagegen (darunter 30 rechte Stimmen) und 74 Enthaltungen angenommen.

Die Wahlen zum Zentralrat hatten folgendes Ergebnis:

Liste 1	Rechte Studentenvertretungen	30 Stimmen	1 Sitz
Liste 2	AStA Uni Osnabrück u.a.	27 Stimmen	1 Sitz
Liste 3	DKP-Spartakus/SHB	308 Stimmen	13 Sitze
Liste 4	Juso, Sozial. Basisgruppen, LHV	362 Stimmen	15 Sitze

Baden-Württemberg: Streikurabstimmung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften

Auf dem 4. landesweiten Treffen der Wirtschaftsstudenten Baden-Württembergs wurde einstimmig eine „Erklärung" gegen die zunehmende Verschlechterung der Studien- und Prüfungsbedingungen, sowie die Pläne einer landesweiten Studienreformkommission verabschiedet. Anwesend waren Vertreter der Fachschaftsräte Wirtschaftswissenschaft von den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Hohenheim, Karlsruhe und Tübingen.

In der „Erklärung" heißt es: „An allen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten des Landes Baden-Württemberg sind im Wintersemester 75/76 neue Prüfungsordnungen beschlossen worden. ... Hohe Durchfallquoten bei den Prüfungen (an einzelnen Fachbereichen bis zu 80 %), überfüllte Vorlesungen und Übungen (200 Teilnehmer sind keine Seltenheit), Einstellungstopps für wissenschaftliche Hilfskräfte und Assistenten, schlecht ausgestattete Bibliotheken, die zum Kauf von teuren Lehrbüchern zwingen, Materialkostenerlasse, die das Studium wieder zu einer Geldfrage werden lassen, haben die Studienabbrecherzahlen erhöht. Damit sich die Studenten gegen diese Verhältnisse nicht zur Wehr setzen können, versucht der Staat ihnen und ihren Vertretungsorganen alle Rechte abzusprechen und sie ganz der Professorenwillkür zu unterwerfen."

Die Fachschaftvertreter wenden sich gegen die Pläne der vom Kultusministerium eingesetzten landesweiten Studienreformkommission, die zusätzlichen Prüfungsstoff und Pflichtscheine bei verkürzter Studiendauer und die Einführung eines besonderen Nachdiplomstudiums vorsehen: Die wöchentliche Pflichtstundenzahl soll von bisher 10 bis 12 Stunden auf 20 Pflichtstunden erhöht werden.

Das Landesfachschaftstreffen stellt fest, daß von diesen Maßnahmen in erster Linie die Studenten betroffen sind, die keine reichen Eltern haben. Die Wirtschaftsstudenten des Landes werden aufgefordert, sich gegen diese Politik u.a. unter den folgenden Forderungen zusammenzuschließen und in Aktion zu treten: **„Aufhebung der Regelstudienzeit", „Recht des Fachschaftsrates, gegebenenfalls unter der Gesamtheit der betroffenen Studenten eine Abstimmung durchzuführen und die Klausur bzw. Teile der Klausur für ungültig zu erklären", „Einspruchsrecht der Fachschaften bei allen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen"** UND **„Gegen die Sparbeschlüsse der Landesregierung: Keine Stellen und Mittelkürzungen! Weg mit den Ersatzgeldern!"** Dazu heißt es in der Erklärung: „Gegen die ständig sich verschlechternden Studienbedingungen an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten werden die unterzeichnenden Fachschaften am Anfang des Sommersemesters Fachbereichsvollversammlungen zur Beschlußfassung über eine Urabstimmung für einen gemeinsamen aktiven Streik vom 11. bis 12. Mai 1976 und weitere Maßnahmen durchführen." An die Landesastenkonferenz Baden-Württemberg richtete die Fachschaftskonferenz die Aufforderung, einen landesweiten Boykott der Ersatzgelder zu beschließen.

Einstimmig angenommen

Gießen. Am 18.3.76 hat sich die Vollversammlung der Fachhochschule Gießen (ca. 300 Studenten), gegen jegliche Einschränkung der Wiederholbarkeit von Prüfungen im Rahmen der neuen Prüfungsordnung ausgesprochen. Bei Verordnung einer Einschränkung durch den Kultusminister soll sofort eine Urabstimmung über Streik in die Wege geleitet werden.

Am 25.3.76 war am Fachbereich Wirtschaft eine Vollversammlung, wo seitens der Fachbereichsleitung das Angebot, uneingeschränkte Wiederholbarkeit von Prüfungen, aber dafür Einführung der Regelstudienzeit, unterbreitet wurde. Die Vollversammlung beauftrage daraufhin die studentischen Fachbereichskonferenzmitglieder, in der nächsten Fachbereichskonferenz am 31.3. ihre Sperrminorität wahrzunehmen und gegen Regelstudienzeit und jegliche Einschränkung der Wiederholbarkeit zu stimmen.

Auf der Fachbereichskonferenz am 31.3., in der etwa 30 Studenten erschienen waren, um dem Beschluß der Vollversammlung Nachdruck zu verleihen, wurde der Antrag, keine Einschränkung der Wiederholbarkeit der Prüfungen einstimmig mit den Stimmen der Dozenten angenommen.

Durchschlageübung nach „Zentraler Dienstvorschrift 3/11"

Über die ZDV 3/11 „Gefechtsdienst aller Truppen" wird in der Bundeswehr oft geschmunzelt. Sätze wie: „Bei Einbruch der Nacht ist mit Dunkelheit zu rechnen" oder „Ab 1,20 m Wassertiefe beginnt der Soldat selbständig mit Schwimmbewegungen" haben ihr den Beinamen „Drei-Strich-lustig" gegeben. Es gibt keine Ausgabe der Bundeswehrzeitschrift „Heer", wo nicht auf der Witzseite neue Stilblüten ausgegraben würden.

Daß diese ZDV aber nicht zur Belustigung der Soldaten geschrieben worden, sondern bitter ernst gemeint ist, konnten die Mannschaften und Unteroffiziere der 4. Kompanie des Panzeraufklärungsbataillions 6 aus Eutin anläßlich einer Durchschlagübung Mitte März feststellen. Die ausgegebene Lage war kurz folgende: Das Gruppenfahrzeug ist abgeschossen und die Gruppe muß auf sich gestellt zurück zur eigenen Trupe finden. Dazu wurde die gesamte Kompanie in einen 35 km Luftlinie entferten Wald gefahren und sollte in zwei Nächten zurück in den Standort marschieren. Klar ist dabei, daß es keine Gruppe schaffte, auf der Luftlinie zu marschieren und manche Gruppen die doppelte Anzahl von Kilometern zurücklegte. Natürlich mit Waffe, Sturmgepäck, ABC-Ausrüstung usw. Tagsüber sollte man sich versteckt halten. Neben einigen anderen Aufgaben, wie Stürmung einer Brücke, Eroberung eines Essenfahrzeuges war die Hauptaufgabe, sich nirgends sehen zu lassen. Das bedeutete: weder auf Straßen noch in Dörfern durfte marschiert werden. Jeglicher Kontakt mit der Zivilbevölkerung war verboten. In der ZDV 3/11 heißt es dazu unter Nr. 2342:

„Der Bevölkerung **auch** (Hervorhebung vom Verfasser) im eigenen Lande ist mit Vorsicht zu begegnen und, solange irgend möglich, auszuweichen. Auch freundlich eingestellte eigene Bevölkerung kann unter Druck des Feindes zum Verrat gezwungen werden." Und an anderer Stelle:

„Nr. 2364 ... Muß die auf sich gestellte Gruppe im Ausnahmefall mit Zivilpersonen in Verbindung treten, so ist größte Vorsicht geboten. Während wenige Soldaten die Verbindung aufnehmen, bleibt der Rest der Gruppe in Deckung und sichert. Zivilpersonen sollten möglichst wenig über die Stärke, Zustand und Absicht der Gruppe erfahren und vor allem nicht den weiteren Marschweg erkennen; wenn nötig, sind sie hierüber zu täuschen."
sind sie hierüber zu täuschen."

Warum sollen die Soldaten keinen Kontakt zur Bevökerung haben?

Natürlich hat kein einfacher Soldat ein Interesse, so etwas mitzumachen. In der Praxis der Übung hatte das z.B. bedeutet, anstatt sich mit der Zivilbevölkerung, die sich am jeweiligen Ort am besten auskennt, über den Marschweg zu verständigen, ständig über Stacheldraht, Gräben und durch Knicks und Sumpfgebiete zu tapern, und sich bei jedem Auto in den Schnee zu schmeißen. In der Tat haben sich einige Gruppen zunächst aus Angst und



Bundeswehrsoldat im Einsaiz: Kontakt mit der Bevölkerung verboten (ZDV 3/11)

Unerfahrenheit an die ausgegebenen Befehle gehalten. Auch sind ein oder zwei Gruppen beim Marsch auf der Straße vom Oberleutnant erwischt worden, wofür sie eine „Ehrenrunde" von 10 bis 15 km drehen durften. Unnötig zu sagen, daß die Wut über diesen Kerl riesengroß war. Dadurch eingeschüchtert haben es einige Gruppen auch nicht gewagt, in Scheunen oder sonstwo unter Dach ihre Tagespause zu verbringen. Diejenigen, die sich am ersten Morgen um 5 Uhr irgendwo im Wald in den Schlafsack gerollt hatten, konnten vor Kälte (minus 10 Grad) kaum schlafen und wurden durch den Neuschnee bald wieder geweckt, der ihnen ins Gesicht fiel. Zum Zeltebauen waren die allermeisten zu erschöpft. So etwas erzieht natürlich.

Am Tage und in der nächsten Nacht hat sich dann auch kaum noch jemand an die ausgegebenen Befehle gehalten.
an die ausgegebenen Befehle gehalten.
Über Land fahrende Bäcker wurden gestoppt und Nachbarschaftsläden aufgesucht. Überall, wo die erschöpften Soldaten hinkamen, war der Unmut groß darüber, daß sie unter solchen Bedingungen und bei dem Wetter losgeschickt worden sind. Überall konnten sie gute Tips über die Marschstrecke erhalten, wo sie relativ sicher vor Aufspürung waren.

Der Rückhalt im Volk ist für die Soldaten das Wertvollste

In der Praxis haben wir gelernt, daß es nur gut ist, sich auf die Zivilbevölkerung zu verlassen und mit ihr zusammenzuarbeiten.

Das zeigt dieses Beispiel. Das zeigt der Volksbefreiungskampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus in der Dritten Welt. Die Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha oder Vietnam haben sich im Volk bewegt so wie Fische im Wasser. Das machte ihre Überlegenheit über die imperialistischen Södnertruppen aus. Die imperialistischen Aggressionstruppen waren dagegen völlig getrennt vom Volk, sie waren dem Volk tief verhaßt. Die imperialistischen Söldnertruppen von Kambodscha und Vietnam bis Zimbabwe, Südafrika und Palästina mußten und müssen das Volk fürchten, weil sie das Volk unterjocht halten für eine fremde Macht, für den Imperialismus. Weil sie das Volk fürchten müssen, brauchen sie strenge Vorschriften, die jeden Kontakt mit dem Volk unterbinden. Wenn eine Armee deshalb mit solchen Vorschriften im ei-
deshalb mit solchen Vorschriften im ei-
genen Land auf einen Kriegsfall vorbereitet wird, dann wird sie damit auf einen imperialistischen Krieg gegen ein anderes Land vorbereitet. Und sie wird zugleich damit auf den Einsatz gegen das eigene Volk vorbereitet, der der Niederschlagung der sozialen Revolution der eigenen Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen dient. Eine Armee also, die solche Vorschriften befolgen muß, ist eine imperialistische Armee, Feindin aller Völker, deren einziger Auftrag die Unterdrückung ist, die Sicherung der Herrschaft einer Handvoll Finanzkapitalisten über die Völker. – (Soldat xy, 4/6, Eutin, mit geringen Ergänzungen der Redaktion)

Koblenzer Kantinenboykott aufgegeben

Strafmaßnahme gegen das Kantinenkomitee

Koblenz. Der Kantinenboykott in der Pionierkaserne ist zu Ende gegangen. In der zweiten Woche gelang es nicht, die Aktion mit Schwung weiterzuführen, der Boykott bröckelte Stück für Stück ab. Oberstleutnant Michel, der Kommandeur des schweren Pionierbataillons 850 und Kasernenkommandant, versucht jetzt, die ihm bekannten an dem Boykott beteiligten Soldaten zu bestrafen. Im Folgenden der Bericht des Soldaten und Reservistenkomitees Koblenz, das die Boykottaktion unterstützt hat.

Die Fehler lassen sich an zwei Punkten fassen, einmal die Selbstorganisierung von Waren, zum anderen die Vernachlässigung der Posten vor der Kantine.

Durch die in den Zügen, hauptsächlich in der Ausbildungskompanie, fehlende Selbstorganisierung, die auch während des Boykotts nicht aufgebaut wurde, hielten es die Soldaten zwar spontan durch, jedoch nicht über einen längeren Zeitraum.

Die Posten vor der Kantine waren ein zentraler Punkt des Boykotts, sie waren Verbindungsleute und Informanten für die Soldaten: Wo es Waren gibt, wie der Boykott verläuft, wie es weiter gehen soll. Dies wurde in der zweiten Woche vernachlässigt und so gingen von Tag zu Tag wieder mehr Soldaten in die Kantine.

Die Soldaten haben aus dem Boykott gelernt und ihre Erfahrungen gezogen. Sie kennen die Fehler und können aus diesen lernen. Es existieren auch jetzt noch Verbindungen unter den Kompanien, und es versorgen sich einige Stuben und Züge weiterhin selbst.

Der Kommandeur will verhindern, daß die Soldaten ihre Lehren anwenden

Daß die Soldaten trotzdem posivite Erfahrungen aus dem Boykott gezogen haben, hauptsächlich, daß wenn sie alle zusammenstehen, auch eine noch so gut bestückte Schulterklappe mit ihrem Latein, besser ihrer Macht über die Soldaten, am Ende ist – diese Erfahrungen sollen den Soldaten nicht bleiben. Oberstleutnant Michel will jetzt beweisen, daß er doch am längeren Hebel sitzt, daß er mit uns fertig werden kann. Dies braucht er für seine Karriere, dies braucht er um weiter Bewegungen jetzt schon im Keime zu ersticken. Deshalb jetzt der Versuch, Soldaten zu bestrafen.

Ein Soldat der PzPi 140 wurde vom
Ein Soldat der PzPi 140 wurde vom MAD verhört, ebenso Kameraden von ihm, dann wurde er innerhalb vier Stunden in eine Kaserne mitten in der Prärie versetzt und erhielt Kasernenverbot in der Pionierkaserne.

Gegen 6 Soldaten des s PiBtl 850 liegen Meldungen von Oberstleutnant Michel vor, sie hätten (sinngemäß): im Sinne eines kommunistischen Flugblatts einen Boykott der Kantine aktiv geführt, als Funktionär eines Kantinenkomitees, und indem sie Posten vor der Kantine gestanden wären. Dies sei Verletzung der Pflicht zur Kameradschaft (da sie Kameraden am Betreten der Kantine hinderten), Verletzung der Sicherheit und Ordnung auf Kasernengelände, und ein Verstoß gegen das Verbot der politischen Betätigung auf Kasernengelände.

Die Soldaten wurden bisher vernommen, über das Strafmaß wurde bisher noch nichts bekannt. Oberstleutnant Michel will umfassend eine Säuberungsaktion durchführen. Beweisen will er den Soldaten: so kann es allen ergehen, und ich bin immer am längeren Hebel.

Er erreicht jedoch nur das Gegenteil!

Dieses Vorgehen des Kommandeurs fördert unter den Soldaten nur die Klarheit über die bürgerliche Armee. Viele Soldaten gingen mit Illusionen in den Boykott. Einmal glaubten sie, daß die Offiziere den Boykott unterstützen würden, und zum anderen daß ein Kantinenboykott ja eigentlich keine Handlung gegen die Bundeswehr sei.

Sie werden jetzt eines Besseren belehrt. War es der Fall, daß Unteroffiziersdienstgrade sogar aktiv den Boykott mit unterstützen, so stellte sich das Bataillon eindeutig auf die Seite von Frank, dem Kantinenpächter, und gegen die Soldaten.

Michel stellte sich gegen die ganze Kaserne, eine Handvoll Offiziere um sich herum. Warum? Die Kantine ist fester Bestandteil der Kasernierung. Neben Druck und Schikane im Dienst, werden wir in den Pausen dann ausgenommen, von einem Pächter, der mit Segen der Bundeswehr eine Monopolstellung in der Kaserne besitzt und seinen Profit aus uns zieht.

Das heißt, in allen Bereichen werden wir zu Objekten gemacht, ausgenommen, entrechtet, unter Druck gesetzt. Michel hat als Offizier dieser Armee ein Interesse an unserer Entrechtung. So werden wir zum willigen Kriegsmittel. Deshalb setzt er alles in Bewegung, um die Ausplünderung der Kantine zu erhalten. Er will Entrechtung, Selb-
erhalten. Er will Entrechtung, Selb-
ständigkeit und Rechte der Mannschaften fürchtet er wie der Teufel das Weihwasser.

Im Boykott haben 700 Soldaten das System gebrochen, und das haben einige gelernt, die bürgerliche Armee kann gebrochen werden und muß zerbrochen werden.

Dafür nutzen wir die jetzigen Ereignisse, um weiter Klarheit in die Mannschaften zu tragen, und um den Widerstand gegen die drohenden Bestrafungen zu organisieren, die Bestrafungen für Soldaten, die sich im Interesse von einer ganzen Kaserne in einem Kantinenboykott eingesetzt haben. – (gb, Soldat/SRK Koblenz)

Reaktionärer Bundeswehrverband fordert stärkere Ausrichtung der Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee!

In einer Stellungnahme zum Weißbuch des Verteidigungsministeriums kritisiert der Bundeswehrverband die geringe Steigerungsrate des Wehretats und fordert eine noch stärkere Aufrüstung der Bundeswehr. Besonders kritisiert er die „Unterschätzung" und mangelhafte Niederhaltung von politischer und gewerkschaftlicher Betätigung in der Bundeswehr und fordert eine schärfere Bekämpfung der „extremistischen Randgruppen". Zentrale Forderung dieses reaktionären Militaristenverbandes ist die stärkere Ausrichtung der Bundeswehr auf den „inneren Notstand" und den Einsatz der Bundeswehr „zur Bekämpfung bewaffneter Banden in einem Notstandsfall" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. März).

Sie zittern schon in ihren eigenen Kasernen

Hammelburg. Vor kurzem war bei uns in der Kampftruppenschule I in Hammelburg der Verteidigungsminister Leber zu Gast. Das war eine ausgezeichnete Möglichkeit, um über die Politik der SPD und ihres Verteidigungsministers zu diskutieren. Um 10 Uhr landete er mit einem Hubschrauber auf dem Kasernengelände. Alles ringsum war abgeschirmt. Die Straßen gesperrt. Man bekam ihn nicht einmal richtig zu Gesicht. Als er um 17.30 Uhr wieder wegfuhr, diesmal mit Auto, das gleiche Bild: alles war abgeschirmt. Den Grund dafür hatten wir vorher in einer „Belehrung" erfahren. Die Worte des Kasernenkommandanten: „In Hammelburg haben sich fast sämtliche kommunistischen Kräfte Deutschlands versammelt und wollen demonstrieren. ... Und schließlich kann es ja ohne weiteres sein, daß auch unter den Kameraden welche dabei sind, die z.B. Transparente mit Mißbilligungsäußerungen entrollen. ... Achten sie doch bitte darauf."

Diesmal geschah nichts dergleichen. Doch gezeigt hat dies Verhalten der Offiziere: Diese Herren, die für Ausbeutung und Unterdrückung, die für die Entrechtung der Soldaten stehen, haben selbst in ihren eigenen Kasernen schon Angst. – (Soldat der Kampftruppenschule I, Hammelburg)

Solidarität gegen „Diszi"-Hauptmann

Bremen. Wegen der Teilnahme in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 im vergangenen Februar wurden der Gefreite Behrens (Flugabwehrstaffel MFG 3, Nordholz) und der Kanonier Witzmann (3. Batterie Panzerartilleriebataillon 325) disziplinarisch bestraft.

Beide erhielten eine Geldstrafe von 100 DM und 3 Wochen verschärfte Ausgangssperre. Gegen Witzmann wurden inzwischen noch zwei Wochen verschärfte Ausgangssperre verhängt. Gegen diese Bestrafungen hat es breite Proteste gegeben. Der Batteriechef des Kanoniers Witzmann, Hauptmann Schanz, wurde in die Enge getrieben. Gegen die Bestrafung protestierten u.a. in Bremen stationierte holländische Soldaten, sowie zahlreiche Betriebs- und Personalräte, weiter eine Reihe von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Rechtsanwälten, Schülervertreter, Schüler und Lehrer. Das Soldaten- und Reservistenkomitee verteilte Flugblätter vor der Lützow-Kaserne in Schwanewede. An den Mauern dieser Kaserne steht in großen Buchstaben: Weg mit dem § 218! In der Kaserne hängen Wandzeitungen, die über den Kampf gegen den § 218 informieren sowie über die Disziplinarstrafen. Die Teilnehmer vom SRK mit Unterstützung der „Initiative gegen den § 218" durchgeführten Veranstaltung verabschiedeten ohne Gegenstimme eine Resolution an den Wehrbeauftragten Berkhan, in der sie gegen die Bestrafung der beiden Soldaten protestieren. In der Resolution wird auf die unterschiedliche Behandlung von Offizieren und Mannschaften hingewiesen. So hat ein hoher Offizer sich in Uniform an einem Unternehmerseminar, das in Bremen von dem Kapitalistenboß Schleyer durchgeführt wurde, beteiligt. Soldaten dagegen, die an einer Demonstration gegen den § 218 teilnehmen, werden dafür bestraft. Die Veranstaltung war geplant als Diskussionsveranstaltung mit dem Hauptmann Schanz, dem Presseoffizier der 32. Brigade sowie dem Brigadekommandeur. Die Offiziere waren nicht zu der Veranstaltung erschienen. Seine ganze Hilflosigkeit hatte Hauptmann Schanz bereits vorher bei einer Befragung über Telefon zu der Bestrafung gezeigt. Er heulte: „Was soll ich machen, Gesetze muß man achten." Der Hauptmann schikaniert die Soldaten und übt Druck auf sie aus, wo er kann. Als er kürzlich wegen solcher Kleinigkeiten wie zu langer Haare, mangelnder Spindordnung oder schlechtem Stubenreinigen den Nachtausgang sperrte, Zusatzdienste am Wochenende und sogar Disziplinarstrafen gegen einzelne aussprach, kam es zu Auflehnungen. Zwei Soldaten schlugen während des gesperrten Wochenendes eine Stubeneinrichtung kurz und klein. Ein anderer beging einen Selbstmordversuch. Er stürzte sich von einer 6 Meter hohen Treppe (Nach einer Korrespondenz eines Soldaten aus der 3./325)

27 Beschwerden gegen Wochenenddienste

Walldürn. Der gesamte Mörserzug der 5. Kompanie des Panzergrenadier Bataillons 362 beschwerte sich in einer Gemeinschaftsaktion dagegen, daß für die Wochenenddienste kein Dienstausgleich gewährt wird. Die Gesetze der Bundeswehr-Führung, die eine gemeinsame Beschwerde verbieten, um gemeinsame Aktionen von Soldaten zu verhindern, wurden einfach umgangen. Die Soldaten schrieben jeder für sich eine Beschwerde, aber mit dem gleichen Text, um ihre gleichen Interessen zum Ausdruck zu bringen.

Portugal:

Die Reaktion eröffnet den Wahlkampf mit politischen Morden

In der Nacht vom 2. zum 3. April wurde in Vila Real durch eine an das Auto montierte Bombe der katholische Priester Pater Maximino Barbosa Fousa ermordet. Der 32-jährige Pater war unabhängiger Kandidat der UDP (Demokratische Volksunion) zu den Parlamentswahlen. Nach Bekanntwerden seiner Kandidatur hatten die Kirchenoberhäupter, die ihrerseits für ihre Wahlpropaganda für reaktionäre und faschistische Parteien, besonders die CDS (Christdemokraten), bekannt sind, ihm Lehr- und Pfarramt entzogen. Pater Barbosa antwortete darauf, daß er im Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Ausbeutung immer an der Seite des Volkes stehen werde.

Die Kirchenfürsten des portugiesischen Nordens, in dem die Kirche eines der wichtigsten politischen Unterdrükkungsmittel darstellt, haben auf die Ermordung des fortschrittlichen Priesters hin lediglich bekanntgegeben, sie würden „die Methoden beklagen".

In Wirklichkeit sind sie natürlich die geistigen Väter des Attentats. Die Bevölkerung von Vila Real und Porto hat gleich nach dem Bekanntwerden des Mordes große Demonstrationen veranstaltet. Am Montag dieser Woche kam es zu einer Demonstration in Lissabon.

Das Attentat von Freitagnacht ist eines der ersten, bei dem Menschenleben zu beklagen sind. Nicht zufällig richtet es sich gegen einen Priester, der von Amts wegen zur Reaktion verpflichtet ist und den Mut hatte, sich auf die Seite des Volkes zu stellen. Der Zeitpunkt des Attentats fällt mit der offiziellen Eröffnung des Wahlkampfes in Portugal zusammen. Alle bürgerlichen Parteien haben ein großartiges Betrugsmanöver vor.

Den faschistischen Organisationen, die wie die MPLP und die ELP mehr und mehr offen arbeiten, obwohl sie nach wie vor noch verboten sind, fällt dabei die Aufgabe zu, durch Terror die Bewegung des Volkes einzuschüch-
Bewegung des Volkes einzuschüch-
tern.

Das neue Streikgesetz

Der Regierungspolitik von PS, PPD und PCP stellt sich hingegen die Aufgabe, die Bewegung des Volkes durch Gesetze einzuschnüren. Bekannt ist, daß einige Teile der Regierenden die offen faschistischen Organisationen wieder zulassen wollen. So trafen sich beispielsweise Mitte März Vertreter des Revolutionsrates mit Mitgliedern der MPLP zu einem Meinungsaustausch beim Mittagessen in Porto. Unter den jüngsten Gesetzesvorlagen der Regierung ist das neue Streikgesetz hervorzuheben, das vom Arbeitsministerium Mitte März vorgelegt wurde und das alte Streikgesetz der Regierung Goncalves ablösen soll.

Das erste Gesetz war schon reaktionär genug. War doch den Kapitalisten die Aussperrung erlaubt, den Arbeitern aber versagt, in Streik zu treten, wenn sie es für richtig hielten. Sie waren daran gebunden, zunächst einige Monate der Verhandlung und Schlichtung vergehen zu lassen, ehe sie überhaupt in Streik treten konnten. Schließlich war den Arbeitern generell der politische Streik untersagt.

Das neue Gesetz soll nun zwar die Aussperrung verbieten. Im übrigen wird aber ein Katalog von Betrieben aufgestellt, in denen Streiks unzulässig sind bzw. in denen die Regierung jederzeit das Recht hat, die Arbeiter unter die militärische Reglementierungsordnung zu nehmen. Das heißt, daß Truppen eingesetzt werden können in bestreikten Betrieben oder eine vom Militär erzwungene Dienstverpflichtung stattfinden kann.

Solche Betriebe sind z.B. die großen Werften, die erdölverarbeitenden Betriebe, die großen chemischen Werke, die staatliche Luftfahrtgesellschaft, die großen Krankenhäuser, kurz, eigentlich überall dort, wo die Industriearbeiterschaft ihre volle Stärke entfalten kann, dort grade soll der Arbeitskampf praktisch unmöglich sein.

Anwendung gegen das Krankenpflegepersonal

Kaum war diese Vorlage heraus, so wurde sie von der Regierung schon erprobt. Im Streik des Krankenpflegepersonals wurde im großen Krankenhaus Santa Maria in Lissabon Polizei und Militär eingesetzt, um den „Arbeitsfrieden" zu wahren: Die Regierung kam nicht durch. Das Krankenhauspersonal war in Streik getreten, weil die Regierung seine Forderungen nicht akzeptieren wollte. Was waren das für Forderungen? Während die Regierung die untersten Lohngruppen geringfügig aufbessern wollte und den obersten Lohngruppen der Fachkräfte aber eine gute Erhöhung zukommen lassen wollte, in der klaren Absicht zu spalten, hatten die Krankenhausgewerkschaften eine erhebliche Anhebung der unteren Lohngruppen gefordert und einen finanziellen Stillstand bei den obersten Lohngruppen. Die Regierung mußte sich darüber ärgern, daß die Fachkräfte der oberen Lohngruppen mit dieser Forderung der Gewerkschaften voll und ganz einverstanden waren. Sie wollte nun in Lissabon ein Exempel statuieren, setzte am größten Hospital Santa Maria die gewählte Arbeitervertretung ab und setzte eine neue Büttelarbeitervertretung ein. Außerdem verhängte sie das militärische Ausnahmerecht über das Hospital.

Schlimm war dann für die Regierung, daß selbst die neu eingesetzten als Büttel gedachten Personalräte sich schließlich weigerten, gegen die streikenden Kollegen vorzugehen, und sich mit ihnen solidarisierten. Sie träten nur deshalb, so ließen sie verlauten, von ihrem neuen Amt nicht zurück, weil militärisches Disziplinarrecht ihnen das verbietet. Die Polizei, die das Krankenhaus umstellt hatte, mußte abgezogen werden.

Die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung hatten ihr Ziel verfehlt. Die Krankenhausbeschäftigten mußten Ende März nur deshalb in ihrem Streik und ihren Aktionen zurückstekken, weil es noch nicht vollkommen gelungen war, die Bedeutung des Kampfes im ganzen Volk klar werden zu lassen.

Die Rolle der Revisionisten

Deutlich geworden aber ist an dem
Deutlich geworden aber ist an dem
Streik, daß die Volksmassen über die neue Streikgesetzgebung genauso hinweg können, wie sie über die alte hinweggegangen sind. Nachhaltige Erfolge können aber nur erzielt werden, wenn die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse und im Volk überwunden wird, die durch die Revisionisten gesät wird. Hier liegt das Hauptproblem. Aber hier werden gerade jetzt lehrreiche Erfahrungen gesammelt. So hatten den März hindurch unter den Bauarbeitern im ganzen Land Versammlungen stattgefunden, auf denen überall beschlossen worden war, am 22. März in den Streik zu treten, wenn die Kapitalisten den im vorigen Jahr vom Ministerpräsidenten Azevedo unterzeichneten Forderungen nicht gerecht würden. Der Streik war schon ausgerufen, alle Vorbereitungen waren getroffen, da bläst die revisionistische PCP-Gewerkschaftsführung drei Tage vorher alles ab, nachdem sie mit dem Ministerpräsidenten verhandelt hatte. Für die Revisionisten ist das ihre Wahltaktik. Die Massen aufrufen, sie aber nicht zum Zug kommen lassen.

Für die Bauarbeiter war dies ein Schlag vor den Kopf, denn erstens hatten die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer nichts eingebracht, und zweitens bedeutete das Abblasen des Streiks einen vollkommenen Bruch mit der gewerkschaftlichen Demokratie. Denn war zuvor der Streik demokratisch beschlossen worden, so wurde er nun abgesetzt, ohne die, die es anging, überhaupt wieder zusammenzurufen. Freunde aus Lissabon berichten, daß es daraufhin zwar nicht zum landesweiten Streik kam, wie vorgehabt, daß aber in Beja, Setubal und in Faro zwei Tage lang gestreikt wurde und das Ansehen der Revisionisten heute in der Baugewerkschaft einem Tiefpunkt entgegensieht. Daß die Unruhe im Volk umgeht, daß die Arbeiter auf die Angriffe der Kapitalisten so wie die Bergarbeiter im Süden Portugals mit Streik antworten, daß unter den Bäckern heute von Streik gesprochen wird, weil die Kapitalisten die Abmachungen nicht einhalten.

Die bürgerliche Reaktion hat in Portugal verschiedene Gesichter. Während die faschistischen Organisationen ihren Terror entfalten, schnürt die bürgerliche Regierung die Rechte des Volkes ein und spalten die Revisionisten die Kampfreihen. Das letztlich gemeinsame Vorgehen dieser drei Varianten bürgerlicher Politik wird gerade heute durch Arbeitskämpfe empfindlich gestört. – (kkw)

Großbritannien:

Neue Regierung will Lohnerhöhungen auf 3 Prozent begrenzen

In Großbritannien werden „drastische Maßnahmen" gefordert zur Sanierung der Wirtschaft. Eine Gruppe von 40 Wissenschaftlern, Regierungsmitgliedern und Kapitalisten kündigt ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen auf zwei Millionen von derzeit 1,43 Millionen an, wenn nicht sofort „drastische Maßnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft ergriffen werden". (Süddeutsche Zeitung) Das ist das Vorspiel für die Verhandlungen zwischen der neuen Regierung unter Callaghan und den Gewerkschaften über die Erneuerung des Abkommens zur Begrenzung der Lohnerhöhungen. Bis Juni gilt, daß innerhalb eines Jahres der Wochenlohn höchstens um 6 Pfund erhöht werden darf. Das macht nach heutigem Kurs rund 30 DM aus, für den Monat 120 DM. Bei einer gleichzeitigen Inflationsrate von 25 Prozent in Großbritannien hat diese Begrenzung der Lohnerhöhungen zu einem Absinken der Einkommen der Arbeiter und zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt.

Die erste Tat der Regierung Callaghan war nun am heutigen Dienstag, für die Zeit nach Auslaufen der derzeitigen Abkommen im Juni ein neues Limit von 3 Prozent anzukündigen. Ab Juni sollen die Löhne für das laufende Jahr nur noch **höchstens um 3 Prozent** erhöht werden! Die Regierung will den Arbeitern das schmackhaft machen durch eine Steuerreform. Wie berichtet wird, beruft sich der Finanzminister dabei auf das westdeutsche Vorbild.

Der neue Premierminister Callaghan hat sich bereits als Minister mehrerer Regierungen durch eine ganze Reihe von volksfeindlichen Maßnahmen ausgezeichnet. Die „Bild"-Zeitung sagt, Callaghan sei ein Mann des „straffen Zügels". Tatsächlich ist er ein Unterdrücker und Volkszertreter, ein Premier der Reaktion. Bekannt geworden ist er durch die Entsendung von Truppen nach Nordirland, die Callaghan als Innenminister 1969 durchführte. Die Truppen stehen heute nach wie vor in Nordirland zur Unterdrückung des nordirischen Volkes.

Die 3-Prozent-Begrenzung der Lohnerhöhungen wird die Arbeiterklasse in England nicht hinnehmen. Schon die 6-Pfund-Begrenzung wird derzeit immer weniger hingenommen, wie zahlreiche Aktionen, besonders der Streik in den Zulieferbetrieben für British Leyland, zeigen. Der gesamte Konzern ist derzeit lahmgelegt, weil die Belegschaft einer Vergaserfabrik, die allein die Vergaser für alle Modelle des Konzerns liefert, streikt. Die 6-Pfund-Begrenzung hatte für diese 32 Arbeiter verhindert, daß sie den gleichen Lohn erhalten wie Kollegen in anderen Vergaserfabriken. Mit ihrem Streik wollen sie die gleiche Bezahlung durchsetzen. Andere Aktionen richten sich gegen die Massenarbeitslosigkeit.

Aus allen Teilen des Landes haben Tausende von Arbeitslosen einen Marsch auf London durchgeführt, der von Manchster am 28. Februar ausging und in London am 20. März endete. Sie forderten: „Recht auf Arbeit". In Schottlang haben Ende März 50 000 Fabrik-, Werft- und Bergarbeiter gestreikt. Sie protestierten gegen Entlassungen und die Kürzung von staatlicher Unterstützung. Zugleich sind 20 000 Transportarbeiter und 10 000 Arbeiter und Angestellte in der Ölindustrie in Westschottland in den Streik getreten. Eine Konferenz gegen Arbeitslosigkeit haben 3 000 Delegierte der Gewerkschaften am 27. März durchgeführt. Sie beschlossen, für die kommenden Monate Demonstrationen und Aktionen und umfassende Streiks, um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu verstärken. – (Süddeutsche Zeitung und Hsinhua)



Norwegen: Die Arbeiter nach ihrem Erfolg

Norwegen:

Erfolgreicher Streik gegen Entlassung eines jugoslawischen Arbeiters

Fast sechs Wochen lang hat die Belegschaft des norwegischen Metallbetriebs Jötul in Oslo gestreikt, weil ein jugoslawischer Kollege ihrer Meinung nach zu Unrecht entlassen worden war. Der Streik endete mit einem großartigen Sieg: Der Kollege wurde wieder eingestellt (an seinem alten Platz und mit vollem Lohnausgleich), der Betriebsleiter wurde versetzt, der eine Betriebsratsvorsitzende ist zurückgetreten und der andere hat sein Verhalten selbst kritisiert.

Hier der Ablauf der Ereignisse:

Im November 1975 erhält der jugoslawische Arbeiter seine Kündigung. Mitte Februar entscheidet das Arbeitsgericht, daß der Kollege wieder eingestellt wird, aber an einem anderen Platz und ohne Nachzahlung seines Lohns für die Zeit der Entlassung. Die Arbeiter von Jötul lehnten dieses Urteil ab. Als gleichzeitig auch noch bekannt wird, daß im Betrieb Unterschriften gegen die Wiedereinstellung des Kollegen gesammelt werden, entschließt sich ein großer Teil der Belegschaft spontan zur Niederlegung der Arbeit. Sie fordern die Weiterbeschäftigung des Kollegen an seinem alten Platz mit vollem Lohnausgleich und Aufklärung über die Hintermänner der Unterschriftensammlung. Als sich im Laufe der nächsten Tage der Verdacht erhärtet, daß niemand anders als der Betriebsleiter selbst und die beiden Vorsitzenden des Betriebsrats hinter der Unterschriftenliste stecken, spitzen die Arbeiter ihre Forderungen auf die sofortige Entlassung dieser drei Herren zu.

Die Metallarbeitergewerkschaft erklärt die Arbeitsniederlegung anfangs für ungesetzlich und verweigert ihre Unterstützung. Aber die Jötul-Arbeiter bleiben nicht lange allein. Andere Betriebe, Betriebsgruppen, Abteilungen, spontan gegründete Unterstützungskomitees und Einzelpersonen senden Solidaritätserklärungen und soviel Geld, daß die ausgezahlten Beträge von Woche zu Woche erhöht werden können.

Nach einem Monat tritt die Gewerkschaft in Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband. Die Verhandlung scheitert, der Streik geht weiter, jetzt mit gewerkschaftlicher Unterstützung. Als der Arbeitgeberverband damit droht, den ganzen Betrieb von Jötul stillzulegen, beschließt die Gewerkschaft einen einstündigen politischen Warnstreik für Montag, den 22. März.

Dazu kommt es nicht mehr. Denn zwei Tage vorher erfüllt der Betrieb die wichtigsten Forderungen der Arbeiter. Auf einer Versammlung am Sonntag beschließt die Belegschaft von Jötul einstimmig, die Arbeit wieder aufzunehmen, weil ihr Ziel erreicht ist. Es wird jedoch auch beschlossen, das Streikkomitee, geführt von drei Genossen der AKP (Revolutionäre Arbeiterpartei Norwegens), bestehen zu lassen, ebenso die Unterstützungskomitees. „Dies war nicht unser letzter Kampf", sagt einer der Arbeiter, „wir müssen gut vorbereitet sein für weitere Aktionen überall im Land". – (a., Kiel)

Aktionen gegen Arbeitslosigkeit in den USA

Nach offiziellen Angaben beträgt die Zahl der Arbeitslosen in den USA derzeit 7,5 Millionen. Tatsächlich aber ist die Zahl der Arbeitslosen doppelt so hoch. Das erklärt sich daraus, daß die Zahl der Arbeiter zunimmt, die es aufgeben, sich alle vier Wochen bei den staatlichen Stellen als arbeitslos registrieren zu lassen, weil sie bereits seit Jahren arbeitslos sind und keine Arbeit finden. Weiter müssen viele Arbeiter in Halbtagsbeschäftigung einwilligen, womit sie ihre Existenz nicht sichern können. Diese Arbeiter sind ebenfalls nicht in den offiziellen Statistiken enthalten. Von diesem riesigen Arbeitslosenheer bekommen nur knapp 5 Millionen Arbeiter eine Unterstützung aus Arbeitslosenkassen. Alle anderen bekommen nichts. Die Folge ist, daß sich Unterernährung unter den Arbeiterfamilien ausbreitet. Die Zahl derjenigen, die ihre Wohnungen verlassen müssen und in andere Städte ziehen, wird immer größer. Erste größere Gegenwehr wird seit Ende letzten Jahres organisiert. In den meisten Städten haben Demonstrationen und andere Protestaktionen stattgefunden. Arbeitslosenkomitees haben sich gebildet. Auf einer nationalen Konferenz haben 1 300 Delegierte von über 70 Komitees und Arbeiterorganisationen den Kampf zu koordinieren versucht. Nationale Aktionen sind geplant und wurden teilweise bereits in den vergangenen Monaten durchgeführt. Gegen die Versuche der US-Monopolkapitalisten, die Existenz dieser riesigen Reservearmee auszunutzen, um den Lohn der noch beschäftigten Arbeiter zu senken und die Arbeit zu intensivieren, gibt es derzeit eine breite Streikwelle in den USA, u.a. streikten die Bergarbeiter. Die Transportarbeiter haben ihren nationalen Streik am vergangenen Wochenende nach viertägiger Dauer abgebrochen. (Nach Hsinhua, 30. März)

Neue Streikwelle in Japan

Über zwei Millionen Arbeiter und Angestellte öffentlicher und privater Betriebe haben sich Ende März an einem nationalen Streik beteiligt. Die Massenstreikaktion richtet sich gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter und Angestellten fordern Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Kinderarbeit in der Sowjetunion

Nach Unterlagen der Usbekischen Sowjetunion sind 1974 wegen Handels auf den Märkten etwa 3 000 Kinder und Jugendliche festgenommen worden, davon 900 in Taschkent. Auf Vorhaltungen, daß durch die Händlertätigkeit die Heranwachsenden schlecht beeinflußt würden, erklärte der Bildungsminister der Usbekischen Sowjetrepublik, Schermuchamedow, daß die Kinder deshalb, weil sie auf den Märkten handeln, nicht schlechter lernen. Die Statistik bestätige das nicht, auch nicht, wenn die Kinder den halben Tag hinter dem Verkaufsstand verbringen. (Komsomolskaja Prawda vom 7. Juni 1975, nach: Osteuropa)

Griff der Imperialisten nach Ost-Timor

Erfolge der FRETILIN im Kampf gegen die indonesischen Aggressoren

Jose Horta, der Außenminister der Demokratischen Republik Timor-Ost, befindet sich zur Zeit in New York, wo er den UNO-Sicherheitsrat gegen die Invasion Indonesiens vorzugehen aufgefordert hat. In seiner Erklärung berichtet er, daß die Volksstreitkräfte unter Führung der FRETILIN die Invasoren pausenlos angreifen und ihnen schwere Schläge versetzen. Am 20. März schossen sie zum Beispiel in Losbalos einen Hubschrauber ab, zerstörten zwei Militärlastwagen und töteten viele indonesische Angreifer. In Baucau wurden zwanzig feindliche Soldaten getötet, eine Anzahl Waffen, Munition und ein Getriedelager erbeutet. Während des Monats März wurden darüberhinaus 80 weitere Invasionskräfte getötet. (Nach: Hsinhua)

Die Selbstbestimmung von Timor-Ost gefährdet die Ausbeutungsinteressen der Imperialisten und ihrer Knechte

„Es ist notwendig, uns selber und der Welt zu versichern, daß wir keinerlei territoriale Interessen haben" an Ost-Timor. „Unsere gemeinsame Grenze öffnet jedoch dem Volk von Portugiesisch-Timor direkt die Tür zur Eingliederung in die Republik Indonesien." (Suharto am 16. August 1975. Zitiert nach: Bulletin der ZK-Delegation der Kommunistischen Partei Indonesiens, Peking, Dezember 1975)

Mit derartigen Reden verhöhnt der indonesische Präsident Suharto die Völker der Welt, während er gleichzeitig einen Vernichtungskrieg gegen die Demokratische Republik Timor-Ost führt. Unter Führung der Frente Revolucionaria de Timor Leste Independente (FRETILIN) hat das Volk von Ost-Timor die Demokratische Republik Timor-Ost gegründet und jeder kolonialen oder neokolonialen Ausbeutung den Krieg angesagt. Es hat damit den Haß des Imperialis- angesagt. Es hat damit den Haß des Imperialismus und seiner Handlanger auf sich gezogen.

„Die Insel Timor liegt zwischen Indonesien und Australien im östlichen Teil des Indischen Ozeans, einem der wichtigen Brennpunkte der Rivalität der zwei Supermächte, der USA und der Sowjetunion." (Bulletin der Kommunistischen Partei Indonesiens)

Zwar beteuern die Imperialisten, um ihre Aggression zu vertuschen, immer wieder, auf der Insel sei wirtschaftlich ohnehin nichts zu holen. Tatsächlich jedoch ist die ganze indonesische Inselwelt und auch Timor reich an Rohstoffen und besonders an Erdöl. „Jede Quadratmeile des Untersuchungsgebiets auf und um Indonesiens Hauptinseln Sumatra, Java, Borneo, Celebes und West-Irian herum ist inzwischen mit Beschlag belegt, vor allem durch amerikanische Ölgesellschaften. (...) Auf das Gebiet entfallen mehr als 50 Prozent der gesamten Rohölproduktion des Fernen Ostens." „Unmittelbar um Ost-Timor bohren britisch-amerikanisch-japanische Konsortien sowie die Britische Gesellschaft Woodside Burmah Oil; auf der Insel schürft der größte australische Konzern, BHP, nach verschiedenen Mineralien." (AIB, 1/76)

Für den Seeverkehr zwischen Japan und den arabischen erdölproduzierenden Ländern und für die US-Marine ist außerdem die Lombok-Straße die einzige Alternative zur Straße von Malakka zwischen Malaysia und Indonesien und deshalb von großer strategischer Bedeutung.

Wie der Iran gegenüber dem Befreiungskampf des Volkes von Oman soll das indonesische Suharto-Regime die gemeinsamen Interessen mit dem US-Imperialismus durch die Unterdrückung des Volkes von Ost-Timor verteidigen. „Unter dem faschistischen Suharto-Regime wurde Indonesien die zuverlässigste antikommunistische Bastion des US-Imperialismus in der westpazifischen Region für die Unterdrückung von Volksbewegungen für Freiheit und nationale Unabhängigkeit." „Im Rahmen ihres weltweiten Hegemoniestrebens haben die US-Imperialisten und sowjetischen Sozialimperialisten stillschweigend ihre Zustimmung gegeben zur Annexion von Ost-Timor durch das faschistische Suharto-Regime. In Indonesien selber ist das faschistische Suharto-Regime auf der Demokratie herumgetrampelt, hat das Volk unterdrückt und eine halbe Million Revolutionäre, Patrioten und demokratisch gesinnte Menschen umgebracht und hält immer noch 100 000 politische Gefangene unbefristet eingekerkert und liefert das Land den US-Imperialisten als Neokolonie aus." (Bulletin der Kommunistischen Partei Indonesiens)

Das Volk ist erwacht und verteidigt seine Interessen!

Ost-Timor befand sich seit 1511 unter portugiesischer Kolonialherrschaft. Durch sie wurden die 650 000 Bewohner in Rückständigkeit und Elend gehalten. „Wir sind ein Bauernland. Trotzdem hungert unser Volk." (Aus einer Erklärung der FRETILIN) 40 Prozent der Kinder starben vor ihrem fünften Lebensjahr. Tuberkulose und Malaria waren weit verbreitete Seuchen. Das Analphabetentum betrug 90 Prozent. Bis 1969 hatte so gut wie kein eingeborener Timorese die Möglichkeit, zur Schule zu gehen. Noch zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit standen nur drei Ingenieure, zwei Ärzte, ein Zahnarzt und drei Landwirtschaftsexperten an Fachkräften zur Verfügung. Die Infrastruktur bestand aus 20 Kilometern Asphaltstraße, einem Flugplatz und einem Hafen. 10 000 sich großteils an der reaktionären Kuomintang-Partei Taiwans orientierende Chinesen dominierten den Handel. Die Kaffeeplantagen, die den Hauptexportartikel lieferten, waren in portugiesischem Besitz. (Daten aus: The Struggle for East Timor, London, Januar 1976)

Vor dem antifaschistischen Militärputsch in Portugal am 25. April 1974 gab es keine selbständige politische Organisation des Volkes, sondern nur die Accao Nacional Popular des faschistischen Caetano-Regimes. Eine Gruppe von Angestellten der Kolonialverwaltung und Studenten diskutierten in informellen Zirkeln über die Zukunft ihres Landes. Diese gründete unmittelbar nach dem antifaschistischen Putsch in Portugal die Associacao Social Democratica de Timor (ASDT). Sie organisiert den ersten Arbeiterstreik auf der Insel, der eine hundertprozentige Lohnerhöhung erzwang. Eine Gruppe reaktionärer Kräfte, lokaler Geschäftsleute, Beamte der Kolonialverwaltung, Plantagenbesitzer, die um ihre Privilegien fürchteten und zuvor zum Teil führende Kräfte in der faschistischen Partei Accao Nacional Popular waren, spalteten sich daraufhin von der ASDT ab und gründeten die Uniao Democratica Timorese (UDT), um durch sie ihre Interessen zu sichern. Sie sprach sich zunächst für den Verbleib in einer portugiesischen Föderation aus.

Als dritte Partei tauchte die Associacao Popular Democratica Timorense (APODETI) auf. Ohne jegliche Massenbasis, vollständig von Indonesien finanziert, repräsentierte auch sie die Interessen der Grundbesitzer, lokaler Despoten, Plantagenverwalter, größerer Gutsbesitzer und anderer reaktionärer Elemente. Sie sprach sich für den Anschluß an Indonesien aus.

Als sozialdemokratische Partei eignete sich die ASDT nicht, den weiteren Kampf des Volkes von Timor-Ost für die nationale Unabhängigkeit zu führen. Sie wurde deshalb aufgelöst und im September 1974 die Frente Revolucionaria de Timor Leste Independente (FRETILIN) gegründet, eine auf die konsequente Verteidigung der nationalen und sozialen Interessen des Volkes gegründete Befreiungsfront. Innerhalb der ersten fünf Monate gewann sie bereits 80 000 Mitglieder. Das war das Resultat sofort organisierter Kampagnen zur Alphabetisierung, für die Gründung von Dorf-Kooperativen, zur Landverteilung und für nationale Kulturprogramme.

Über die Gründe des raschen Erfolgs der FRETILIN berichtete Jose Horta, Außenminister der Demokratischen Republik Ost-Timor, in einem Interview in New York:

„Wir glauben, daß eine nationale Bewegung ihren Kampf auf eine gründliche Analyse der konkreten bestehenden Bedingungen gründen muß – einer Analyse der Wirtschaft, der Kultur und der gesellschaftlichen Verhältnisse des Volkes." Die Begriffe von industrieller Arbeiterklasse, Bourgeoisie und Proletariat entsprächen nicht den wirklichen Verhältnissen im Land. „Während der Kolonialzeit gab es einen verbreiteten Namen in Ost-Timor, ‚Maubere'. Ein ‚Maubere' ist, wer weder lesen noch schreiben kann, keine medizinische Unterstützung kennt, sehr wenig verdient. Das sind über 95 Prozent der Bevölkerung in Ost-Timor. Das ist die Idendität unserer Nation." „Daraus haben wir eine Philosophie entwickelt, die unseren Kampf leiten soll – den ‚Mauberismus', und ein umfassendes Programm auf dem Land. In wenigen Monaten gab es im ganzen Land ein Mauberismus-Fieber. Jeder sprach davon, weil jeder begriff, was das heißt. Jeder wußte, daß die FRETILIN dafür kämpft, die soziale Lage der Menschen zu verbessern. Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung – das ist die Bedeutung von Mauberismus." (Guardian, 24. März 1976)



Befreiungskämpfer der FRETILIN siegreich im Kampf gegen die indonesischen Aggressoren

„Die Massen auf dem Land wurden für dieses Programm mobilisiert, die Kader und Studenten gingen auf das Land, Schulen wurden errichten, um Lesen und Schreiben zu lernen, was jahrhundertelang verboten war. Wir lehrten vorbeugende medizinische Maßnahmen, brachten die ersten Ärzte in die Region. Wir errichteten Produktionskooperativen, die den Leuten halfen, ihre Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen. Wir bildeten sie für die Verteidigung aus. Dabei konnten wir natürlich nicht viel Neues lehren, denn auf dem Land leisteten die Menschen dem Kolonialismus 400 Jahre lang Widerstand. Im Guerilla-Krieg waren sie bereits Meister. Wir erklärten ihnen einfach die politischen Gründe für den Krieg."

Das Volk führt den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung

Um den Imperialisten jede Möglichkeit zur Spaltung und Entfachung eines Bürgerkriegs zu nehmen, erzwang die FRETILIN im Januar 1975 eine Allianz mit der UDT. Als jedoch bei den Wahlen zu den Dorfchefs, die Portugal im Juni 1975 organisierte, 90 Prozent für die FRETILIN stimmten, war der Zeitpunkt für den Versuch der militärischen Vernichtung der FRETILIN für die Imperialisten gekommen. Am 10. August 1975 führte die UDT einen Putsch durch und begann die Jagd zur Gefangennahme und Ermordung von FRETILIN-Mitgliedern. Als sich erwiesen hatte, daß die portugiesische Verwaltung anstatt einzugreifen und einen friedlichen Weg zur Unabhängigkeit zu ermöglichen, den Putsch unterstützte und die Kolonialtruppen gegen die FRETILIN einsetzte, rief diese zum bewaffneten Widerstand auf. Innerhalb von zwei Wochen waren die Kolonialtruppen übergelaufen oder gefangengenommen und die UDT-Führung nach Indonesien geflohen.

Als auch diese Pläne gescheitert waren, war der Zeitpunkt für die direkte indonesische Invasion gekommen. Die ersten Soldaten, etwa 90, die im September eindrangen, wurden fast alle gefangengenommen oder getötet. Als angesichts der bevorstehenden Invasion am 28. November 1975 die FRETILIN die Unabhängigkeit und Gründung der Demokratischen Republik Timor erklärte, marschierte Indonesien mit 15 000 Soldaten ein, bombardierte mit Kampffliegern die Dörfer und verhängte eine vollständige Seeblokkade. Zeitlich fiel der Einmarsch zusammen mit der Abreise des US-Präsidenten Ford und Kissingers aus Djakarta. Vorbereitet war er von langer Hand, Straßen waren an die Grenze gebaut worden, um rasche Truppenbewegungen zu ermöglichen. In täglichen Radiosendungen wurde zu Massakern gegen die FRETILIN aufgerufen.

Nach Angaben der FRETILIN befinden sich inzwischen über 30 000 Invasionstruppen in Ost-Timor, 20 Kriegsschiffe führen die Blockade durch, zahlreiche von den USA gelieferte Hubschrauber und Kampfbomber belegen die Dörfer in den befreiten Gebieten mit Bomben und Napalm. Zwischen 30 000 und 60 000 Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, wurden von den Invasoren bereits umgebracht. Trotz alledem hat sich die Hoffnung der Imperialisten und ihres Handlangerregimes auf einen kurzen Spaziergang nicht erfüllt. Sie kontrollieren nach Angaben der FRETILIN nur Teile der Hauptstadt Dili; Bausau. der wichtigste Hafen und einzige Flugplatz, ist umkämpft; und Aileu, ein kleines Dorf 20 Kilometer südlich Dili. Insgesamt befinden sich 5 Prozent der Gesamtbevölkerung von 650 000 Menschen unter ihrer Kontrolle.

Die indonesischen Verluste betragen bisher 16 000 Soldaten. Unter den indonesischen Invasionstruppen zeigen sich bereits Verfallserscheinungen. Suharto mußte gegen Generäle vorgehen, weil sie den Abbruch der Invasion forderten. In West-Irian (Borneo) hat eine Befreiungsbewegung durch den Kampf des Volkes von Ost-Timor neuen Aufschwung erhalten, so daß Suharto auch dort 15 000 Fallschirmjäger zum Einsatz bringen mußte.

Gleichzeitig mit dem Krieg gegen die indonesischen Invasoren geht in den befreiten Gebieten der Aufbau des Landes weiter. Die Mobilisierung der Fähigkeiten der Massen ermöglicht es trotz der Blockade die Lebensmittelversorgung im Land sicherzustellen. Auch bei der Bewaffnung ist die FRETILIN auf sich gestellt. Die Volksbefreiungsarmee und Milizen bewaffnen sich aus den von den Portugiesen zurückgelassenen Waffen und dem, was sie den indonesischen Invasoren abnehmen. Die UNO hat den Abzug der indonesischen Truppen gefordert. Zahlreiche Staaten, darunter die Volksrepublik China, die Demokratische Republik Kambodscha, die Demokratische Republik Vietnam, Guinea Bissau, Mozambique und Angola haben die Demokratische Republik Timor anerkannt.

Indonesien muß seine verbrecherische Aggression einstellen, die Invasionstruppen sofort zurückziehen und die Souveränität der Demokratischen Republik Timor respektieren. – (h.l.)

Westsahara: Marokko bombardiert Flüchtlingslager der FPOLISARIO

Die Front POLISARIO evakuiert 25 000 Menschen aus dem Rio de Oro Gebiet in West-Sahara, um sie vor massiven Bombardierungen mit Napalm durch die marokkanische Luftwaffe zu schützen, berichtet der „Guardian" am 7. April. Da sie die Volksbefreiungsarmee nicht besiegen können, konzentriert sich die marokkanische Armee auf die gegen Luftangriffe wehrlosen Lager der Flüchtlinge aus den besetzten Städten, um die Kämpfer ihrer Massenbasis zu berauben.

Argentinien:

Militärjunta – Statthalter der Großbourgeoisie und des Imperialismus

Unmittelbar nach dem Putsch hat die argentinische Militärjunta jetzt ein neues Regierungsprogramm, dessen Kern ein Wirtschaftsprogramm ist, vorgelegt. Ablesen kann man an diesem Programm, daß der Zweck des Putsches darin bestand, die verschlissene peronistische Regierung abzulösen, um Argentinien noch weiter für die Ausbeutung und Ausplünderung durch das internationale Finanzkapital zu öffnen.

Welche Kräfte hinter der Militärjunta stehen, wird deutlich, betrachtet man den illustren Beraterstab, welcher das neue Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet hat.

An der Spitze stand der Wirtschaftsminister Martinez de Hoz, einer der reichsten Großgrundbesitzer, der durch eigene Unternehmen mit dem US-Konzern US-Steel und der ITT verbunden ist, „während durch seine Mitarbeiter andere ausländische Kapitalgruppen direkten Einfluß auf die Regierung gewonnen haben, darunter die General Electric". (Süddeutsche Zeitung, 3. April) Zu den Beratern gehören weiterhin der Staatssekretär Alleman, Mitglied einer Bankiersfamilie, und der Staatssekretär Klein, Absolvent der Harvard Business School, dem Ausbildungsmekka der US-Kapitalisten. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. April)

Kernpunkte des neuen Wirtschaftsprogramms sind: Förderung der Kapitalanlagen der Imperialisten in Argentinien durch vielfältige Erleichterungen; Aufhebung des Staatsmonopols für den Handel mit Fleisch und Getreide, den wichtigsten Exportgütern Argentiniens, und Freigabe dieses Handels für die Kapitalisten; die Nationalisierung der Bankdepots wird rückgängig gemacht.

Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen bedeutet dieser verstärkte Einfluß des Imperialismus in Argentinien verschärfte Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung.

Alle revolutionären Organisationen wurden verboten, Lohnverhandlungen sind künftig untersagt, und der Staat dekretiert Lohnerhöhungen. Preiserhöhungen und neue Steuern sind geplant, die öffentlichen Ausgaben werden gekürzt, und Massenentlassungen im Staatsapparat stehen vor der Tür.

Deutlich wurde auch die Rolle der BRD-Imperialisten bei diesem Putsch und wer hier wen an der Leine geführt hat. „Deutsche Hoffnungen in die Militärjunta", so lautet die Überschrift in der „Süddeutschen Zeitung", und in dem Artikel heißt es: „Für die Vertretung der Bundesrepublik in Argentinien hat der Militärputsch vom 23. März die Hoffnung gebracht, einen ganzen Katalog bilateraler Probleme nun lösen zu können."

Um welche „Probleme" es sich hierbei handelt, wird auch gleich aufgeführt: Siemens hatte „bei der Lieferung von Telefonausrüstungen für das staatliche Fernmeldewesen durch überhöhte Rechnungen unerlaubt Gewinne der argentinischen Filiale nach Deutschland überwiesen". (Süddeutsche Zeitung, 5. April) Daraufhin hatte die Regierung Verträge mit Siemens aufgekündigt und erklärt, sie beabsichtige die Verstaatlichung der Fernmeldeabteilung der argentinischen Siemens-Filiale.

Zu den „Problemen" gehört weiterhin die entschädigungslose Verstaatlichung der „Banco Aleman Transatlantico" an der die Dresdner Bank einen Minderheitenanteil hatte.

Jetzt hat die Bundesregierung im Auftrage der westdeutschen Kapitalisten folgende Forderungen an die argentinische Militärjunta gestellt: daß die Fernmeldeabteilung der Siemens-Filiale nicht verstaatlicht wird, die Rücknahme der Beschuldigungen gegen Siemens, die Zahlung einer Entschädigung an Siemens wegen der aufgekündigten Verträge, die Zahlung einer Entschädigung an die Dresdner Bank, und „schließlich soll Siemens als Zeichen guten Willens auf argentinischer Seite wieder mit Großaufträgen bedacht werden". (Süddeutsche Zeitung, 5. April)

Das sind zugleich die Bedingungen, die das westdeutsche Finanzkapital stellt für weitere Krediten an Argentinien.

Daß die westdeutschen Imperialisten so unverschämt auftreten können und, soweit bekannt, die argentinische Militärjunta diese Forderungen auch erfüllen will, macht unübersehbar deutlich, wo die Triebkräfte dieses Putsches zu suchen sind. Bedeutet der Militärputsch so für die Supermacht USA und den BRD-Imperialismus eine Verstärkung ihres Einflusses in Argentinien, so steht die andere Supermacht bezüglich Argentiniens noch mit leeren Händen da.

Das soll anders werden, wie man einer Presseerklärung der revisionistischen KP Argentiniens zum Militärputsch entnehmen kann. Wissen muß man dazu, daß die KP von der Militärjunta nicht verboten wurde und ihr auch die Herausgabe ihrer Tageszeitung weiter erlaubt wurde, während Buchhandlungen aufgefordert wurden, marxistische Literatur zu verbrennen. (Süddeutsche Zeitung, 3. April) Die Stellungnahme der KP faßt sich in dem Satz zusammen, daß der *„Umsturz vom 24. März nicht das geeignetste Mittel dafür war, die herangereifte tiefgehende Krise"* zu lösen. Nicht das „geeignetste", aber wohl das geeignete. Dies der Tenor der Presseerklärung, die in der UZ, der Zeitung der DKP, vom 1. April abgedruckt ist.

Und worin bestand die „tiefgreifende Krise", gegenüber welcher die revisionistische KP Argentiniens den Militärputsch als geeignetes Mittel sieht? In nichts anderem als dem Zerfall der peronistischen Bewegung und daß die Klassenkämpfe in Argentinien, der Kampf gegen den Imperialismus für die nationale Befreiung an Schärfe gewonnen hat. So stellt „International Herald Tribune" in der Ausgabe vom 5. April fest, daß die von der peronistischen Bewegung abgespaltenen revolutionären Organisationen wachsenden Einfluß in der Arbeiterschaft gewonnen hätten.

Das ist die tiefgreifende Krise, welche die revisionistische KP durch die Militärjunta zu beenden hofft, und wo sie hinwill, hat sie auch gleich noch mit erklärt: *„Immer größere Maßstäbe nimmt das Verständnis für die Notwendigkeit der Vergrößerung des Umfangs des Binnenmarktes und der weiteren Entwicklung des Außenhandels in allen Richtungen an."*

„In allen Richtungen". Gemeint ist damit, daß alle imperialistischen Länder von der Ausbeutung und Ausplünderung der argentinischen Volksmassen profitieren. Nur die Sowjetunion nicht, und die will sie jetzt ins Land holen. – (e.r.)

Sowjetunion über Kuba: „Selbstlose Hilfe in Angola"

Die sowjetische Wochenzeitung „Sa Rubeschom" hat in einem Artikel Kubas „selbstlose Unterstützung" für Angola gewürdigt. (Nach Süddeutsche Zeitung, 3. April) Ein wahres Wort. Der Einsatz von Tausenden kubanischer Soldaten als Söldner des Sozialimperialismus in Angola hat weder den selbständigen Interessen des Volkes von Kuba noch dem Angolas gedient. Durch diesen Einsatz hat der Sozialimperialismus im Kampf der Supermächte um Angola Vorteile errungen. Kuba hat nur Nachteile, es ist als Mittel zum Zweck benutzt worden.

Aufgrund der Abhängigkeit des Landes von der Supermacht Sowjetunion hat diese ihre Einmischung in Angola durch Tausende von kubanischen Soldaten durchführen lassen. Die Folge ist, daß sich das kubanische Volk, das sich selber im bewaffneten Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus die Freiheit und Unabhängigkeit erkämpft hat, als Werkzeug der Einmischung an der Fesselung der Unabhängigkeit eines anderen Volkes beteiligt. Seine Armee, die zur Verteidigung der nationalen Souveränität des eigenen Landes gegen den Imperialismus aufgebaut wurde, hat jetzt im Auftrag eines anderen Imperialismus Krieg in einem anderen Land gegen ein Volk Afrikas geführt. Das Volk, das erfolgreich den Kampf gegen die Beherrschung seines Landes durch den US-Imperialismus geführt hat, ist jetzt an dem Versuch der Beherrschung Angolas durch den Sozialimperialismus beteiligt.

So hat der Sozialimperialismus zwischen zwei Völkern und Ländern der Dritten Welt, die alle gemeinsam in einer Front gegen Imperialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte zusammenstehen müssen, Widersprüche erzeugt.

Die Wochenzeitung „Sa Rubeschom" vermeldet, daß die USA eine „massive Kampagne" gegen Kuba wegen dessen „selbstloser Unterstützung" angezettelt hätten. Das ist aufschlußreich. Mit ihren Kriegsdrohungen verfolgen die US-Imperialisten zwei Absichten: Sie greifen Kuba an und rivalisieren mit der anderen Supermacht. Eilfertig gibt die russische Wochenzeitung zu verstehen, daß der Truppeneinsatz in Angola ohne ihr Zutun erfolgt sei. Sachte deutet so die Wochenzeitung an, daß die Folgen der Einmischung der Sowjetunion das kubanische Volk auszubaden hat.

So gibt die Zeitschrift zu verstehen, daß der von der Sowjetunion erpreßte Einsatz kubanischer Soldaten ausschließlich Sache Kubas sei. Den Nutzen will sie davon haben, die Gegenschläge der USA sollen Kuba treffen. Man muß festhalten, daß in den letzten Jahren der USA-Imperialismus mit seiner Politik der Isolierung und Blokkade Kubas immer mehr Schiffbruch erlitten hat. Durch den Mißbrauch Kubas durch die Supermacht Sowjetunion ist der anderen Supermacht die günstige Gelegenheit verschafft worden, wieder gegen Kuba vom Leder zu ziehen.

Die Einmischung des Sozialimperialismus, die sich hinter der „Selbstlosigkeit" Kubas verbirgt, stößt in Angola auf neuen Widerstand. In den Reihen der MPLA erhebt sich jetzt Kritik gegen den „Ausverkauf" Angolas an die Sowjetunion und dagegen, daß Kubaner „neue Kolonisatoren in Afrika werden". (Guardian, 3. April) In den Besatzungstruppen treten unvermeidlich Zersetzungserscheinungen auf. Ein kubanischer Soldat hat ein portugiesisches Flugzeug in Luanda gekapert und ist nach Portugal geflüchtet, weil er den Einsatz kubanischer Truppen in Angola ablehnt. So jedenfalls berichtet die portugiesische Zeitung „O Dia".

In ihrer Scheinheiligkeit hat die sowjetische Wochenzeitung „Sa Rubeschom" mehr herausgelassen als sie wollte. Allerdings verfolgt das kubanische Volk keine selbständigen imperialistischen Interessen. Daß dennoch Tausende kubanischer Soldaten in Angola als Besatzermacht stationiert sind, ist ausschließlich die Verantwortung der sozialimperialistischen Supermacht, der kein Mittel im Kampf gegen die Völker zu schade ist. – (hjh)

Der Vertreter der Volksrepublik China im UNO-Sicherheitsrat:

Chinas Haltung in der Angola Frage

Vereinte Nationen, 1. April 1976 (Hsinhua). Der Vertreter Chinas, Huang Hua, hat die prinzipielle Haltung der chinesischen Regierung zur Angola-Frage auf der gestrigen Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen am 31. März dargelegt. Auf der Tagesordnung stand die Diskussion einer Resolutionsvorlage zur Angola-Frage. Huang Hua gab vor der Abstimmung eine Erklärung ab. Er hat erklärt, daß China an der Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Die Sitzung hat die Resolution mit 9 Ja-Stimmen angenommen. Fünf Mitgliedsländer des Sicherheitsrates, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, haben sich enthalten.

In seiner Erklärung hat Huang Hua aufgezeigt:

„China hat das angolanische Volk in seiner nationalen Befreiungsbewegung gegen den portugiesischen Kolonialismus stets unterstützt und es hat allen drei Befreiungsorganisationen Unterstützung gewährt, militärische Unterstützung inbegriffen. Was ihre Differenzen betrifft, so hat es stets an die drei Organisationen appelliert, bei der nationalen Befreiung ihren gemeinsamen Interessen das Hauptgewicht zu geben und sich gegen den gemeinsamen Feind zusammenzuschließen. Die folgende Tatsache muß besonders unterstrichen werden: Nach dem Abkommen von Alvor, das im Januar 1975 zwischen der nationalen Befreiungsbewegung Angolas und Portugal zustandegekommen ist, einem Vertrag, der die Unabhängigkeit von Angola bestätigt, hat sich China jeder militärischen Unterstützung an die drei angolanischen Befreiungsorganisationen enthalten."

An die von den angolanischen Organisationen UNITA, MPLA und FNLA durchgeführten Besuche erinnernd, sagte er, daß die chinesische Seite im Verlauf der Gespräche des öfteren die Hoffnung ausgedrückt hat, daß die Verantwortlichen jeder Befreiungsorganisation ihre Differenzen durch friedliche Konsultationen klären können, indem sie die Fahne der Unabhängigkeit, der Einheit und des Fortschritts hochhalten, damit sie ihre Unabhängigkeit auf dem schnellsten Weg erlangen können. Huang Hua erklärte: „Wir hoffen, daß sie ihre nationalen Interessen im Herzen haben, um die Einmischung der Supermächte zu beenden, und daß sie ihre Anstrengungen vereinen, um ein wirklich unabhängiges und vereintes Angola in nationaler Harmonie aufzubauen."

Er führte aus: „Wir verurteilen energisch die südafrikanische Regierung wegen ihrer Aggression und unterstützen entschieden das angolanische Volk und die Völker des übrigen Afrika in ihrem gerechten Kampf gegen die Aggression, die Südafrika in Angola durchführt." „Wir verurteilen gleichfalls mit Entschiedenheit den sowjetischen Sozialimperialismus für seine Aggression und seine Intervention in Angola und wir befürworten entschieden, daß das sowjetische Militärpersonal und seine fremden Söldner sich gleichzeitig aus Angola zurückziehen müssen, sofort und vollständig."

„Angola gehört dem angolanischen Volk, dieses hat das volle Recht, seine eigenen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung zu regeln", betonte Huang Hua.

Huang Hua zeigte auf, daß „die ernste Lage in Angola durch die erbitterte Rivalität zwischen den zwei Hegemoniemächten geschaffen worden ist. Diese Rivalität wurde zum gegenwärtigen Zeitpunkt ins südliche Afrika getragen und sie hat an Umfang zugenommen. Es ist unsere Pflicht aufzuzeigen, daß die Aggression des sowjetischen Sozialimperialismus und seiner Söldnertruppen gegen Angola ein schwerwiegendes Ereignis darstellt, wie es in der Geschichte der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie vorkam. Sie ist Teil ihrer erbitterten Rivalität mit der anderen Supermacht um Vorherrschaft in der Welt und im südlichen Afrika, und sie bildet einen wichtigen Plan bei der Verwirklichung seiner weltweiten Offensivstrategie."

Huang Hua sagte: „Die chinesische Delegation verurteilt energisch die Aggression des rassistischen südafrikanischen Regimes gegen Angola und fordert, daß alle Staaten die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Angolas respektieren, sie verurteilt Südafrika, das Namibia benutzt, um Provokationen und Aggressionen gegen Angola und alle anderen afrikanischen Nachbarstaaten auszuführen. Das angolanische Volk hat das Recht, Entschädigung zu fordern für die Schäden, die durch alle fremden Aggressionen verursacht wurden."

„Jedoch muß darauf hingewiesen werden, daß die vorgelegte Resolution den sowjetischen Sozialimperialismus und seine Söldner wegen ihrer Intervention und Aggression gegen Angola nicht verurteilt und auch die gerechte Forderung nach deren vollständigen und sofortigen Rückzug aus Angola nicht enthält."

„Paragraph 3 der Präambel erwähnt die folgenden Prinzipien: Kein Land oder Ländergruppe hat das Recht, direkt oder indirekt, aus welchem Grund auch immer, in die inneren und äußeren Angelegenheiten eines anderen Landes einzugreifen, aber direkt danach wird in Paragraph 4 der Präambel das unveräußerliche und legitime Recht jedes Landes erwähnt, seine Souveränität auszuüben und Unterstützung von jedem anderen Land oder Ländergruppe zu fordern.

Die gleichzeitige Anwendung dieser beiden Paragraphen auf die vorliegende Frage in der gegenwärtigen Debatte im Sicherheitsrat bedeutet die Leugnung des ersteren Paragraphen durch den zweiten. Der Paragraph 4 in der Präambel wird zweifellos durch den sowjetischen Sozialimperialismus benutzt, um seine Aggression und Intervention in Angola zu legalisieren. Das erzeugt ernste ungünstige Bedingungen für die gerechte Sache des angolanischen Volkes und der anderen afrikanischen Völker in der Erringung ihrer Befreiung, bei der Verteidigung ihrer staatlichen Souveränität und nationalen Unabhängigkeit und in ihrem Kampf gegen die Einmischung der Supermächte. Das hat einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen für die Supermächte sich Vorwände zur Aggression, Intervention gegen die anderen souveränen Staaten zu schaffen. Dem können wir absolut nicht zustimmen."

Huang Hua erklärte zum Abschluß, daß die chinesische Delegation beschlossen hat, an der Abstimmung über die der Sitzung vorgelegten Resolution nicht teilzunehmen.

Der sowjetische Vertreter hat unglaubliche Verleumdungen gegen China zurechtgeschustert, aber sie wurden vom chinesischen Vertrer gnadenlos zurückgewiesen.

Solidaritätsaktionen mit den Streiks der Palästinenser

Am Samstag, den 3. April, führte das Palästina-Komitee Freiburg eine Protestkundgebung in der Innenstadt durch, um den Generalstreik des palästinensischen Volkes vom 30. März gegen die Landraubpolitik des zionistischen Siedlerregimes zu unterstützen. An der Kundgebung nahmen zwischen 300 und 400 Menschen teil. Viele von ihnen sind spontan stehen geblieben und schlossen sich der Kundgebung an. In unseren Beiträgen sind wir eingetreten für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und für sein Recht auf nationale Unabhängigkeit auf seinem eigenen Grund und Boden. Anhand des aggressiven und rassistischen Charakters des zionistischen Staates, der auf der Unterdrückung und Vertreibung des palästinensischen Volkes beruht, haben wir aufgezeigt, daß das palästinensische Volk diesen Staat zerschlagen muß, um ein demokratisches Palästina aufzubauen, in dem Juden, Christen und Moslems gleichberechtigt zusammenleben können. Von mehreren Teilnehmern der Kundgebung wurde aus eigener Erfahrung, die sie bei Besuchen in Israel gemacht haben, bestätigt, daß der zionistische Staat tatsächlich ein faschistischer und rassistischer Staat sei. Eine ältere Ärztin sagte, sie hätte nach mehrjährigem Aufenthalt in Israel das Land verlassen, eben genau aus diesem Grund. In einem zweiten Beitrag sind wir eingegangen auf den BRD-Imperialismus, der im Windschatten der beiden Supermächte versucht Fuß zu fassen im Nahen Osten und sich hauptsächlich auf den zionistischen Staat stützt. Viel Zustimmung haben wir erzielt, als wir den Charakter der sogenannten Wiedergutmachung entlarvt haben, nämlich als Kapitalexport der BRD-Kapitalisten an den zionistischen Staat, mit dem sie seine Existenz und damit die Unterstützung des palästinensischen Volkes direkt unterstützen.

Diese Kundgebung zeigt, daß der Kampf des palästinensischen Volkes für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung spontan auf Unterstützung stößt und immer mehr Menschen den rassistischen und faschistischen Charakter des Staates Israel erkennen und sich gegen die Unterstützung dieses Staates durch den BRD-Imperialismus wehren. (c., Palästina-Komitee Freiburg)

Angriffe auf die Sozialversicherung mit allen Tricks

Unter dem Begriff der Lohnnebenkosten machen die Kapitalisten eine ganz besondere Rechnung auf, um vorzutäuschen, daß sie von ihrem eigenen Staat ausgeplündert würden. Sie behaupten, sie müßten zusätzlich zu den Bruttolöhnen im Durchschnitt nochmal über 50 Prozent an sogenannten Lohnnebenkosten zahlen. Das Bundesarbeitsministerium übernimmt diese betrügerische Rechnung und veröffentlicht sie in seinen „Arbeits- und Sozialstatistischen Mitteilungen". Die Rechnung sieht so aus:

Der Trick mit den „Lohnnebenkosten"

Der Durchschnittswochenlohn eines Arbeiters setzt sich angeblich folgendermaßen aus Lohn und Lohnnebenkosten zusammen:

	330 DM ausbezahlter Nettolohn
+	70 DM Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung
+	60 DM Lohnsteuer, Kirchensteuer
	460 DM Entgelt (brutto)
+	250 DM Personalnebenkosten
	710 DM Personalkosten insgesamt

Die angeblichen 250 DM Personalnebenkosten machen in Prozent 54 Prozent vom Bruttolohn aus. Schaut man nun dagegen in der Statistik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach, was dort insgesamt an Lohnkosten unter der Rubrik „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit" ausgewiesen wird, so stellt man fest, daß dieser Betrag um knapp 18 Prozent über der Bruttolohn- und Gehaltssumme liegt. Wie entsteht also das Wunder, daß alle Kapitalisten zusammen nur 18 Prozent „Lohnnebenkosten" zahlen, jeder einzelne aber im Durchschnitt 54 Prozent?

Zunächst die 18 Prozent selbst. Das sind die sogenannten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und zusätzliche „freiwillige Sozialleistungen". Diese freiwilligen Sozialleistungen, die etwa 9 Prozent der „Nebenkosten" ausmachen, sind in der Hauptsache Übertragungen an betriebliche „Unterstützungskassen", die nichts anderes sind als eine steuerbegünstigte Form der innerbetrieblichen Schatzbildung. Die Ausschüttungen dieser Kassen sind geringer als die eingesparten Steuern, da ist auch der Grund für die „freiwilligen Sozialleistungen" – sie sind steuerbegünstigter Profit, der den Arbeitern gegenüber als Wohltat ausgegeben wird.

Bleibt aber immer noch ein Unterschied zwischen 18 und 54 Prozent von 36 Prozentpunkten. Dieser beträchtliche Unterschied, zwei Drittel der sogenannten Nebenkosten, setzt sich zusammen aus Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, vermögenswirksamen Leistungen und „sonstigen gesetzlichen, tariflichen, vertraglichen und freiwilligen Leistungen des Arbeitgebers" – kurz, alles Bestandteile, die sich die Arbeiterklasse als Bestandteil des Lohns erkämpft hat und die zudem schon in der Bruttolohn- und Gehaltssumme enthalten sind. Die Kapitalistenklasse bedient sich also des simplen Tricks der Doppelzählung, um ihre fürchterliche Belastung mit Lohnkosten und Lohnnebenkosten zu beweisen. Ja, sie zählen unter die „Lohnnebenkosten" sogar noch die Ausbildungkosten. Nicht nur daß sie die Lehrlinge schändlich ausbeuten und einen miserablen Lehrlingslohn zahlen, sie legen diese „Lohnkosten" in ihrer Berechnung auch auf die Arbeiter eines Betriebes um, als „Lohnnebenkosten", die ihnen diese Arbeiter angeblich verursachen würden.

Löhne senken, das ist der Kern der Angriffe der Kapitalisten auf die Sozialversicherung

Mit dem Trick der Lohnnebenkosten versuchen die Kapitalisten den Eindruck zu erwecken, als sei nicht die Lohnarbeit die Erzeugerin ihres Reichtums, sondern als hätten sie ungeheure Kosten, weil sie so gnädig sind, Arbeiter auszubeuten für einen Lohn, der nur ein Bruchteil dessen ist, was die Arbeit an Werten hervorbringt. Es ist Teil jener umfassenden Offensive, die die Bourgeoisie nun schon seit Monaten gegen die „überhöhten Sozialleistungen" führt. Dabei spekuliert die Kapitalistenklasse auf die Empörung der Arbeiterklasse über die von Jahr zu Jahr ins Unermeßliche steigenden Lohnabzüge. Wir sind noch schlimmer dran als ihr, es ist in beiderseitigem Interesse, die Sozialleistungen einzuschränken, so tritt die Kapitalistenklasse gegenüber der Arbeiterklasse auf.

Natürlich geht es den Kapitalisten dabei nicht darum, die Nettolöhne zu senken, sondern darum, ihre Lohnkosten zu senken. Die Arbeiterklasse kann den Angriffen und den trügerischen Angeboten der Kapitalistenklasse nur richtig entgegentreten, wenn sie die Forderung nach vollständiger Bezahlung der Sozialversicherung durch die Kapitalisten erhebt und die Selbstverwaltung der Versicherten durch die versicherten Lohnabhängigen fordert.

Immer größere Teile des Lohns für die „Reparatur" der Arbeitskraft

Insgesamt sind die Kosten für die Sozialversicherungen ständig weit mehr gestiegen als die Löhne. Die Abzüge für die Sozialversicherungen sind seit 1960 etwa um das Fünffache gestiegen, die Lohnabzüge insgesamt mit der Lohnsteuer sogar um das Siebenfache, so daß die Nettolöhne in der gleichen Zeit nur um das Dreifache nominal, ohne Berücksichtigung der Preissteigerungen, zugenommen haben. Mit der Krise hat sich dies Verhältnis gewaltig verschärft. Allein im Jahr 1975 sind die „Arbeitnehmerbeiträge" zur Sozialversicherung um 9,5 Prozent gestiegen, während die Nettolohn- und Gehaltssumme nur um 3,7 Prozent zugenommen hat. Anfang 1976 kamen neue Erhöhungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherungen hinzu. Die Steigerung der Kosten der Sozialversicherung ist Folge des ungeheuer steigenden Verschleißes der Arbeitskraft aufgrund der verschärften Ausbeutung. Krankheit, Frühinvalidität und Arbeitslosigkeit sind die Kehrseite der wachsenden Arbeitsverdichtung und Arbeitsverlängerung bei der in Ausbeutung stehenden Lohnarbeit. Die Lebenszeit des Arbeiters wird zur Arbeitszeit für den Kapitalisten, wie es im Programm des KBW festgestellt ist. Die Erholzeit für die Wiederherstellung der Arbeitskraft wird so eingeschränkt, daß sie zur Erholung nicht reicht und zugleich keinerlei Zeit für die Arbeiterfamilie läßt, sich um die Versorgung der Kranken und Alten zu kümmern sowie um die Erziehung der Kinder. Die Übernahme dieser Aufgaben durch den Staat ist verbunden mit bürokratischer Bevormundung und Schikane und zudem immens teuer, da sie zugleich zur Bereicherung der Kapitalisten dient, wie hier am Beispiel der Krankenversicherung gezeigt wird.

Schnellerer Verschleiß, schlechtere Versorgung, größere Plünderung

Krankenversicherung vor einer

„Krankenversicherung vor einer schweren Krise", heißt die Schlagzeile, unter der das „Handelsblatt" vom 31. März über eine „Studie" des rheinland-pfälzischen Sozialministers Geissler berichtet. Geissler behauptet darin, wenn es so weitergehe, würden die Ausgaben der Versicherung bis 1980 von jetzt etwa 61 Mrd. auf rund 113 Mrd. ansteigen. Das müsse unweigerlich zu einer Beitragssteigerung bis zu 14,5 % des Bruttolohnes führen.

Die Rechnung, die Geissler und mit ihm gegenwärtig ein ganzer Rattenschwanz von bürgerlichen Politikern und Zeitungsschreibern den Arbeitern aufmachen will, heißt schlicht: eure Gesundheit ist uns zu teuer! Allerlei Rechnungen werden aufgestellt, zusätzlich zu den Sozialabgaben die Lohnabhängigen im Krankheitsfall nochmal zu schröpfen.

Was der „Kostenexplosion" zugrundeliegt, ist die verschärfte Ausbeutung

Die zunehmende Ausbeutung läßt den gesellschaftlichen Bedarf an medizinischer Versorgung ständig wachsen. Wie sich aus den Statistiken der Krankenversicherung leicht ablesen läßt, ist die Zahl der Pflichtversicherten ständig gestiegen, von 1970 bis 74 erneut um 10 %, während der anteil der mitversicherten Familienangehörigen an der Gesamtzahl der Versicherten gesunken ist. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung wird als Lohnsklaven in die Fabriken gepreßt.

Von den knapp 20 Millionen Pflichtversicherten (die Rentner nicht eingerechnet) waren im Jahresdurchschnitt jeweils 5,5 %, täglich über eine Million, im amtlichen Sinne krank, also „arbeitsunfähig" geschrieben. (Denn ob sie krank sind, hängt nicht von ihrem eigenen Urteil ab, sondern von der „Bescheinigung".)

Bekannt geworden sind die Ergebnisse einer Großuntersuchung in Baden-Württemberrg vor einigen Jahren. Von 31 000 Arbeitern und Angestellten – wohlgemerkt, niemand war „krank geschrieben" – wurden nach der Untersuchung 42,8 % der Männer und 47,7 % der Frauen sofort zum Hausarzt, 20 % zum Facharzt und 300 auf der Stelle ins Krankenhaus geschickt. Jeden fünften hielten die Ärzte für sanatoriumsreif.

Bei den Betriebskrankenkassen der Großbetriebe, wo meistens im Akkord oder in Schicht gearbeitet wird, liegt der sogenannte „Krankenstand" regelmäßig noch um rund ein ganzes Prozent höher. Im Oktober lag er bei 6,6.

Wie verheerend die Folgen der Akkordschinderei sind, belegt, daß der Krankenstand bei ungelernten Arbeiterinnen mit 8,4 fast doppelt so hoch war wie der von Facharbeitern (4,9).

Aus einem Kranken kann der Kapitalist nichts herausholen. es kommt vor, daß Betriebsleiter bei Ärzten anrufen und auf „Gesundschreiben" drängen. Mit den Vertrauensärzten hat der Staat den Kapitalisten sogar eigens Wachhunde zur Verfügung gestellt, die er von den Kassen der Versicherten aushalten läßt.

In der Krise kommt es regelmäßig zu einem leichten Absinken des „Krankenstandes". Die Arbeiter kurieren ihre Krankheiten nicht aus, schleppen sich lieber in den Betrieb, weil sie sonst vielleicht auf der Straße liegen. All das beschleunigt nur den Ruin ihrer Gesundheit.

Die Fälle, die eine Behandlung im Krankenhaus nötig machen, sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Wurden 1966 von 1000 Einwohnern jährlich 118 ins Krankenhaus eingeliefert, so 1973 schon 136. Im Durchschnitt waren 1973 von 100 Pflichtversicherten (ohne Rentner) jeweils 8,5 % der Männer für durchschnittlich 22 Tage im Krankenhaus, 11,6 % der Frauen für 17 Tage.

Bei den Rentnern liegen diese Zahlen noch wesentlich höher. Das ist nicht damit erklärt, daß sie alt sind, das liegt daran, daß ihre Gesundheit von den Kapitalisten zu Schrott gefahren ist. 1969 war das durchschnittliche Verrentungsalter bei den Männern in der Arbeiterrentenversicherung 61 Jahre, bei den Frauen 61,4 Jahre.

Im Durchschnitt starben die verrenteten Arbeiter mit 69,9 Jahren. Die Rentenversicherungsbürokraten bezeichnen das zynisch als „Wegfallalter". Ein Arbeiter, der mit 60 Jahren Rentner wird, hat eine um 6 Jahre niedrigere Lebenserwartung als der Durchschnitt aller sechzigjährigen Männer. (Laut Statistisches Jahrbuch und Bericht der Rentenversicherung von 1969)

Die medizinische Versorgung kann nur gesellschaftlich durchgeführt werden

Während auf der einen Seite der Verschleiß ständig zunimmt und durch die übrigen Lebensumstände noch gefördert wird, kann auf der anderen Seite die Krankenpflege ums so eweniger in der Familie durchgeführt werden, je mehr Familienmitglieder sich an den Kapitalisten verkaufen müssen. Das gilt für das Wochenbett ebenso wie für die Pflege der Alten, für die in den Wohnungen meist sowieso schon kein Platz mehr ist.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung hat der Kapitalistenklasse eine Reihe von Schutzrechten gegen die Vergeudung, die die Kapitalisten mit ihrer Gesundheit und mit ihrem Leben betreiben, abgekämpft. Der bürgerliche Staat war im Interesse der Kapitalistenklasse als ganzer gezwungen, die medizinische Versorgung in größerem Umfang zu organisieren, sollte nicht der gesamte Arbeiterkörper zu schnell dem Ruin preisgegeben werden.

Inzwischen liegt der durchschnittliche Beitragssatz der Krankenversicherungen bei rund 12 % des Bruttoeinkommens. Über einen Monat arbeiten die Versicherten im Jahr also allein für die Krankenversicherung. Das ist etwa das Doppelte des Beitragssatzes von 1950. Daß sich die körperliche Verfassung der Lohnabhängigen irgendwie verbessert hätte, wagt niemand zu behaupten. Die aufgeführten Statistiken beweisen das Gegenteil.

Der bürgerliche Staat ist unfähig, die medizinische Versorgung zu gewährleisten

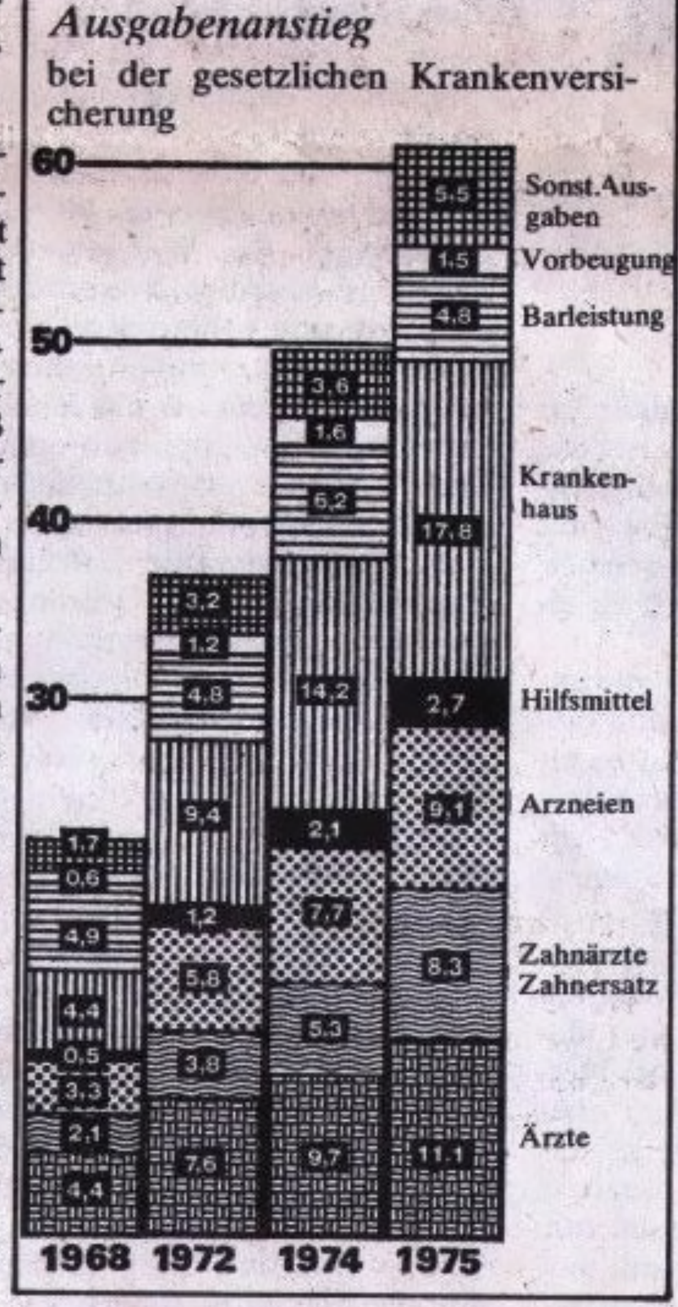
Die „Reform des Gesundheitswesens", die in den letzten Jahren betrieben worden ist, hat aber nur erneut aufgedeckt, daß der bürgerliche Staat unfähig ist, die gesundheitliche Versorgung der Lohnabhängigen zu gewährleisten. „Fest steht,,, schreibt der „Gewerkschafter" im Mai 1975, daß die Lohnabhängigen „für eine immer höhere Beitragszahlung immer weniger Leistung auf dem medizinischen Sektor erhalten".

Abgesichert durch eine entsprechende Gesetzgebung bereichern sich an dem gewaltig gestiegenen Bedarf an medizinischer Versorgung die Ärzte, Apotheker, die pharmazeutische Industrie und die Hersteller von medizinischen Apparaturen. Im vergangenen Jahr haben allein die freipraktizierenden Ärzte hübsche 11 Milliarden kassiert, das sind 11 % mehr als im Vorjahr oder mehr als eine Milliarde DM zusätzlich. Bei den Honorarverhandlungen hatten sie sich, weil wegen ihrer Geldgier in die Schußlinie geraten, scheinheilig mit 2,3 % zufriedengegeben. Herausgeholt haben sie dies dann mit ihren Laboreinrichtungen, die sie als Kleinkapitalisten von medizinischen Hilfskräften betreiben lassen, wofür sie aber gemäß Honorarvertrag kräftig einstreichen können, weil das als „Arztleistung" gewertet wird. Die Zahnärzte ließen sich mit 8,3 Milliarden bescheren und die Heilmittelindustrie teilte sich mit den Apothekern noch einmal 9,1 Milliarden auf. Den größten Batzen mußten die Versicherungen an die Krankenhäuser zahlen. 17,8 Milliarden, das Vierfache von 1968.

Die Reform wird auf dem Rücken der Lohnabhängigen in den Krankenhäusern und auf dem Rücken der Versicherten ausgetragen

Kapitalisten und Staat versuchen die Kosten für Gesundheitsversorgung der arbeitenden Massen zu senken. Gleichzeitig soll denen, die am Elend der Massen verdienen, nicht ins Gehege gekommen werden.

Unter Druck wird stattdessen die Masse der Lohnabhängigen in den Krankenhäusern gesetzt. Über das Krankenhausfinanzierungsgesetz wurde festgelegt, daß der Staat sich in Zukunft nur noch an den Investitions- und Instandhaltungskosten für die öffentlich geförderten Krankenhäuser beteiligt. Alle laufenden Kosten werden über die Pflegesätze finanziert, die vorher staatlich bezuschußt waren. Die Folge war, daß die Pflegesätze, die 1966 noch zwischen 32,50 und 39 DM gelegen hatten, schon 1974 auf 120 bis 180 DM hochschnellten. Besonders stark in den staatlichen Anstalten. Von 1973 bis 1975 flossen aus den Kassen der Versicherten auf diese Weise 44,5 Milliarden an die Krankenhäuser. Ein gut Teil der hoch verschuldeten Anstalten konnte sich so in kurzer Frist sanieren. Es wurde zügig rationalisiert. 214 Krankenhäuser für Akut-Kranke wurden inzwischen als „unrentabel" liquidiert. Die teure medizinische Apparatur wurde in Riesenkrankenhäusern konzentriert, um sie konstengünstiger ausnutzen zu können.



Die Folge war eine drastische Verschlechterung der Versorgung insbesondere in den ländlichen Gebieten. Entfernungen zwischen 20 und 30 Kilometern bis zum nächsten Krankenhaus sind oft genug für einen Schwerkranken oder Verletzten tödlich.

Das Gesetz hat gleichzeitig eine neue Berechnungsweise der Pflegesätze eingeführt. Die Pflegesätze sind volle Pauschalsätze. Was früher als zusätzliche Nebenkosten berechnet wurde, wird jetzt insgesamt umgelegt. Das heißt nichts anderes, als daß die Privatpatienten von den Kassenpatienten mitfinanziert werden. Es ist bekannt, daß in den Privatstationen Chefärzte Millionen verdienen unter Benutzung von Geräten, Einrichtungen und Personal, die von den Versicherten bezahlt werden.

Untersucht man die Entwicklung der Pflegesätze im einzelnen, z.B. anhand der Zahlen über die öffentlichen Krankenanstalten Hamburg, ergibt sich folgendes Bild:

Kosten pro Tag	1966	1974
Pflegedienst	13,90	30,60 gleich 2,2fach
ärztlicher Dienst	7,00	25,20 gleich 4,1fach
med. techn. u. Funktionsdienst	4,20	23,00 gleich 5,4fach
Lebensmittel	4,60	6,00 gleich 1,3fach
medizin. Bedarf	5,70	20,10 gleich 3,5fach
Wasser, Energie Brennstoffe	2,50	4,50 gleich 1,8fach

Hat das Finanzierungsgesetz den Ärzten an den Krankenhäusern eine Einkommenssteigerung auf etwa das Vierfache des Einkommens des Pflegepersonals gebracht, so war die Folge des Gesetzes für das nichtsärztliche Peronal hauptsächlich Mehrarbeit. Durch Stellenstopp, Personalabbau, haufig bei gleichzeitiger Erhöhung der Bettenzahl und Errichtung zusätzlicher Stationen, wurde die Vernutzung der Arbeitskräfte drastisch gesteigert.

Die bürokratische Verwaltung der Misere

Daß in fast zehn Jahren die Lebensmittelkosten nur um das 1,3fache gestiegen sind, läßt den Schluß zu, daß an der Beköstigung fleißig gespart wird.

Lieblingsthema der Beratungen der Gesundheitsministerien ist die „Verweildauer". Die Kranken sollen schneller durchgeschleust werden, das sei billiger. Werden auf der einen Seite Patienten mehrere Tage vor der Operation herzitiert, um Pflegesätze zu kassieren, werden andererseits die noch Pflegebedürftigen oft genug voreilig vor die Tür gesetzt. Stehen auf der. Privatstationen häufig genug die Betten leer, müssen die Lohnabhängigen oft monatelang auf ein Bett wegen einer nötigen Operation warten. Durchgeführt werden kann dieser ganze Betrieb überhaupt nur, indem die Patienten entmündigt und häufig genug der würdelosesten Behandlung unterzogen werden. Jetzt haben es die Reformer insbesondere auf die Alten abgesehen, die pflegebedürftig sind. Es sei Verschwendung, damit die „teuren" Krankenhausbetten zu bevölkern. Sie sollen raus, auf ein billiges Abstellgleis.

Solange der bürgerliche Staat die Kassen der Versicherten in Beschlag hat, ausplündern und zur Ausplünderung freigeben kann, solange die Versicherten die Selbstverwaltung der Versicherung nicht erkämpft haben und die Übertragung des Gesundheitswesens an die Versicherung, wird eine Verbesserung der medizinischen Versorgung der Lohnabhängigen und ihrer Familien nicht möglich sein. – (hv)

Eine Untersuchung über Namibia

Auf den Spuren des deutschen Imperialismus

Das Südliche Afrika ist heute einer der Brennpunkte des nationalen Befreiungskampfes, der in der Epoche des Imperialismus zu einem festen Bestandteil der sozialistischen Weltrevolution des Proletariats geworden ist. Namibia, zwischen Angola und der südafrikanischen Rassistenrepublik gelegen, von dieser widerrechtlich und entgegen ausdrücklichen UN-Beschlüsen besetzt gehalten, ist eines der schwächsten Glieder in der Kette, mit welcher der Weltimperialismus die Völker fesselt, um sie auszuplündern. Das Land, die Geschichte seiner Unterwerfung durch den Imperialismus, Art und Umfang seiner Ausbeutung sowie Geschickte und aktueller Stand des Befreiungskampfes seines Volkes verdienen das besondere Interesse der Arbeiterbewegung. Sie verdienen insbesondere das Interesse der deutschen Arbeiterbewegung. Bis zum Ersten Weltkrieg war Namibia unter der Bezeichnung Deutsch-Südwestafrika eine Kolonie des Kaiserreiches und bis heute ist die Beteiligung westdeutschen Kapitals an der Ausbeutung des Landes stark.

Der Sendler Verlag hat eben ein Buch veröffentlicht, das diesem Interesse entgegenkommt:



Namibia, Von der antikolonialen Revolte zum nationalen Befreiungskampf, Geschichte der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika, von Winfried Nachtwei. (187 Seiten, Preis: 10,00 DM)

Ursprünglich eine Examensarbeit, die dann zur Veröffentlichung überarbeitet wurde, ist das Buch einer der seltensten Fälle, wo dem bürgerlichen Universitätsbetrieb ein nützliches Ergebnis abgerungen werden konnte, ein kenntnisreiches, einigermaßen lesbar geschriebenes Buch zu einem wichtigen Thema.

Sein bester Teil ist der erste über die gewaltsame Zerstörung der vorkolonialen Stammesgesellschaft in Namibia durch deutsche Kolonialtruppen, die Vertreibung der afrikanischen Stämme von ihrem Land, den Raub ihrer Herden, die vorsätzliche Vernichtung ganzer Stämme und die schließliche Pressung der Überreste zu Arbeitssklaven in den Bergwerken und auf den Farmen der Weißen. An Brutalität und Gier haben sich die deutschen Kolonialherren von niemandem übertreffen lassen. Der Stamm der Hereros, vor Beginn der deutschen Herrschaft etwa 80000 Köpfe stark, war 1904 durch die kaiserlich-deutschen Land- und Viehräuber derart in die Enge getrieben, daß er sich geschlossen zum Aufstand erhob. 8 Monate brauchte die mit moderner Artillerie und Maschinengewehren ausgerüstete deutsche Kolonialtruppe, bevor sie den Hereros eine entscheidende Niederlage beibringen konnte. Was dann geschah, beschreibt das kaiserliche Generalstabswerk so: „Keine Mühen, keine Entbehrungen wurden gescheut, um dem Feind den letzten Rest seiner Widerstandskraft zu rauben; wie ein halb zu Tode gehetztes Wild war er von Wasserstelle zu Wasserstelle gescheucht, bis er schließlich, willenlos, ein Opfer der Natur seines eigenen Landes wurde. Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: Die Vernichtung des Hererovolkes." Der deutsche Oberbefehlshaber von Trotha erklärte, es sei seine Politik, seine Gewalt „mit krassem Terrorismus und selbst mit Grausamkeit auszuüben. . . . Ich vernichte die aufständischen Stämme in Strömen von Blut und Strömen von Geld. Nur auf dieser Aussaat kann etwas Neues entstehen, was Bestand hat." 1911 lebten von den 80000 Hereros noch 15000, bis heute sind es erst wieder 56000.

Die Völkermordpolitik des junkerlichen Viehstücks von Trotha, vorbereitet und gerechtfertigt durch die Niedertracht der deutschen Missionsgesellschaft, beklatscht von landgierigen deutschen Großfarmen, deren Nachfahren noch heute die reaktionärste Schicht unter den Weißen in Namibia stellen, stieß erst auf Widerstand unter den Kolonialherren, als Bodenschätze gefunden und Arbeiter für die Bergwerke gebraucht wurden. „In einer Kolonie von den wirtschaftlichen Verhältnissen Südwestafrikas durften wir uns den Luxus nicht leisten, erst so und soviel Tausend Eingeborene im Sandfeld zur Strafe verdursten zu lassen, denn das Wirtschaftsleben des Landes braucht sie, nachdem ihre alte Stammesselbständigkeit und ihre alten Besitzrechte dahin waren, als Arbeiter." So rügte ein deutscher Bourgeois den „verschwenderischen" Junker.

Daß die Arbeiter der Hauptreichtum des Landes sind, das haben die neuen britischen und südafrikanischen Kolonialherren von vorneherein begriffen. Seit sie 1914 das Land übernahmen, betreiben sie eine Politik der Spaltung der verschiedenen Stämme, pressen zehntausende von schwarzen Arbeitssklaven in ihre Bergwerke und Farmen und zahlen ihnen niedrigste Löhne.

Vom Generalleutnant von Trotha haben sie die Methode übernommen, die Stämme zusammenzutreiben, in unfruchtbare Reservate zu drängen. Von den deutschen Bourgeois haben sie übernommen, daß man den Schwarzen einen Ausweg lassen muß vor dem Hungertod: den Kontrakt als Wanderarbeiter in den Minen oder bei den weißen Farmen, fern von ihren Familien, zusammengepfercht in KZ-ähnlichen Unterkünften. Und sollte einen der Reservatbewohner der Hunger nicht zur Unterschrift unter den Kontrakt treiben, treibt ihn die Kopfsteuer, die auf jeden Schwarzen erhoben wird und zu deren Begleichung er Geld verdienen muß, was er in der kärglichen Subsistenzwirtschaft nicht verdienen kann.

Die südafrikanische Regierung nennt diese Reservate, in welche sie die schwarze Bevölkerung gezwungen hat, „Homelands" und preist sie als Schritt zur Selbstverwaltung der verschiedenen schwarzen Stämme. Tatsächlich dienen sie als Arbeitskräftereservoir, die den Kapitalisten ersparen, einen Lohn zu zahlen, von dem die Kosten für Aufzucht der Kinder, für Schulen, für den Lebensunterhalt der Frauen, für Kranken- und Altersversicherung bestritten werden können. Die Profite der großen Bergbaugesellschaften sind angesichts extrem niedriger Löhne märchenhaft. 1972 machten die drei größten einen Gesamtgewinn von 91 Millionen US-Dollar. Davon flossen 57,4 Millionen US-Dollar an Aktienbesitzer in die USA, nach Großbritannien und Südafrika – ein Betrag, der das Pro-Kopf-Einkommen der afrikanischen Familien verdreifachen könnte.

Nachtwei untersucht nicht nur das System der

Nachtwei untersucht nicht nur das System der Ausbeutung in Südafrika. Er berichtet ebenfalls über die von Jahr zu Jahr steigenden Widerstandsaktionen, über die Herausbildung von Organisationen des Widerstandes, über Massenstreikaktionen, die sich trotz des brutalen Polizeiregiments und völliger Rechtlosigkeit der afrikanischen Bevölkerung entfalten konnten.

Unbefriedigend ist das Buch, wo es die Ziele des Befreiungskampfes untersucht. Da ist nur die Rede von einer „fortschrittlichen, tendenziell sozialistischen Produktionsweise", für die mit dem Kampf um nationale Befreiung Namibias der Weg geöffnet werde. Verantwortlich für diese vage und ungenaue Bestimmung ist die fehlende Untersuchung der Agrarverhältnisse. In der Landwirtschaft arbeiteten 1960 immerhin zwei Drittel aller Afrikaner unter der „ökonomisch aktiven" Bevölkerung. Viele von ihnen werden Kontraktarbeiter auf weißen Gütern sein, einige über eigenes Vieh, wohl auch über etwas Land verfügen, wobei ganz unklar ist, in welcher Form. Angesichts der erzwungenen Zusammenpressung in kärglichen Reservaten muß aber unweigerlich mit der Frage der Unabhängigkeit sich die Frage nach dem Landbesitz stellen – gegen die weißen Farmer. Nachtwei berichtet über Eingeborenenkirchen und Kulte, in denen die Verheißung eine große Rolle gespielt habe, die Zeit der Freiheit und der Rückgabe des geraubten Landes nahe. – Das sind offenbar bäuerliche Hoffnungen, die sich darin äußern. Die Vermutung liegt nahe, daß der Kampf um nationale Befreiung erfolgreich nur geführt werden kann, wenn er zugleich mit den Forderungen der Arbeiter den Wunsch der Bauern nach Land in der den bestehenden Agrarverhältnissen angemessenen Form aufgreift.

Trotz dieses Mangels lohnt es sich unbedingt, diese derzeit wohl umfassendste Untersuchung über Namibia in deutscher Sprache zu lesen. Man ist dabei nicht nur dem Imperialismus insgesamt auf den Spuren, der 1972 50 % des in Namibia produzierten Reichtums in ausländische Taschen fließen ließ und dessen Agenten 1973 in Ovamboland, woher die Masse der afrikanischen Arbeiter rekrutiert wird, die Prügelstrafe per Verfassung haben einführen lassen. Man ist dabei besonders auf der blutigen Spur des deutschen Imperialismus, der schon früh immer wieder gedeckt worden ist von bürgerlich-reformistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung. 1904, angesichts des Befreiungskampfes der Hereros erklärte einer der führenden „linken" Sozialdemokraten, Georg Ledebour: „Ein Teil der Genossen hat sich so geäußert, als ob die Neger das Recht hätten, die Weißen zu massakrieren. Das können wir nicht billigen. Gegenüber den Ansiedlern müssen wir den Grundsatz vertreten: gleiches Recht für alle." Das fiel dem gerechten Kampf eines unterdrückten Volkes direkt in den Rücken und war beschämend für die deutsche Arbeiterbewegung. Das Buch über Namibia kann dazu beitragen, daß ähnliche bürgerliche Anschauungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung heute besser bekämpft werden können. – (wm)



Katatura 1972: Marsch der streikenden Kontraktarbeiter

„Bild am Sonntag" über Namibia

„Bild am Sonntag an den Brennpunkten der Welt." In der letzten Nummer berichtet ein Günter Stiller aus Namibia. Er hat dort mit zwei deutschen Farmern gesprochen. „Hier bin ich König über 14000 Hektar Land", sagt der eine. Und von dem anderen heißt es, er sei ein „Lebenskünstler: 60 Kilometer Wasserleitungen hat er für seine Schafe gelegt, aber er braucht mehr Wasser für die Blumen als für seine fast 7000 Wolltiere. Heinrich Frieg hat in der Wüste sein Privatparadies gefunden." Mit dem Paradies geht es nun zu Ende: „Es wird Nacht über Südwestafrika." Die „6000 weißen Farmer verschanzen sich" gegen die Kämpfer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO).

Der eine der beiden Farmer, den „Bild am Sonntag" einen „Philosophen" nennt, erklärt: „Wer kann noch an einen Kompromiß glauben, wenn nur noch mit Gewalt, Aufstand, Mord und Raketen gedroht wird." Und der „Lebenskünstler" ergänzt ihn: „Die Schwarzen haben in Afrika bisher nicht bewiesen, daß sie die Rechte weißer Minderheiten schützen wollen oder können." Die Rechte der weißen Minderheiten! Für den „Lebenskünstler" arbeiten 10 schwarze Arbeiter, die ihm auch sein Privatparadies mit Blumen angelegt haben, das er in der Wüste „gefunden" hat. Er zahlt ihnen dafür 6 bis 12 Rand im Monat, das sind 18 bis 36 DM. Unterkunft und Verpflegung auf seiner Farm machen noch einmal etwa 11 Rand (33 DM) aus. Beibehaltung dieses Zustandes nennt er Schutz der Minderheitenrechte.

Der „Philosoph", der König über 14000 Hektar Weideland ist mit 600 Rindern samt der „berühmten Bullenzucht", betreibt seine Farm ebenfalls mit schwarzen Arbeitern. Diese kommen aus den Homelands, Reservaten, von denen 1/3 ganz ohne Wasser sind. Auf jeden Afrikaner kommen dort 81 Hektar unfruchtbares Land und 1,5 Rinder. Die Afrikaner müssen für den „Philosophen", für den „Lebenskünstler" und ihre 5000 Artgenossen schuften, um nicht zu verhungern. Rechte haben sie keine.

Der „Philosoph" steht auf dem Standpunkt: „Ich lasse mir mein Lebensrecht nicht anzweifeln, ich lasse mich nicht verjagen und ich lasse mich nicht umbringen." Auf denselben Standpunkt stellen sich auch immer mehr der 800000 Afrikaner: Wir lassen uns unser Lebensrecht nicht länger von einer schmalen weißen Herrenschicht beschneiden, lassen uns nicht mehr von dem Land verjagen, das wir selber anbauen, und uns stattdessen in Reservate sperren, lassen uns nicht mehr bestrafen und umbringen, wenn wir elementarste Rechte fordern.

Der „Philosoph" beharrt: „Ich bin zwar, wie behauptet wird, ein Plünderer und Ausbeuter und ich gehöre zu der sogenannten besitzenden Klasse. Dennoch werde ich mich gegen jede Gewalt wehren." Er kündigt Gewalt an für den Fall, daß man ihm seine Existenz als Plünderer des Landes und Ausbeuter der schwarzen Arbeitskraft streitig macht.

Gewalt war von Anfang an das Mittel der Kolonialherren, um die Afrikaner zu unterwerfen. Bis heute weist Südafrika eine höhere Rate von schweren Strafen pro Kopf der Bevölkerung aus als irgendein anderes Land in der Welt. Betroffen sind davon die afrikanischen Befreiungskämpfer. 6 Mitglieder der SWAPO sitzen in den Todeszellen der südafrikanischen Gefängnisse und sollen gehenkt werden. – Die Afrikaner antworten auf die Gewalt der Kolonialherren mit Gewalt. Was wollen die Kolonialherren anderes erwarten! Es ist auch nicht die Gewalt, die ihnen Sorge macht, sondern das unruhige Gefühl, daß sie den Kampf verlieren werden.

Der „Lebenskünstler" macht noch einen schwachen Versuch, die weiße Kolonialherrschaft nicht nur auf Gewalt zu begründen, sondern als zivilisatorische Tat hinzustellen: „Schwarze können keine Minenbetriebe führen und wohl auch keine Verwaltung." Tatsache ist, daß die Afrikaner bewußt an jeder Entwicklung gehindert werden: „Die schulische Ausbildung des schwarzen Kindes muß so gesteuert werden, daß es für eine dienende Position in der Gesellschaft vorbereitet wird", erklärte der frühere südafrikanische Premierminister Verwoerd. Zwei Drittel aller afrikanischen Schüler bekommen deshalb nur eine 4 jährige Schulausbildung. Eine mehr als 8 jährige Schulausbildung erhalten nur 2 Prozent der afrikanischen Jugendlichen.

Der „Philosoph" kommt zu dem Schluß: „Die Unterschiede zwischen Schwarzen und Weißen sind dramatisch groß. Mein Wort: Zwischen Weißen und Schwarzen kann und wird es keine echte Gemeinsamkeit geben – niemals! Weiße und Schwarze werden nie Brüder sein!" – Zwischen weißen Kolonialisten und Ausbeutern und ihren schwarzen Arbeitssklaven und Bauern sind allerdings die Unterschiede dramatisch groß. Zwischen ihnen gibt es keine Gemeinsamkeit und wird es nie eine geben. Zwischen ihnen gibt es nur Kampf, der mit der Vernichtung der Kolonialherren enden wird. – Aber was für die Ausbeuter gilt, gilt nicht für die Ausgebeuteten. Die unterdrückten Afrikaner in Namibia und die Arbeiterklasse in Westdeutschland und in allen anderen Ländern der Welt sind schon heute Brüder, selbst da, wo sie sich als Brüder noch gar nicht erkannt haben. Ihr Kampf schwächt hier wie dort denselben Feind. Er schwächt den Imperialismus. Wenn „Bild am Sonntag" uns das Lebensschicksal der deutschen Großgrundbesitzer in Südwestafrika ans Herz legen will, so können wir darauf nur antworten: Wir können es gar nicht erwarten, sie mit einem Wäscheköfferchen auf dem Flughafen Frankfurt wieder in der alten Heimat zu begrüßen. – (wm)